

HALBZEIT

EINE ZWISCHENBILANZ
NACH ZWEIEINHALB JAHREN
OPPOSITIONSARBEIT

Eine Publikation der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag

März 2012

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN** 
IM BRANDENBURGER LANDTAG



HALBZEIT

EINE ZWISCHENBILANZ
DER FRAKTION
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
NACH ZWEIFINHALB JAHREN
OPPOSITIONSARBEIT
IM LANDTAG VON BRANDENBURG



LIEBE BRANDENBURGERINNEN UND BRANDENBURGER

Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 21. Oktober 2009 mit fünf Abgeordneten in den Brandenburger Landtag einzogen, war dieser denkbar schlecht auf eine fünfte Fraktion vorbereitet. Untergebracht in schnell herbeigeschafften abgenutzten Baucontainern, saßen wir im Schneewinter 2009/10 in überheizten Miniblechboxen und schlepten Asche, die gegen Eisglätte gestreut wurde, mit unseren Schuhen überall hin. Auch wenn es noch etliche Monate dauern sollte, bis wir unseren Bürotrakt im Hauptgebäude des Landtags beziehen konnten und noch wesentlich länger, bis wir unser MitarbeiterInnen-Team zusammengestellt hatten, legten wir einen parlamentarischen Blitzstart hin. Unvergessen bleibt, wie wir die konstituierende Sitzung des Parlaments in eine Arbeitssitzung mit lebhaften Debatten verwandelten. Die damals erfolgreich eingebrachten Anträge zur Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen und zur Überprüfung der Abgeordneten auf frühere Stasi-Verstrickungen wirken bis heute nach. Heute sind sich die politischen Beobachter einig, dass mit dem Einzug von Bündnisgrünen und FDP und mit dem Rauswurf der DVU durch die Wählerschaft die Kultur im Landtag erheblich an Niveau gewonnen hat. Der Diskurs über die Zukunft des Landes wurde aus den Hinterzimmern in das Organ zurückverlagert, das in unserer Demokratie dafür bestimmt ist. Auf die Diskussionskultur im Landtag hat sich aber auch die Bildung der rot-roten Koalition positiv ausgewirkt. Die bleiernen Jahre unter Rot-Schwarz waren endlich vorüber.

Wurden in den abgelaufenen Legislaturperioden fast alle Oppositionsanträge ohne viel Federlesen gleich im ersten Anlauf abgelehnt, gelingt es heute immer wieder, für unsere Inhalte Mehrheiten im Parlament zu schaffen. So entstehen für uns als Opposition Freiräume im parlamentarischen Geschehen jenseits der eng gesteckten Minderheitenrechte, wie zum Beispiel die Einsetzung der Enquetekommissionen zur DDR-Aufarbeitung und zur Verwaltungsreform oder der Untersuchungsausschuss zu den Immobilienaffären zeigen.

Obwohl wir die kleinste Fraktion stellen, beherrschen unsere Themen oft die Tagesordnung des Landtags. Ohne uns hätten die Abgeordneten vermutlich kein einziges Mal über CO₂-Verpressung in Ostbrandenburg oder Möglichkeiten zur Beendigung der Braunkohleverstromung diskutiert. Ohne uns hätten aber auch die Themen Lärmschutz und Nachtflugverbot am neuen Flughafen BER, Strategien zum Schutz unserer Lebensgrundlagen und der biologischen Vielfalt oder Programme zur Förderung gentechnikfreier Regionen im Landtag nur ein Schattendasein gefristet. Wir haben konsequent die Unterfinanzierung des Bildungssystems ange-

prangert, den Anstoß gegeben, die Situation von Flüchtlingen in Brandenburg zu verbessern und das Verfahren zum Einleiten von Volksbegehren zu vereinfachen. Nur mit unseren Stimmen konnte das Wahlalter 16 in die Verfassung geschrieben werden. Auch wenn am Ende unsere Vorstellungen fast nie eins zu eins und häufig erst über parlamentarische Umwege Gesetzeskraft erlangten, bleibt festzuhalten, dass oft nur dank unserer Initiativen substanzielle Fortschritte erzielt wurden.

Ob man uns Bündnisgrüne in diesem Landtag mit rot-roter Regierungsmehrheit als „Weltkind in der Mitten“ bezeichnet oder eher glaubt, wir säßen zwischen allen Stühlen, ist Interpretationssache. Sicher ist aber, dass wir unsere Rolle als blockfreie Kraft gefunden haben. Sich selbst als konstruktive Opposition zu definieren, bringt aber noch lange keinen Erfolg, wenn die Resonanzkörper fehlen, wenn es keine Partner gibt, mit denen man auch etwas bewegen kann. Bislang ist es uns gelungen, nicht nur gesprächsfähig zu sein, sondern in den anderen Fraktionen auch immer wieder Kooperationspartner zu finden.

Die Containerzeit am Beginn der Legislaturperiode ist inzwischen Schnee von gestern, aus den fünf Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist eine effizient agierende Fraktion geworden. Mit 15 MitarbeiterInnen sind wir ein mittelgroßer Politikbetrieb und können unsere Inhalte fachlich fundierter in den Landtag und in die Öffentlichkeit tragen. Auch wenn parlamentarische Aktivitäten im Zentrum der Fraktionsarbeit und dieser Halbjahresbilanz stehen, gibt es für uns auch ein Leben außerhalb des Parlaments.

Die Teilnahme an Demonstrationen für eine zukunftsfähige Energieversorgung ohne Atom, Braunkohle und CO₂-Verpressung, wie für eine naturgemäße Landwirtschaft ohne Massentierhaltung gehört genauso zu unserem politischen Alltag wie die aktive Unterstützung von Bürgerinitiativen für ein tolerantes Brandenburg und gegen Rechtsextremismus. Sie können unsere Abgeordneten beim Frauenstammtisch in Falkensee genauso treffen wie bei den von uns gestarteten Diskussionsrunden zur Inklusiven Schule. Unsere Veranstaltungen finden in der Regel vor Ort statt, dort, wo die Sachverständigen sitzen oder wo es besonders brennt. Wir wollen nicht im „Raumschiff Landtag“ abheben. Bündnisgrüne Politik zu machen, bedeutet, geerdet zu sein und am wirklichen Leben teilzuhaben. Wie uns das gelungen ist, müssen Sie beurteilen.

Viel Spaß bei der Lektüre!

Axel Vogel,
Fraktionsvorsitzender



INHALT

Vorwort	05
ÖKOLOGISCHE MODERNISIERUNG	
Energie und Klimaschutz: Die Zukunft ist erneuerbar	08
CCS-Technologie: Vattenfall auf Irrwegen	11
Klimafreundliche Energieerzeugung: Ausstieg aus der Kohle	12
Im Interview: Michael Jungclaus	13
Natur- und Umweltschutz: Stabile Vielfalt	14
Wirtschaftspolitik: Anschub für gute Ideen	16
Haushalt und Finanzen: Eine Herkulesaufgabe	18
Arbeitsmarkt: Am unteren Limit	20
Im Interview: Axel Vogel	21
Ökolandbau: Vom Weg abgekommen	22
Flughafen BER: Profit contra Lärmschutz?	24
Infrastruktur: Klasse statt Masse	26
BILDUNG	
Frühkindliche Bildung: Weg vom Bauklötzchen-Image	28
Schulentwicklung / Inklusion: Grüne Welle für mehr Vielfalt	30
Hochschule, Wissenschaft und Forschung: Schlechte Zahlungsmoral	33
Kulturland Brandenburg: Mehr Kunst in die Fläche	34
Im Interview: Marie Luise von Halem	35
DEMOKRATIE UND BÜRGERINNENRECHTE	
Innenpolitik / Direkte Demokratie: Mehr Macht von unten	36
Städte und Gemeinden: Selbst ist die Kommune	39
Enquetekommission „Brandenburg 2020“: Ein Land auf dem Prüfstand	40
Im Interview: Ursula Nonnemacher	41
Frauen / Gleichstellung: Klares Bekenntnis zur Quote	42
Soziale Teilhabe / Altenpflege: Aller Menschen Würde	44
Kinder und Jugendliche: Reif für die Politik	45
Justizpolitik / Resozialisierung: Das große Schweigen	46
Enquetekommission „Aufarbeitung der Geschichte ...“: Blick zurück nach vorn	48
Transparenz / Stasi-Überprüfung: Ross und Reiter	50
Im Interview: Sabine Niels	51
VerbraucherInnenschutz: Aktive Risikoversorge	52
Krampnitz-Untersuchungsausschuss: Blick in Abgründe	53
Die Fraktion stellt sich vor: Die MitarbeiterInnen	54
Unsere Publikationen	57
Impressum	58

DIE ZUKUNFT IST ERNEUERBAR

Brandenburg kann Vorreiter bei der Entwicklung von Speichertechnologien und dem intelligenten Netzmanagement werden. Doch die Landesregierung setzt weiter auf Braunkohle. Wir fordern, die Energiewende wirklich umzusetzen! Bis 2030 können sich Brandenburg und Berlin zu 100 Prozent aus nachhaltigen Stromquellen versorgen.

Die Stromerzeugung Brandenburgs wird noch immer von der Braunkohle dominiert – sie hat einen circa 70prozentigen Anteil. Das Land Brandenburg erzeugt dabei deutlich mehr Strom als es selbst benötigt. Etwa die Hälfte der erzeugten Energie wird exportiert. Die Braunkohlekraftwerke sind gleichzeitig für 64 Prozent der Kohlendioxidemissionen Brandenburgs verantwortlich. Pro Kopf wird bei uns mehr als doppelt so viel CO₂ in die Atmosphäre geblasen wie im Bundesdurchschnitt. Der Braunkohleabbau führt darüber hinaus zur Zerstörung ganzer Dörfer und schadet nicht nur dem Klima, sondern durch Absenkung des Grundwassers auch den umgebenden Landschaften.

Brandenburg ist zwar fortschrittlich beim Ausbau der erneuerbaren Energien und hat bereits zwei Mal den Leitstern „Bestes Bundesland Erneuerbare Energien“ verliehen bekommen. Die Landesregierung hält aber gleichzeitig an der klimaschädlichen Braunkohleverstromung fest und steigert durch den Ausbau der Erneuerbaren lediglich die Exportquote. Die Chance einer wirklichen Energiewende muss jetzt genutzt werden, um Brandenburg als Vorreiter auch in der Entwicklung von Speichertechnologien und beim intelligenten Netzmanagement zu positionieren.

Die Landesregierung hatte sich 2006 mit ihrer Energiestrategie 2020 bereits Klimaschutzziele gesetzt. Nach dem Zielszenario sollten die Kohlendi-

oxidemissionen von 59,5 Millionen Tonnen im Jahr 2006 auf 22,8 Millionen Tonnen im Jahr 2030 reduziert werden. Mit dem Entwurf der Energiestrategie 2030 wird dieses Ziel nun aufgeweicht und auf 25 Millionen Tonnen im Jahr 2030 hochgesetzt. Außerdem basiert dieses abgeschwächte Ziel auf der Annahme, am Standort Jämschwalde ein Ersatzkraftwerk mit CCS-Technologie (siehe Artikel auf S. 11) zu bauen. Das anfallende CO₂ soll nach der Energiestrategie der Landesregierung über ein europäisches Pipelinesystem ins Ausland exportiert werden. Das ist eine unrealistische Wunschvorstellung und wird von uns strikt abgelehnt.

Atomkraft – nein danke!

Unsere Fraktion hat sich in den vergangenen zweieinhalb Jahren vehement gegen die weitere Nutzung der Atomkraft in Deutschland ausgesprochen. Wir haben die Landesregierung in einem Antrag aufgefordert, in ihrer Energiestrategie 2030 eine atomkraftfreie Energieversorgung Brandenburgs zu gewährleisten.

Ablehnend haben wir uns auch gegenüber dem polnischen Atomprogramm geäußert. Unser Nachbarland plant mit dem Bau von zwei Atomkraftwerken den Einstieg in die Atomenergie. Mit einer eigenen Stellungnahme zur Strategischen Umweltprüfung haben wir inhaltliche Lücken und Verstöße gegen europäisches Recht aufgezeigt. Die Europäische Kommission wurde über die Ergebnisse unserer gutachterlichen Stellungnahme informiert und aufgefordert, tätig zu werden. Durch das verstärkte Medienecho, welches sogar bis nach Polen reichte, konnten auch Aktivitäten auf Bundesebene sowie die Sammlung weiterer Stellungnahmen forciert werden. Es wurden mehr als 20.000 Stellungnahmen von deutscher Seite in Polen eingereicht - ein tolles Ergebnis!

Unsere Fraktion setzt sich für einen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung und -förderung in Brandenburg bis zum Jahr 2030 ein. Die Nutzung der Braunkohle zur Stromerzeugung schadet dem Klima und ist mit dem weiteren Ausbau



Cem Özdemir, Axel Vogel und Michael Jungclaus auf einer Anti-Atom-Demo in Berlin.

der erneuerbaren Energien nicht vereinbar. Die witterungsbedingt schwankenden Strommengen aus den erneuerbaren Energien erfordern – solange noch keine ausreichenden Speicher vorhanden sind – flexible Kraftwerke als Übergangslösung. Braunkohlekraftwerke werden diesem Anspruch nicht gerecht, da sie schlecht regelbar sind. Braunkohlestrom wird mittelfristig durch den Emissionshandel und die geringe Auslastung der Kraftwerke auch finanziell nicht mehr konkurrenzfähig sein. Welche zusätzlichen Kosten sich aus der von uns abgelehnten Nutzung der CCS-Technologie für die VerbraucherInnen in Brandenburg ergeben würden, wird von der Landesregierung bisher verschwiegen.

Zukunftskonzept für die Lausitz

Mit einem Gesetzentwurf hat unsere Fraktion den mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleförderung in Brandenburg gefordert und die Inhalte des Volksbegehrens gegen neue Tagebaue aufgegriffen. Der Gesetzentwurf sieht eine Anpassung des Landesplanungsgesetzes vor. Der Abbau von Braunkohle soll auf die bestehenden Tagebaue beschränkt werden. Außerdem sollen Klagemöglichkeiten für Einzelpersonen und anerkannte Naturschutzverbände geschaffen werden. Der Gesetzentwurf wurde vom Landtag und erstaunlicherweise auch von unserem Bündnispartner beim Volksbegehren, der Linken, abgelehnt. Eine weitere Forderung unserer Fraktion ist die Entwicklung eines Zukunftskonzeptes für die Lausitz, um den Ausstieg aus der Braunkohle sozialverträglich zu gestalten und Alternativen aufzuzeigen.

Energiewende voranbringen

Der Entwurf einer Energiestrategie 2030 der Landesregierung ließ lange auf sich warten. Unsere Fraktion hat sich mit Anträgen mehrfach dafür eingesetzt, dass die Landesregierung zügig die Fortschreibung der Energiestrategie 2020 vornimmt. Wir haben gefordert, die landeseigenen Klimaschutzziele auch ohne den Einsatz der CCS-Technologie einzuhalten. Das Exportvolumen von nicht erneuerbarem Strom soll unserer Meinung nach an die erfolgreiche Umsetzung der Klimaschutzziele gekoppelt werden. Weiterhin

Landtag Brandenburg
5. Wahlperiode

Drucksache 5/364

Gesetzentwurf

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gesetz zum mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleförderung in Brandenburg

A. Problem

Der Abbau der Braunkohle führt zu erheblichen negativen Folgen für die Landschaft, den Naturhaushalt, den Bodenhaushalt, den Wasserhaushalt, aber auch für die regionale Wirtschaftsstruktur und die Energiepolitik (schlechte Klimabilanz, geringe Effizienz) und zu erheblichen Folgekosten für die Allgemeinheit. Die Nutzung von Braunkohle ist insbesondere wegen des mit ihrer Verbrennung verbundenen enorm hohen CO₂-Ausstoßes in einem modernen Energiekonzept auf das notwendige Minimum zu reduzieren und perspektivisch zu beenden. Das Land Brandenburg ist in besonderer Weise und in weiten Teilen der südlichen Landeshälfte von den Folgen des Braunkohleabbaus geprägt. Der weitere obertägige Abbau von Braunkohle soll daher in Brandenburg aus landesplanerischen, energiepolitischen und weiteren umweltpolitischen (Naturschutz, Bodenschutz) Gründen mittelfristig unterbunden werden.

Das Gesetz zur Förderung der Braunkohle im Land Brandenburg sieht in § 1 vor, dass Braunkohle, die in der Region Spreewald-Lausitz lagert, nach Maßgabe der Gesetze zur Sicherung der Rohstoff- und Energieversorgung sowie zur Stärkung der Wirtschaftskraft des Landes unter Berücksichtigung des Lagerstättenschutzes, des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen und bei schonender Nutzung des Bodens gewonnen werden kann. Durch die landesplanerischen Zielsetzungen wird versucht, die durch den Braunkohleabbau entstehenden Konflikte durch Maßgaben zu steuern. So sieht § 3 Abs. 1 Nr. 13 des Brandenburgischen Landesplanungsgesetzes vor,

- den Gefahren der Monostruktur der Wirtschaft durch Förderung einer vielfältig strukturierten Gewerbeansiedlung entgegen zu wirken;
- die größtmögliche Nutzung der Abwärme sicherzustellen;
- die devastierte Landschaft durch Schaffung landschaftsgerechter Bergbaufolgelandschaften zu überwinden und
- die ökologischen Schäden durch umfassende Rekultivierungsprogramme zur Wiederherstellung der langfristigen Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts abzubauen.

[ABGELEHNT]

Datum des Eingangs: 29.01.2010 / Ausgegeben: 01.02.2010

Der Braunkohletagebau behindert die Energiewende und schädigt Umwelt und Klima. Ein Ausstieg ist möglich, aber die Regierungskoalition lehnte unseren Gesetzentwurf ab.

haben wir uns für eine gemeinsame Betrachtung der Energieversorgung von Brandenburg und Berlin stark gemacht und von der Landesregierung klare Aussagen zum Bau von Gaskraftwerken sowie zur Stromexportquote eingefordert. In unserem Antrag „Brandenburg zu einem klimafreundlichen Energieland entwickeln“ haben wir von der Landesregierung Konzepte gefordert, die aufzeigen, mit welchen Maßnahmen die Reduktion des Energieverbrauchs erreicht werden soll. Wir verlangen außerdem einen klaren Fahrplan, wie und bis wann der Ausbau der Energiespeicher-Infrastruktur erfolgen soll. Wir sind der Auffassung, dass Brandenburg auch bei der energetischen Gebäudesanierung eine Vorbildfunktion einnehmen muss und bei allen öffentlichen Gebäuden eine Vollversorgung aus erneuerbaren Energiequellen anstreben soll.

Mit unserem Antrag „100 Prozent Ökostrom in Brandenburgs Landesbehörden“ konnten wir die regierenden Landtagsfraktionen antreiben. Bei

der nächsten Ausschreibung im Jahr 2013 wird, statt wie bisher 50 Prozent Ökostrom, eine Lieferung von 100 Prozent Ökostrom für alle Landesbehörden angestrebt. Wir freuen uns über diesen Erfolg!

Erdkabelgesetz

Eine Vollversorgung Brandenburgs und Berlins aus erneuerbaren Energien und die von der Landesregierung geforderte Beibehaltung des aktuellen Kraftwerksparks für den Export erfordert einen Ausbau des Brandenburger Stromnetzes. Die Gefahr besteht, dass es zukünftig verstärkt zu Engpässen im Stromnetz kommen wird und Anlagen für erneuerbare Energien abgeschaltet oder Kraftwerke heruntergefahren werden müssen. Insbesondere die regionalen Verteilernetze (110 Kilovolt (kV)) sind für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien von großer Bedeutung. Der Neubau von Freileitungen führt aber immer wieder zu Protesten bei der lokalen Bevölkerung und zu Verzögerungen des dringend notwendigen Netzausbaus. Probleme für die menschliche Gesundheit infolge elektromagnetischer Strahlung, Konflikte mit dem Naturschutz und Eingriffe in das Landschaftsbild sind bei Erdkabeln im Vergleich zu Freileitungen deutlich geringer. Unsere Fraktion hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der insbesondere für 110kV-Leitungen eine Erdverkabelung grundsätzlich fordert. Erfreulicherweise wurde genau dies nun auf Bundesebene im novellierten Energiewirtschaftsgesetz durchgesetzt. Wir freuen uns über diese positive Entwicklung und erwarten von der Landesregierung eine strikte Umsetzung dieser Vorgaben!

Energiesparprojekte an Schulen

In einem Antrag haben wir die Landesregierung aufgefordert, Energiesparprojekte an Brandenburger Schulen mit einem landesweiten Konzept zu forcieren. Dieses sollte eine Beteiligung der Schulen an Kosteneinsparungen

INITIATIVEN & WEITERE INFOS

- Gesetzentwurf „zum mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleförderung in Brandenburg“ > www.gruenlink.de/7fz
- Energiestudie „Vollversorgung aus Erneuerbaren ist bis 2030 möglich“ > www.gruenlink.de/7kx
- Antrag „Zukunftsindustrie sichern - Solarförderung verteidigen“ > www.gruenlink.de/71o
- Gesetzentwurf „über Hoch- und Höchstspannungsleitungen in der Erde – Erdkabelgesetz“ > www.gruenlink.de/4ov
- Antrag „Konsequente Energiewende in Brandenburg umsetzen“ > www.gruenlink.de/721
- 100 Prozent Ökostrom für Brandenburgs Landesbehörden > www.gruenlink.de/71n



Michael Jungclaus spricht auf unserer Veranstaltung zur dezentralen Energieerzeugung an der TH Wildau.

enthalten, um neben der umweltpädagogischen Bedeutung auch finanzielle Spielräume zu schaffen Bestandteile sollten auch eine gezielte Informationskampagne der Schulen und Fortbildungen der LehrerInnen sein. Obwohl ein solches Projekt erfolgreich im Landkreis Märkisch-Oderland durchgeführt wurde und in drei Jahren 140.000 Euro eingespart werden konnten, wurde der Antrag vom Landtag abgelehnt.

Wie geht es weiter?

Unsere Fraktion wird sich weiterhin für eine Energiewende in Brandenburg stark machen und den mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung fordern. Wir erwarten von der Landesregierung nach dem Entwurf der Energiestrategie 2030 einen detaillierten Fahrplan, wohin die Energie-Reise im Land Brandenburg gehen soll. Mit einer eigenen Studie haben wir aufgezeigt, was eine 100prozentige Versorgung aus erneuerbaren Energien rund um die Uhr für die Metropolregion Berlin-Brandenburg bedeutet und welche Maßnahmen dafür erforderlich sind. Wichtig ist uns, dass die politischen Rahmenbedingungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien und der Netz- und Speicherinfrastruktur so gesetzt werden, dass wir unser Ziel einer Vollversorgung aus erneuerbaren Energien im Stromsektor in Berlin und Brandenburg zu jeder Stunde des Jahres bis 2030 erreichen.

*Michael Jungclaus, MdL /
Svenja Schünemann, Referentin*

VATTENFALL AUF IRRWEGEN

Die unterirdische Lagerung von Kohlendioxid birgt hohe Risiken. Der Protest der betroffenen Bevölkerung und unserer Fraktion hat die Planungen vorerst zu Fall gebracht. Doch der schwedische Konzern und die Landesregierung halten an der Technologie fest.

CCS ist das Mantra der Kohlelobby. Durch die umstrittene CCS-Technologie (Carbon Capture and Storage - Abspaltung und Speicherung von Kohlendioxid) sollen die Kohlekraftwerke des Energiekonzerns Vattenfall im Zeitalter der erneuerbaren Energien weiter betrieben werden. Das bedeutet: neue Braunkohletagebaue und Verlust der Heimat für mehr als 800 Menschen. Die rot-rote Landesregierung unterstützt die Pläne des schwedischen Staatskonzerns.

Trinkwasser versalzt

Die CCS-Technologie birgt erhebliche Risiken. Niemand kann sicherstellen, dass nach der Verpressung des klimaschädlichen Kohlendioxids in unterirdische Lagerstätten das Gas dort verbleibt. Ab einer Luftkonzentration von circa acht Prozent wirkt Kohlendioxid tödlich für Mensch und Tier. Zudem wird durch den enormen Druck, mit dem das Gas verpresst wird, unterirdisches Salzwasser im Radius von etwa 100 Kilometern verdrängt, wie ein geologisches Gutachten des Amtes Barnim-Oderbruch ergab. „Die Versalzung des Trinkwassers ist nicht nur ein Restrisiko, sondern wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eintreten“, warnt der Gutachter eindringlich. Gegen die unterirdische Lagerung des Gases gibt es massiven Widerstand in der Bevölkerung. Einerseits sehen viele Menschen die konkrete Gefahr für Leben und Umwelt, zum anderen befürchten sie zu Recht, dass durch den Einsatz der CCS-Technologie die Energiewende behindert wird. Das „Greenwashing“ der schmutzigen Braunkohle ist ein Irrweg.

Protest mit langem Atem

Im Rahmen des Volksbegehrens „Keine neuen Tagebaue - für eine zukunftsfähige Energiepolitik“, das am 10. Februar 2009 endete, warnte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor den Risiken der CCS-Technologie. (Mitinitiator des Volksbegehrens war übrigens die Linke, die jetzt in der Regierung sitzt!) Die Kritik verstärkte sich, als Vattenfall im März 2009 verkündete, in Beeskow und Neutrebbin Kohlendioxid aus dem Kohlekraftwerk Jämschwalde verpressen zu wollen.

Im Landtagswahlkampf 2009 sprachen sich die Bündnisgrünen klar gegen den Einsatz dieser weitgehend unerforschten Technologie aus. Dieser Haltung blieb die bündnisgrüne Fraktion im Parlament treu. Die Landtagsabgeordnete Sabine Niels gehört zu den Gründungsmitgliedern der Bürgerinitiative „CO₂-Endlager stoppen“ aus dem Landkreis Oder-Spree.

Um der einseitigen Information über CCS durch den Konzern Vattenfall etwas entgegenzusetzen, veranstaltete die Fraktion im April 2010 in Beeskow einen Kongress, zu dem Kritiker und Befürworter eingeladen wurden. Ziel war es, den Diskurs vor Ort zu versachlichen. Mit Presseinformationen und Landtagsreden wies unsere Fraktion immer wieder auf die CCS-Problematik hin und unterstützte so den Protest. Bei den regelmäßigen Mahnwachen und Demonstrationen im ganzen Land waren Bündnisgrüne aus Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen, Kreistagen und aus dem Landtag dabei.

Der politische Kampf gegen CCS hatte Erfolg – zumindest in der ersten Runde. Anfang Dezember 2011 verkündete Vattenfall den Rückzug aus den konkreten Verpressungsprojekten rund um Beeskow und Neutrebbin. Doch der Energiekonzern und die rot-rote Landesregierung wollen trotz des massiven Widerstandes nicht von der CCS-Technologie ablassen.

Vorläufiger Rückzug

*Sabine Niels, MdL /
Svenja Schünemann, Referentin*

Sabine Niels, MdL /

Svenja Schünemann, Referentin

INITIATIVEN & WEITERE INFOS

- Kongress in Beeskow
> www.ccs-kongress.de
- Geologisches Gutachten des Amtes Barnim-Oderbruch
> www.gruenlink.de/702
- Brief des Vorstandsvorsitzenden von Vattenfall, Tuomo J. Hatakka, an Axel Vogel > www.gruenlink.de/729

AUSSTIEG AUS DER KOHLE

Der geplante Tagebau Welzow-Süd bedroht die Heimat von mehr als 800 Menschen. Wir fordern einen Stopp des Planverfahrens und unterstützen den lokalen Widerstand.

Der Energiekonzern Vattenfall setzt weiter auf die Verstromung von Braunkohle - mit Rückendeckung durch die rot-rote Landesregierung. Dazu will der schwedische Konzern in Welzow (Landkreis Oberspreewald-Lausitz) einen neuen Tagebau aufschließen. In der Gemeinde südlich von Cottbus soll von 2027 bis 2042 Braunkohle gefördert werden. Dafür müssten 810 Menschen ihre Heimat in Proschim, Lindenfeld und Welzow verlassen. Die abgebaute und anschließend verheizte Kohle würde 204 Millionen Tonnen klimaschädliches Kohlendioxid freisetzen.

Eine unumstößliche Kernforderung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lautet: Die Braunkohleverstromung muss ein Auslaufmodell sein. Gutachten belegen, dass ein Ausstieg bis 2030 möglich ist, auch ohne den Neuaufschluss von Tagebauen. Bis dahin muss der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung sozialverträglich und versorgungssicher realisiert werden.

Unsere Fraktion hat zum geplanten Tagebau in Welzow-Süd eine gutachterliche Stellungnahme eingeholt. Das Ergebnis war erschütternd. Der Braunkohlenplan und der Umweltbericht missachten die aktuelle Gesetzgebung und ignorieren das Landesentwicklungsprogramm und den Landesentwicklungsplan von Brandenburg. Im Braunkohlenplan werden keine Umsiedlungsflächen für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger festgelegt. Die klimaschädlichen Kohlendioxidemissionen werden in der Abwägung nicht berücksichtigt. Auch eine Prüfung möglicher Alternativen - Ausbau der erneuerbaren Energien und mehr Energieeffizienz - findet nicht statt. Da die bisher genehmigten Tagebaue in Brandenburg noch bis 2030 die benötigten Kohlemengen liefern werden, fordern wir den Stopp des Planverfahrens für Welzow-Süd.

Auch auf die bislang kaum beachteten Auswirkungen auf die Umgebung von Tagebauen haben wir aufmerksam gemacht. So würde beim Neuaufschluss des Tagebaus südlich von Cottbus der Ort Lieske auf einem schmalen Streifen zwischen altem und neuem Fördergebiet eingeklemmt werden



Sabine Niels beim Erntefest in Dissen (Desno), einem Dorf im sorbischen Siedlungsgebiet, in dem auch Welzow (Wjelcej) liegt, das von Abbagerung bedroht ist.

und Bahnsdorf stünde direkt an der Tagebaukante. Die Betroffenen würden dann teilweise im Abstand von weniger als 100 Metern zum Tagebau leben müssen. Ohne ausreichende Entschädigung. Wir fordern, dass bei Entschädigungszahlungen nicht der jetzige Verkehrswert mit dem schon entstandenen Wertverlust als Grundlage herangezogen wird, sondern der Wert, den die Immobilie ohne Tagebau und dessen Folgeschäden hätte.

Breiter Protest gegen Braunkohle

Unsere Landtagsfraktion unterstützt den lokalen Widerstand in den Lausitzer Tagebauregionen und hält engen Kontakt zu den Menschen rund um Welzow. Am „Bündnisgrünen Lausitztag“ im Februar 2012 war das Treffen mit der „Allianz für Welzow“ ein Höhepunkt der Rundreise.

Um den Widerstand gegen die Braunkohleverstromung im Land Brandenburg zu bündeln, wurde am Reformationstag 2011 das Bündnis „Heimat und Zukunft in Brandenburg“ gegründet. Darin engagieren sich neben bündnisgrünen SpitzenpolitikerInnen aus Brandenburg auch zahlreiche Initiativen und WissenschaftlerInnen. Durch den vielfältigen Teilnehmerkreis des Bündnisses wird deutlich, dass der Protest gegen die Braunkohleverstromung aus allen Bereichen der Gesellschaft kommt.

Sabine Niels, MdL /
Svenja Schünemann, Referentin

INITIATIVEN & WEITERE INFOS

- Stellungnahme „Braunkohlenplanverfahren Welzow-Süd beenden“ > www.gruenlink.de/711
- Bündnis für Heimat und Zukunft > www.heimatzukunft.de
- Kleine Anfrage „Veränderte Gewässerqualität durch Braunkohletagebaue“ > www.gruenlink.de/6xh

MICHAEL JUNGCLAUS

Sprecher für Umwelt- und Naturschutz, Energie, Verkehrs- und Infrastrukturpolitik sowie VerbraucherInnenschutz

Wie sind Sie zur Politik gekommen?

Zunächst habe ich mich über viele Jahre ehrenamtlich in der Jugendarbeit engagiert, später energiepolitisch in der Lokale Agenda-Gruppe der Gemeinde Neuenhagen. Irgendwann bekam ich dann Lust, noch mehr aktiv mitzugestalten, siehe Grundgesetz, Artikel 21, ;-)

Zweieinhalb Jahre bündnisgrüne Opposition: Was ist Ihre persönliche Zwischenbilanz?

Unter anderem haben wir erreicht, dass die Probleme um den neuen Flughafen BER in Schönefeld thematisiert wurden. Mit Anträgen, Anfragen und Anhörungen haben wir die planerischen und politischen Defizite immer wieder in die Öffentlichkeit getragen.

Ein weiteres Ergebnis unseres Handelns ist, dass die Landesregierung den Artenschutz als Ziel in ihre Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen hat.

Durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben umweltverträglicher Verkehr, ressourcenschonende Energiepolitik und nachhaltige Umweltpolitik eine Lobby im Brandenburger Landtag.

Sie sind für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz sowie Energie und Infrastruktur verantwortlich. Was muss sich hier grundlegend verändern?

Die allseits beschworene Energiewende muss wirklich vollzogen werden. Wir brauchen bis 2020 eine vollständige Stromversorgung aus erneuerbaren Quellen. Bis 2040 muss der Ausstieg aus der klimaschädlichen Braunkohleverstromung vollzogen sein. Auch in der Verkehrspolitik ist eine Wende notwendig, weg vom Straßenneubau, hin zu mehr Umweltverträglichkeit und einer Bevorzugung des öffentlichen Nahverkehrs. Die Beton- und Asphaltlobby braucht ein deutliches Stopp-Signal.

BIOGRAFIE-TELEGRAMM

- **Privates:** Geboren 1964 in Berlin – verheiratet – 2 Kinder – Wohnort: Neuenhagen
- **Berufliches:** Ausbildung zum Tischler – 10 Jahre Vertriebsmitarbeiter in verschiedenen IT-Unternehmen – 2006 Gründung eines eigenen Unternehmens im Bereich Solartechnik
- **Politisches:** Lokale Agenda 21 – seit 2007 Mitglied bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beisitzer im Vorstand des bündnisgrünen Kreisverbands Märkisch-Oderland sowie des Ortsverbands Neuenhagen



Wie lautet Ihr politisches Leitmotiv?

Aktuell wie eh und je: Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geborgt! Und vor allem: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.

Was war Ihr wichtigstes Erlebnis als Abgeordneter?

Mir kommen ganz unterschiedliche Erlebnisse in den Sinn. Sehr berührt hat mich die Verzweiflung der Fluglärm betroffenen bei Vor-Ort-Terminen zum BER. Dort, wo bald Großraumflugzeuge 300 Meter über Kindergarten und Schule hinwegfliegen. Oder der Besuch von sozialen Projekten in Dörfern, die langsam aussterben, weil die Jugendlichen nach der Schule nur noch weg wollen. So werden ganze Landstriche veröden.

Nachhaltig beeindruckt im Landtag hat mich der Widerspruch einiger Koalitions-Abgeordneter zwischen persönlicher Überzeugung und Fraktionsdisziplin beim Abstimmverhalten. Wo Posten- und Machterhalt vor Inhalten und Überzeugung kommen, hört Politik für mich auf.

Was machen Sie, um sich vom Politikbetrieb zu erholen?

Ich mache fast jeden Sonntagmittag einen ausgedehnten Spaziergang mit meiner Frau. In der Woche versuche ich, einmal joggen zu gehen, und dienstags nach der Fraktionssitzung geht es während der Mittagspause statt in die Landtagskantine zur nahen Schwimmhalle.

STABILE VIELFALT

Das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten vollzieht sich auch in Brandenburg. Wir fordern von der Landesregierung ein wirkungsvolles Maßnahmenkonzept zum Schutz der Biodiversität. Das Abpumpen von Grundwasser in Tagebauen muss kostenpflichtig werden. Und: Wir brauchen mehr Überschwemmungsflächen!



Eintauchen in eine (scheinbar) unberührte Natur.

Ein Drittel der Landesfläche Brandenburgs wird von Großschutzgebieten eingenommen. Unser Land ist reich an wertvollen Landschaften und Lebensräumen. Doch auch vor Brandenburg macht der Verlust an Biodiversität keinen Halt. Rund die Hälfte aller hier vorkommenden Tier- und Pflanzenarten muss als mindestens gefährdet angesehen werden. Der Artenrückgang kann sich durch den Klimawandel in Zukunft noch verschärfen. Bei vielen Arten bringen die intensiven Schutzprogramme nicht den gewünschten Erfolg, auch wenn es Positivbeispiele gibt, wie den Biber, Wolf oder Seeadler. Bedroht sind vor allem Vogelarten der Feuchtlebensräume und die Brandenburger Reptilienbestände. Durch die Rekultivierung von Brachen und den verstärkten Anbau von Energiepflanzen geht auch die Artenvielfalt der Agrarlandschaften zurück. Ursachen des Verlustes sind vor allem Nähr- und Schadstoffeinträge, Durchtrennung von Lebensräumen und negative Wasserbilanzen.

Der Klimawandel mit seinen zunehmenden Extremwetterereignissen birgt erhebliche Gefahren für den Wasserhaushalt von Naturräumen. Dürreperioden führen zu starken Grundwasserabsenkungen, die sich vor allem negativ auf Feuchtlebensräume auswirken. Starkregenereignisse hingegen lassen die Pegel in den Brandenburger Flussgebietssystemen steigen; angrenzende Siedlungen und landwirtschaftliche Flächen sind immer häufiger von Hochwasser bedroht.

Biodiversität – Rückgang stoppen

Mit einer Großen Anfrage hat unsere Fraktion das Thema Biodiversität auf die Tagesordnung der politischen Debatte gesetzt. Wir wollten vor allem wissen, wie die Nationale Biodiversitätsstrategie in Brandenburg umgesetzt werden soll. Im September 2010 folgte eine Fachkonferenz. Renommierete ExpertInnen referierten zu Themen wie „Schutzgebiete als Rückgrat der biologischen Vielfalt: Reicht das aus?“ oder „Biologische Vielfalt und Landnutzung: Welche Umsetzungsinstrumente brauchen wir?“

Mit einem Antrag haben wir anschließend, wie in vielen anderen Bundesländern bereits erfolgt, die Erarbeitung einer landeseigenen Biodiversitätsstrategie gefordert. Als Kompromissvorschlag der rot-roten Landtagsfraktionen soll das Thema biologische Vielfalt nun in die Nachhaltigkeitsstrategie integriert werden. Außerdem wird bis zum Sommer 2012 ein gesondertes Maßnahmenpaket „Schutz der biologischen Vielfalt“ erarbeitet. Wir sind gespannt!

INITIATIVEN & WEITERE INFOS

- Antrag „Hochwasserschutz verbessern: Mehr Raum für Flüsse“
> www.gruenlink.de/77z
- Antrag „Erstellung Oderbruchprogramm“ > www.gruenlink.de/781
- Rede zum „Zweiten Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften“
> www.gruenlink.de/783
- Antrag „Landesstrategie zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt erstellen“
> www.gruenlink.de/70q
- Große Anfrage „Umsetzung der nationalen Biodiversitätsstrategie im Land Brandenburg“ > www.gruenlink.de/784

Grundwassernutzung

Aufgrund der Novellierung des Wasserhaushaltsgesetzes auf Bundesebene stand im Jahr 2011 die Anpassung des Brandenburger Wassergesetzes an. Unsere Fraktion hat sich dafür eingesetzt, dass zukünftig auch für entnommenes Grundwasser, welches anschließend einem Fließgewässer zugeführt wird, Nutzungsentgelte erhoben werden sollen. Dadurch würde die Grundwasserhaltung bei Braunkohletagebauen kostenpflichtig. Einnahmen in Höhe von 23 Millionen Euro flössen pro Jahr in die Landeskasse. Und Brandenburg käme der Forderung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie nach. Diese Richtlinie sieht vor, dass Verursacher einen angemessenen Beitrag für die entstandenen Umwelt- und Ressourcenkosten leisten müssen.

Des weiteren haben wir mit unserem Änderungsantrag gefordert, Beiträge an die Boden- und Wasserverbände statt nach dem Flächenprinzip zukünftig nach dem Vorteilsprinzip zu erheben. Nach dem bisherigen Flächenprinzip zahlen alle Grundstückseigentümer, sowohl Landwirte als auch Waldbesitzer, einen einheitlichen Beitrag, der sich nach der Größe des Grundstücks richtet. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass ungenutzte Naturschutzflächen grundsätzlich von Beiträgen befreit werden und Eigentümer landwirtschaftlicher Flächen stärker zur Kostendeckung herangezogen werden, da sie am meisten von der Entwässerung profitieren. Die Anträge wurden vom Landtag abgelehnt.

Mehr Flutungspolder

Die Hochwasserereignisse der vergangenen Jahre in Brandenburg haben gezeigt, dass neben dem technischen auch der vorbeugende Hochwasserschutz deutlich ausgebaut werden muss. Unsere Fraktion hat mit einem Antrag die Schaffung zusätzlicher Überschwemmungsgebiete gefordert. Um der Bodenerosion und dem Austrag von Düngemitteln und Pestiziden entgegenzuwirken, soll in diesen Bereichen auf Grünlandnutzung umgestellt werden. Landnutzer sollen bei Einkommensverlusten gegebenenfalls einen Ausgleich erhalten.

In den kommenden Monaten wird vor allem die Novellierung des Brandenburger Ausführ-

Landtag Brandenburg **Drucksache 5/4179**
5. Wahlperiode

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

zu dem

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Landesstrategie zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt erstellen

- Drucksache 5/2211 -

Berichtersteller: Abgeordneter Michael Jungclaus (GRÜNE/B90)

Beschlussempfehlung:

Der Landtag möge den oben genannten Antrag in der vom Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz beschlossenen Fassung annehmen.

[ANGENOMMEN]

Datum des Eingangs: 01.11.2011 / Ausgegeben: 01.11.2011

Unser Antrag zielte darauf, eine Landesstrategie zur Biodiversität zu entwickeln. Der Landtag entschied dann, die Frage der Biodiversität im Rahmen einer Nachhaltigkeitsstrategie zu beantworten.

Das Bundesnaturschutzgesetz auf der Tagesordnung stehen. Hierzu wird unsere Fraktion mehrere Änderungsanträge einbringen. Wir wollen das Maßnahmenpaket „Schutz der biologischen Vielfalt“ und das von der Landesregierung zu erstellende Moorschutzprogramm kritisch begleiten. Im Bereich Landwirtschaft werden wir auf eine umwelt- und naturschutzfreundlichere Bewirtschaftung drängen und uns für Änderungen der Förderkriterien auf Bundes- und EU-Ebene einsetzen. Bei der Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie ist uns wichtig, dass sich die drei Säulen Ökologie, Ökonomie und Soziales in der Beteiligung aller betroffenen Ministerien widerspiegeln werden.

Michael Jungclaus, MdL / Svenja Schünemann, Referentin

ANSCHUB FÜR GUTE IDEEN

Die Zeit der vollen Förderkassen geht zu Ende. Nachhaltigkeit bedeutet, dass Hilfen auch einmal zurückgezahlt werden sollen. Und dass soziale und ökologische Standards einzuhalten sind.



Axel Vogel auf unserer Wirtschaftstagung „20 Jahre Aufbauarbeit – Ziel erreicht?“

Die Brandenburger Wirtschaftspolitik steht vor einer Epochenwende. Die letzten zwei Jahrzehnte wurden durch Transformationsprozesse und Aufbauarbeit geprägt. Milliarden aus EU- und Bundeszuweisungen flossen in die Verbesserung der Infrastruktur und in direkte Finanzhilfen für private Unternehmen. Doch diese umfassende staatliche Subventionierung privater Unternehmen läuft langsam aus. Zum Ende des Jahres 2010 verlor Brandenburg-Südwest den Status als Gebiet mit der höchsten Förderquote.

Mit der neuen Förderperiode der Europäischen Union wird auch der Nordosten Brandenburgs den Höchstförderstatus verlieren. Auf mindestens ein Drittel der bisherigen drei Milliarden Euro Strukturfondsmittel der EU muss Brandenburg ab 2014 verzichten. Auch die Vorzugsbehandlung durch Bundeszuschüsse läuft bis Ende 2019 aus.

Konzentration als Allheilmittel?

Die Zauberformel heißt seit 2005 „Konzentration“. Unter dem Motto „Stärken stärken“ kommen die öffentlichen Mittel zur Standortförderung fast ausschließlich einem ausgewählten Club von 15 „Regionalen Wachstumskernen“ zugute. Gleichzeitig sollte die Festlegung von 67 Branchenschwerpunktorten und 16 Branchenkompetenzfeldern die Schlagkraft der eingesetzten Mittel erhöhen. Im Ergebnis erschwert jedoch ein bunter Flickenteppich unterschiedlicher Fördersätze die Investitionsentscheidungen von Unternehmen.

Aspekte der Nachhaltigkeit bleiben der Landesregierung weiter fremd. Unternehmensumzüge von Berlin nach Brandenburg werden gefördert,

obwohl das gegen die Richtlinien verstößt. Standortpolitik erschöpft sich hauptsächlich in der Bereitstellung von Infrastruktur. Anstatt auf einen effektiven Mitteleinsatz Wert zu legen, werden häufig Ausnahmeregelungen genutzt, nachhaltige Förderangebote zur Bestandssicherung wenig zukunftsträchtiger Betriebe geschöpft und zukünftige Gestaltungsspielräume eingeschränkt.

Der einzige Lichtblick am Horizont ist die aktuelle Neustrukturierung der Wirtschaftsförderung im Rahmen der Innovationsstrategie. Zwei Jahrzehnte nach der Einheit werden Berlin und Brandenburg erstmalig als gemeinsamer Wirtschaftsraum vermarktet und vernetzt.

Die Fördervoraussetzung bleibt allerdings an die Branchenzugehörigkeit gebunden, und die Förderhöhe variiert regional. Wer Fördergelder abhängig von Gemeindegrenzen oder Branchenzugehörigkeit ausgibt, lässt innovative Betriebe außerhalb dieser Definitionen links liegen und vergeudet wertvolles wirtschaftliches Potenzial.

Dieser Ansatz wird in ganz Brandenburg kritiklos unterstützt. In ganz Brandenburg? Nein, die kleine Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legt den Finger in die Wunde.

INITIATIVEN & WEITERE INFOS

- Gesetzentwurf „Gesetz zur Sicherung von Sozial-, Umwelt- und Wettbewerbsbelangen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Brandenburgisches Vergabegesetz)“
> www.gruenlink.de/6n
- Bericht der Landesregierung „Brandenburg Europäische Unternehmerregion“
> www.gruenlink.de/7a9
- Stärkung der regionalen Wachstumskerne
> www.gruenlink.de/7aa

Nachhaltige Wirtschaftsförderung

Angesichts knapper öffentlicher Mittel müssen Prioritäten gesetzt werden.

Die bisherigen Schwerpunkte der Förderpolitik, also Bereitstellung von Infrastruktur und wenig differenzierte Förderung privater Investitionen, galten schon vor einem Jahrzehnt als veraltet. Teure Überkapazitäten konventioneller Infrastruktur und Mitnahmeeffekte sind die Folge.

Die Zukunft der Förderpolitik liegt in der Konzentration auf innovative Investitionen und Neuansiedlungen sowie den wiederholten Einsatz von Fördermitteln. Aus sogenannten revolvierenden Fonds können Kredit-, Eigenkapital- und Bürgschaftsangebote gemacht werden. Dabei fließen Gelder aus erfolgreich geförderten Projekten in den Fonds zurück. Solange jedoch das Angebot einmaliger Zuschüsse den Budgetrahmen der revolvierenden Fonds um den Faktor zehn übersteigt, wird die private Wirtschaft diese mehrfach nutzbaren Förderangebote nicht nachfragen. Deshalb haben wir wiederholt die Umschichtung der Mittel beantragt.

Renaissance der Ordnungspolitik

In dieser Legislaturperiode hat unsere Fraktion die Ordnungspolitik aus ihrem Dornröschenschlaf geweckt. Bisher wurde in der Wirtschaftspolitik vor allem auf die Wirkung finanzieller Anreize gesetzt.

Grüne Wirtschaftspolitik legt Wert auf Material- und Ressourceneffizienz. Klima- und Umweltschutz müssen neben sozialen Komponenten auch Grundlage für wirtschaftspolitische Richtungsentscheidungen sein. Die Integration dieser Merkmale als Leitplanken für unser Wirtschaftsleben ist unentbehrlich. Ordnungspolitische Maßnahmen sind hierfür ein geeignetes Instrument.

Mit der Ausarbeitung eines eigenen Vergabegesetzes mit ökologischen und sozialen Kriterien haben wir die Debatte über die Vorbildfunktion und Marktmacht der öffentlichen Nachfrager eröffnet. Eine öffentliche Nachfrage nach Produkten mit ökologischen und sozialen Standards besitzt das Potenzial, ein Umdenken in der Wirtschaft einzuleiten.

Landtag Brandenburg **Drucksache 5/2733**
5. Wahlperiode

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gesetz zur Sicherung von Sozial-, Umwelt- und Wettbewerbsbelangen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Brandenburgisches Vergabegesetz)

[ABGELEHNT]

A. Problem

Die öffentliche Hand, einschließlich der Kommunen, repräsentiert mit ihrem Auftragsvolumen von ca. 420 Mrd Euro jährlich den größten Nachfrager am deutschen Markt. Ihr Umsatz beläuft sich auf jährlich rund 17 % des deutschen Bruttoinlandsprodukts. Dieses Volumen hat durch die verstärkte institutionelle Konzentration des Staates auf seinen Kernbereich in den vergangenen Jahren zugenommen, ein Ende dieses Trends ist nicht abzusehen.

Nach den geltenden Bestimmungen des Europarechts (Richtlinie 2004/17/EG und Richtlinie 2004/18/EG) und des Bundesrechts (§§ 97-129b des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen) sind die öffentlichen Auftraggeber weitgehend auf einen reinen Leistungswettbewerb festgelegt. Der Zuschlag ist auf das wirtschaftlichste Angebot zu erteilen (vgl. § 97 Abs. 5 GWB), besondere ökologische oder soziale Rahmenbedingungen des Wettbewerbs um öffentliche Aufträge sind nicht verbindlich vorgesehen.

Allerdings erlauben die benannten Regelungen ausdrücklich eine Einstellung ökologischer und sozialer Belange (vgl. Art. 38 Richtlinie 2004/17/EG und Art. 26 Richtlinie 2004/18/EG bzw. § 97 Abs. 4 GWB). Die europarechtlichen Regelungen verweisen insoweit auf die mitgliedstaatliche Ebene, die bundesrechtliche Regelung verweist insoweit auf weitere Bundesgesetze und die Landesebene, wobei auf Bundesebene bislang keine entsprechenden Vorgaben verabschiedet wurden.

Insoweit liegt es bis heute an den Ländern, den Abschied vom reinen Leistungswettbewerb einzuleiten. Der ist auch dringend geboten:

Das Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes (Art. 20 Abs. 1 GG) und der bundes- und landesverfassungsrechtlich verankerte Auftrag zum Schutz der Umwelt (Art. 20 a GG, Art. 37 VerfBrdbg) gebieten jedenfalls politisch, auch die Nachfragemacht der öffentlichen Hand in den Dienst dieser Grundnormen zu stellen. Angesichts des Umfangs des öffentlichen Auftragsvolumens sind von einer besonderen sozialen und ökologischen Rahmung des Wettbewerbs um öffentliche Aufträge auch relevante Effekte mit Bezug auf den sozialen Zusammenhalt und den ökologischen Umbau zu erwarten.

Datum des Eingangs: 26.01.2011 / Ausgegeben: 27.01.2011

Die Vergabe öffentlicher Aufträge sollte nach ökologischen und sozialen Standards erfolgen. Unser Entwurf zu einem Vergabegesetz wurde von den Koalitionsfraktionen abgeschmettert.

Dies ist aber erst der Anfang. Die neuen Programme der EU-Strukturfonds enthalten Standards der Material- und Ressourceneffizienz als Fördervoraussetzung. Auch landesgesetzliche Kompetenzen wie die Landesbauordnung besitzen das Potenzial, die Energiewende voranzubringen und gleichzeitig einen Nachfrageboom für Brandenburger Handwerksbetriebe auszulösen.

Zukünftig müssen die geringeren finanziellen Mittel intelligenter und nachhaltiger eingesetzt werden. Entscheidend für den Beginn einer grünen Wirtschaftspolitik sind die Förderprogramme für die europäische Förderperiode ab 2014. Hier wird der Rahmen für die Brandenburger Wirtschaftspolitik eines knappen Jahrzehnts festgelegt. Wir sind zum Erfolg verpflichtet.

Axel Vogel, MdL / Nikolas Schelling, Referent

EINE HERKULESAUFGABE

Brandenburg muss sich auf das Ende der Geldspritzen aus Brüssel und den finanzstarken Ländern vorbereiten. Wir brauchen eine Debatte über den Umfang staatlicher Leistungen. Doch die Landesregierung plant weitere Schulden und spekuliert mit riskanten Anleihen.



Die Schulden von heute sind die Sparpakete von morgen.

Seit Gründung des Landes Brandenburg ist die Aufnahme neuer Schulden für alle Landesregierungen die Regel. So summieren sich die Kredite des Landes inzwischen auf 18,7 Milliarden Euro, 7.500 Euro pro Kopf der Bevölkerung. Hinzu kommen die Pensionsverpflichtungen für die ausscheidenden Landesbeamten in ähnlicher Größenordnung, Folge einer exzessiven Verbeamtungspolitik in den 1990er Jahren.

Auch die rot-rote Landesregierung setzte wie ihre Vorgänger zunächst weiter auf Neuverschuldung. Erst zum Ende der Legislaturperiode 2014 war ein ausgeglichener Haushalt geplant. Bis dahin sollte die Verschuldung um weitere 1,7 Milliarden Euro anwachsen.

Allein der rasante Anstieg der Steuereinnahmen führte 2010 zu einer geringeren Neuverschuldung und 2011 sogar zu Überschüssen. Und dank der sprudelnden Einnahmen stehen 2012 wiederum 600 Millionen Euro mehr als 2011 zur Verfügung. Diese Überschüsse wurden aber bisher nie zur Schuldentilgung eingesetzt, stattdessen reduziert die Koalition die Sparanstrengungen.

Eine Haushaltsfinanzierung zu Lasten künftiger Generationen lehnen wir ab. Die Finanzierung aller notwendigen öffentlichen Aufgaben muss grundsätzlich aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden. Abweichungen

darf es nur in besonderen Notlagen geben. Ein ausgeglichener Haushalt setzt harte politische Arbeit voraus. Nötig ist eine kritische Auseinandersetzung über den erforderlichen Umfang staatlicher Leistungen.

Die Aufnahme einer Schuldenbremse in die Landesverfassung – von uns mitbeantragt – hätte die Haushaltspolitik mit dem Credo „Nach uns die Sintflut“ frühzeitig beenden können, sie hätte aber auch eine Debatte angestoßen, welche Aufgaben wir uns zukünftig leisten können und wollen. Leider waren die Koalitionsfraktionen hierfür nicht zu gewinnen.

Haushaltspolitik berührt alle

Wir haben die Haushaltsverhandlungen für 2012 genutzt, um Finanzierungsreserven aufzuzeigen und unsere politischen Prioritäten darzustellen. Unser Alternativmodell: Konsolidierung des Haushalts bei gleichzeitiger Priorität für Bildung und Umweltschutz.

Wir haben ein Umverteilungsvolumen von mehr als 300 Millionen Euro aufgezeigt: Das Land hätte im Haushaltsentwurf auf die eingeplane Neuverschuldung in Höhe von 270 Millionen Euro verzichten können, Bildung und Wissenschaft wären mit mehr als 30 Millionen

INITIATIVEN & WEITERE INFOS

- Antrag „Entwicklung und aktuelle Situation der Steuerverwaltung des Landes Brandenburg“
> www.gruenlink.de/7bn
- Änderungsantrag „Haushaltsbegleitgesetz: Änderung des Brandenburgischen Versorgungsfondsgesetzes“
> www.gruenlink.de/7ge
- Änderungsanträge „Haushaltsgesetz 2012“ > www.gruenlink.de/4l6

Euro verstärkt worden, für Umwelt und den Öffentlichen Personennahverkehr sahen wir 15 Millionen Euro zusätzlich vor. Die Finanzierung dieser Mehrausgaben wäre durch den Verzicht auf Rücklagenbildung, Anpassung überzogener Kostenschätzungen und die Kürzung nachrangiger Ausgaben möglich gewesen.

Außerdem haben wir für mehr Transparenz im Landeshaushalt gesorgt. Mit 78 Kleinen Anfragen ließen wir uns die Verwendung von mehr als 200 Haushaltstiteln dokumentieren. Erfolg und Misserfolg von Förderprogrammen sowie die Refinanzierungs- und Rücklagenpolitik der Landesregierung wurden öffentlich und konnten in den Fachausschüssen breit debattiert werden.

Risiken der Vergangenheit begrenzen

Als erste Fraktion haben wir auf finanzpolitisch hochriskante Erblasten der Vergangenheit aufmerksam gemacht: Trotz Verschuldung hält das Land Geldanlagen bei ausländischen Banken und irische Anleihen. Mit diesen Wertanlagen soll ein Versorgungsfonds die rasant steigenden Versorgungsansprüche der Landesbeamten abfedern. Die Bildung eines solchen Fonds in kreditfinanzierten Haushalten ist jedoch ein fragwürdiges Spiel. Denn nur Anlagen mit hohen Risiken können die Zinsen für die aufgenommenen Kredite abdecken und zusätzlich eine nennenswerte Rendite erbringen. Inzwischen kümmert sich auch der Landesrechnungshof um dieses Thema.

Der Bau des neuen Flughafens BER wurde mit 2,5 Milliarden Euro fremdfinanziert. Das Missverhältnis zwischen der Investitionshöhe und den Einnahmen des Flugbetriebs wird das Jahresergebnis des Flughafens für längere Zeit in die roten Zahlen drücken. Das Land haftet als Gesellschafter für mögliche Betriebsverluste und zudem für eine Bürgschaft in Höhe von 888 Millionen Euro.

Deshalb droht eine dauerhafte Bezuschussung des Flughafens aus Steuergeldern. Im ungünstigsten Fall wird der Landeshaushalt mit der vollen Bürgschaftshöhe belastet.

Trüber Ausblick

Die bisherigen finanziellen Einschnitte im Brandenburger Landeshaushalt sind nur ein schwa-

cher Abglanz von dem, was noch auf uns zukommt. Die Solidarpaktmittel werden von jetzt 1,5 Milliarden Euro bis 2019 auf Null zurückgehen. Weitere Einschnitte drohen beim Länderfinanzausgleich und den Zuweisungen der EU. Gegenwärtig decken die eigenen Einnahmen nur 60 Prozent der Landesausgaben. Abhängig von der Entwicklung der Steuereinnahmen müssen die Ausgaben um ein bis zwei Milliarden Euro reduziert werden. Politik kann sich dann nicht mehr wegduckeln, sondern muss Prioritäten setzen. Wir müssen uns auf die wichtigsten staatlichen Aufgaben konzentrieren. Diese müssen aber auskömmlich finanziert werden. Eine Herkulesaufgabe.

Axel Vogel, MdL / Nikolas Schelling, Referent

Landtag Brandenburg **Drucksache 5/630**
5. Wahlperiode

Neudruck

Antrag
der SPD-Fraktion
der Fraktion DIE LINKE
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Entwicklung und aktuelle Situation der Steuerverwaltung des Landes Brandenburg

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bis zum 30. September 2010 einen Bericht über die aktuelle Situation und die zukünftige strukturelle und personelle Entwicklung der Steuerverwaltung des Landes Brandenburg vorzulegen. Dieser Bericht dient der aufgabenkritischen Analyse und damit der Fortschreibung der Personalentwicklungskonzeption.

In dem Bericht soll insbesondere auf folgende Schwerpunkte eingegangen werden:

1. Situation und Effizienz der brandenburgischen Steuerverwaltung (Bewertung der aktuellen Situation, Analyse und Ausblick der Technisierung z.B. „Elster“, „Maria“ Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung z.B. Kontraktmanagement, Maßnahmen zur verbesserten Ausschöpfung eigener Steuerquellen, Wahrung der Gesetzmäßigkeit und Gleichmäßigkeit der Besteuerung, Kundentreue)
2. Personalausstattung in der Steuerverwaltung (Entwicklung des Personalbestandes, Personalausstattung im Vergleich zu anderen Bundesländern, Altersstruktur, Volumen der Altersteilzeit, Wissensverlust durch homogene Personalausstattung, durchschnittliche Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Veranlagungsbereich, Mitarbeitermotivation und Personalbindung, Stellenstruktur/ Stellenhebung, Personalbedarfsplanung, Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote)
3. Ausbildungssituation (Bewertung, im Vergleich zum Durchschnitt der Länder, Einstellungskorridor)
4. Aufgabenentwicklung im Innen- und Außendienst (Anzahl erfasster/geprüfter Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe, Betriebsprüfungsintervalle/-dichten, Vergleich mit anderen Bundesländern, Rückschau und Vorschau, Maßnahmen zur Erhöhung der Prüfdichte, Entwicklung der Steuerfahndung etc.)

Datum des Eingangs: 22.03.2010 / Ausgegeben am: 23.03.2010

[ANGENOMMEN]

Zusammen mit den Fraktionen von SPD und Linke haben wir einen Bericht zur Effizienz und Ausstattung der Steuerverwaltung eingefordert. Der Bericht liegt jetzt vor. Er offenbart einige Schwachstellen.

AM UNTEREN LIMIT

Immer mehr Menschen können nicht von ihrer Arbeit leben. Dieser Niedriglohnstrategie von Unternehmen setzen wir unsere Forderungen nach Mindestlohn und der Begrenzung von Leiharbeit entgegen. Arbeitsplätze müssen außerdem familienfreundlicher werden.

Auf dem Arbeitsmarkt sind die Chancen ungerecht verteilt. Spaltungen zwischen Arbeitslosen und Beschäftigten sowie zwischen Rand- und Stammebelegschaften sind verfestigt. Leiharbeit, Minijobs und befristete Beschäftigung nehmen zu, besonders Frauen sind betroffen. 2,5 Millionen Frauen arbeiten bundesweit unterhalb der Niedriglohnschwelle, die in Ostdeutschland bei 1.380 Euro liegt. In Brandenburg erhalten 70.000 Menschen trotz Berufstätigkeit aufstockende Leistungen vom Jobcenter, meist wegen geringer Entlohnung.

Arbeitsmarktpolitik

Die Landesregierung preist ihr Programm „Arbeit für Brandenburg“ an. Es schafft jedoch keine zukunftsfähigen Arbeitsplätze, und Zugang zum ersten Arbeitsmarkt bekommen Arbeitssuchende auch nicht. Unsere Fraktion hat dieses Programm immer wieder mit Änderungsanträgen kritisch begleitet.

Wir fordern, arbeitsmarktpolitische Programme besser auf die Bedürfnisse arbeitssuchender, insbesondere älterer Männer und Frauen sowie Menschen mit Migrationshintergrund auszurichten. Der Schwerpunkt muss auf nachhaltiger Qualifizierung liegen, um Menschen die Teilhabe am Erwerbsleben zu ermöglichen. ArbeitnehmerInnen müssen von ihrer Arbeit leben können. Niedriglohnstrategien von Unternehmen müssen endlich der Vergangenheit angehören. Deshalb sind wir von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für einen Mindestlohn, Equal Pay (gleiche Bezahlung von Männern und Frauen) und die Begrenzung der Leiharbeit.

Familie und Beruf

Die gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird für immer mehr Männer und Frauen zum Kriterium bei der Wahl ihres Arbeitsplatzes. Familienfreundliche Arbeitsbedingungen binden Menschen an ihre Arbeitsstelle. Beschäftigte mit Familie sind für den Arbeitgeber keine Belastung, sondern ein Gewinn.

Für Brandenburgs Zukunft ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wegen des demografischen Wandels und fehlender Fachkräfte wichtig. Familienfreundlichkeit im Betrieb und am Wohnort ist ein Haltefaktor, ein Anker für den Verbleib im Land. Wir haben deshalb den Antrag zum „audit berufundfamilie“ eingebracht. Der Antrag wurde wie üblich abgelehnt. Jedoch gab es anschließend einen 200-Seiten-Bericht „Familienfreundliche Landesverwaltung“, und die Diskussion über die Vereinbarkeit von Familie



So lassen sich Job und Familie nicht vereinbaren.

und Erwerbsarbeit führte zur Erstellung des familienpolitischen Maßnahmenpakets.

Seit Mai 2011 herrscht auch in Brandenburg Arbeitnehmerfreizügigkeit, jedoch kommen zu wenig ArbeitnehmerInnen. Nur wenige polnische Jugendliche strebten eine Ausbildung in Brandenburg an. Fachkräfte, die kommen, finden wegen ihrer Berufsausbildungen und -abschlüsse und wegen Sprachproblemen keinen leichten Zugang zu Arbeitsplätzen. Unsere Fraktion unterstützt die Integration ausländischer ArbeitnehmerInnen, nicht nur weil sie helfen, den Fachkräftemangel in Brandenburg zu beheben.

*Ursula Nonnemacher, MdL /
Brigitte Stumm, Referentin*

INITIATIVEN & WEITERE INFOS

- Antrag „Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern - audit berufundfamilie“
> www.gruenlink.de/6rl
- Tagung „Frauensache Wirtschaft: Frauen – Arbeit – Brandenburg“
> www.gruenlink.de/71j
- Kleine Anfrage zum Landesprogramm Arbeit für Brandenburg
> www.gruenlink.de/722

AXEL VOGEL

Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag, zuständig für Finanzen, Wirtschaft und DDR-Aufarbeitung

Wie sind Sie zur Politik gekommen?

Durch die Lektüre des Buches „Ein Planet wird geplündert“ des Mitbegründers der Partei DIE GRÜNEN Herbert Gruhl. Schlagartig wurde mir bewusst, dass es auf einem begrenzten Planeten keinen unbegrenzten Ressourcenverbrauch geben kann und dass wir dabei sind, unsere Lebensgrundlagen zu zerstören. Die Frage, ob es uns gelingt, auf einen nachhaltigen Entwicklungspfad umzuschwenken, ist bis heute unverändert aktuell. Diese Erkenntnis gab mir den Impuls, mich bereits im Europawahlkampf 1979 für die in Gründung befindlichen Grünen zu engagieren.

Was hat sich in Ihrem Leben durch die Arbeit als Landtagsabgeordneter verändert?

Einiges zum Positiven. Es macht viel Freude, wenn persönliches Engagement und Berufsausübung zusammenfallen. Das Landtagsmandat fordert den ganzen Menschen, es ist ein Vollzeitjob ohne klare Abgrenzung von Beruf und Freizeit; dies fällt aber leicht, weil die Rahmenbedingungen stimmen. Ich arbeite in einem tollen Team hochmotivierter KollegInnen und MitarbeiterInnen. Es gibt immer wieder kleinere oder größere Erfolge zu feiern, und ich habe das Gefühl, einen nicht unwichtigen Beitrag für die Weiterentwicklung unseres Bundeslandes zu leisten.

Zweieinhalb Jahre bündnisgrüne Opposition: Was ist Ihre persönliche Zwischenbilanz?

Mit unserem Einzug in den Landtag hat sich die politische Kultur verändert. Begünstigt davon, dass die bleierne Zeit von Schwarz-Rot endete, hat der



Landtag spürbar an Bedeutung gewonnen. Diskussionen und Debatten sind nicht nur Selbstzweck, sondern haben Einfluss auf die Entwicklungsrichtung Brandenburgs. Ganz im Gegensatz zum Bundestag und vielen anderen Landesparlamenten werden auch unsere Oppositionsanträge ernsthaft diskutiert. Unsere Fraktion hat sich ein hohes Ansehen in der Öffentlichkeit, bei der Regierung und unter den Abgeordneten aus anderen Fraktionen erworben. Das macht mich stolz auf unsere gemeinsame Arbeit.

Sie sind für die Politikfelder Haushalt und Wirtschaft verantwortlich. Was muss sich hier grundlegend verändern?

Das Bewusstsein für eine nachhaltige Haushaltspolitik muss sich in allen Politikfeldern noch durchsetzen. Schulden machen heißt auf Kosten künftiger Generationen leben. Generationengerechtigkeit in der Haushaltspolitik bedeutet daher, dass konjunkturbedingte Schulden innerhalb eines Konjunkturzyklus auch wieder abgebaut werden müssen.

In der Wirtschaftspolitik darf der ländliche Raum nicht abgehängt werden, Nachhaltigkeitskriterien müssen zur Fördervoraussetzung werden.

Was machen Sie, um sich vom Politikbetrieb zu erholen?

Alle Outdoorsportarten: Wandern, Bergsteigen, Skitouren und Schlittschuhlaufen. Und wenn es klappt, dann noch abends mit der Familie eine Rommé-Partie zur guten Nacht spielen.

BIOGRAFIE-TELEGRAMM

- **Privates:** Geboren 1956 in Bochum, aufgewachsen in Bayern – seit 16 Jahren in wilder Ehe – eine Pflgetochter – Wohnort: Eberswalde
- **Berufliches:** Dipl.-Kaufmann, Dipl.-Ökonom – ab 1991 Aufbau der Großschutzgebiete in Brandenburg – ab 2004 Abteilungsleiter im Landesumweltamt (derzeit beurlaubt)
- **Politisches:** 1980 Gründungsmitglied DIE GRÜNEN – 1983 bis 87 Mitglied der grünen Bundestagsfraktion – 1988 bis 91 Bundesschatzmeister – 2005 bis 09 Landesvorsitzender BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN in Brandenburg – seit 2009 Fraktionsvorsitzender

VOM WEG ABGEKOMMEN

Brandenburg war mal das Musterland der biologischen Landwirtschaft. Inzwischen stagniert die Anbaufläche, obwohl der Markt für Bioprodukte weiter wächst. Das muss sich ändern. Bei der Agro-Gentechnik ist die Landesregierung schon auf unseren Kurs eingeschwenkt.

Ökologische Landwirtschaft kommt ohne den Einsatz von Kunstdünger oder chemischen Pflanzenschutzmitteln aus. So wird die Artenvielfalt geschützt, Boden, Wasser und Klima werden geschont und zugleich gesunde und hochwertige Lebensmittel erzeugt. Durch seine Humuswirtschaft, etwa mit dem Anbau von Luftstickstoff bindenden Pflanzen, verbessert der ökologische Landbau auch die Wasserhaltefähigkeit des Bodens. Dies ist für die sandigen Böden und während trockener Sommermonate in Brandenburg besonders wichtig.

Anbaufläche stagniert

Im rot-roten Koalitionsvertrag ist von der gezielten Förderung des ökologischen Wirtschaftens und von steigender Deckung der Nachfrage nach Bioprodukten aus Brandenburg die Rede. Doch in der Realität geschieht genau das Gegenteil.

Der Anteil der Öko-Anbaufläche in Brandenburg stagniert seit mehreren Jahren, trotz steigender Nachfrage nach regionalen Bioprodukten.

Immer mehr Bioprodukte werden aus anderen Regionen und dem Ausland importiert. Die grüne Landtagsfraktion hat bei einem Fachgespräch im Juni 2011 auf diese negative Entwicklung hingewiesen. Brandenburg, einst Musterschüler beim Ausbau des Ökolandbaus, hat sich mit dem För-



Demo gegen Gen-Mais vor dem Landtag mit Sabine Niels. Landesweit wächst der Widerstand.

INITIATIVEN & WEITERE INFOS

- Antrag „Annahmestopp für Neuansträge zur Umstellung auf Ökolandbau zurücknehmen“ > www.gruenlink.de/4rs
- Beschluss des Landtags zur Agro-Gentechnik > www.gruenlink.de/777
- Antrag „Keine Agro-Gentechnik in Brandenburg“ > www.gruenlink.de/60
- Flyer zum Ökolandbau > www.gruenlink.de/779
- Flyer zur Agro-Gentechnik > www.gruenlink.de/77a
- Kleine Anfrage „Verwendung von regional und biologisch erzeugten Lebensmitteln in den Kantinen der Einrichtungen des Landes Brandenburg“ > www.gruenlink.de/77b

derstopp für umstellungswillige LandwirtInnen zum Sorgenkind entwickelt. Bei einem Länder-ranking des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) Anfang 2012 landete Brandenburg auf dem vorletzten Platz.

Fördermittel umschichten

Die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert, die brachliegenden Potenziale für den ländlichen Raum schnellstmöglich durch eine gezielte Förderpolitik zu nutzen. Unseren Antrag, die Umstellung auf Ökolandbau weiter zu unterstützen, hat die rot-rote Mehrheit im Parlament abgelehnt. Die Regierung behauptet, aufgrund der zahlreichen ökologisch wirtschaft-

tenden Betriebe nicht mehr leisten zu können. Zugleich stellt die rot-rote Koalition aber 1,4 Millionen Euro Zuschüsse für die Nutztierkörperbe-seitigung bereit, von der vor allem Betriebe mit industrieller Tierhaltung profitieren.

So bremst die Landesregierung die Entwick-lungsdynamik der Brandenburger Ökobranche bis zum Beginn der neuen Förderperiode der EU im Jahr 2014 aus. Bis auf Schleswig-Holstein werden die Umstellungsprämien in allen anderen Bundesländern durchgängig gewährt.

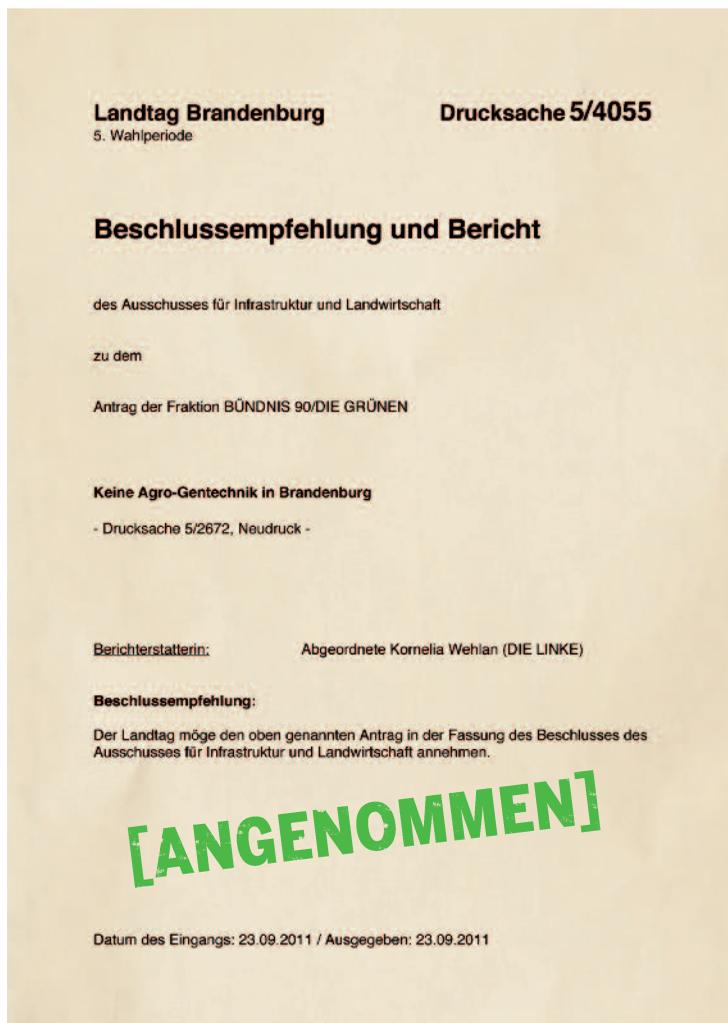
Gentechnik gefährdet die Landwirtschaft

Auch beim Thema Gentechnik war die bündnis-grüne Fraktion aktiv. Grundsätzlich gefährdet die Agro-Gentechnik die ökologische, aber auch die konventionelle Landwirtschaft. Brandenburg be-legte in den vergangenen Jahren bundesweit einen unrühmlichen Spitzenplatz beim Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen. Mittlerweile haben sich landesweit sieben gentechnikfreie Regionen und Initiativen etabliert. LandwirtInnen und VerbraucherInnen organisieren in diesen Regionen den Widerstand gegen die Agrogentechnik und sichern damit auch die wirtschaftliche Grundlage für die konventionelle Landwirtschaft, den Ökolandbau und die Imke-ri. LandwirtInnen, die gentechnikfrei produzie-ren wollen, brauchen jetzt klare Regeln, um Planungssicherheit für ihre Form des Wirtschaftens zu haben.

Die grüne Landtagsfraktion hat sich erfolg-reich dafür eingesetzt, dass auf landeseigenen Flächen keine gentechnisch veränderten Pflan-zen angebaut werden, und dass die Landesre-gierung die Erzeugung von gentechnikfreien Futtermitteln fördert. Nach monatelangen Ver-handlungen und Anhörungen in parlamentari-schen Gremien konnten im Beschluss des Landtags wesentliche grüne Forderungen ver-ankert werden.

„Umbrüche auf märkischem Sand“

Mit weiteren Anträgen und Anfragen wie beispielsweise zum Bienensterben, zur Verwen-dung von regional und biologisch erzeugten Le-bensmitteln in den Kantinen von Ministerien und Verwaltungen des Landes oder zur Lebensmittel-



Auf landeseigenen Flächen muss auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen verzichtet werden. Dieser alten bündnisgrünen Forderung haben sich SPD und Linke weitgehend angeschlossen.

überwachung im Hinblick auf Bestandteile aus gentechnisch veränderten Organismen hat die bündnisgrüne Fraktion das Thema ökologische Land-wirtschaft immer wieder ins Parlament getragen.

Um die bündnisgrünen Vorstellungen bekannter zu machen, hat sich die Landtagsfraktion mit einem großen Stand und einem breiten Veranstal-tungsprogramm auf der Brandenburgischen Landwirtschaftsausstellung (BraLa) 2011 präsentiert. Außerdem gibt es zur bündnisgrünen Agrarpolitik für Brandenburg ein aktuelles Buch. Der Sammelband „Umbrüche auf märkischem Sand“ (siehe S. 57) wirft einen kritischen Blick auf die Agrar-geschichte und zeigt neue Wege auf, um die Zukunft der ländlichen Ent-wicklung in Brandenburg zu sichern.

Sabine Niels, MdL / Svenja Schünemann, Referentin

PROFIT CONTRA LÄRMSCHUTZ?

Nachruhe und Gesundheit der Menschen sind wichtiger als das Gewinnstreben der Flughafengesellschaft. Unsere Fraktion setzt sich für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr ein. Außerdem fordern wir ausreichende Schallschutzmaßnahmen und ein umfangreiches Gesundheitsmonitoring.



Sabine Niels und Michael Jungclaus auf der Flughafen-Baustelle.

Der Flughafen BER am Standort Schönefeld sorgt spätestens seit den ersten Flugroutenvorschlägen ununterbrochen für Unmut und wütenden Protest in der betroffenen Bevölkerung. Insbesondere das jahrelange Verschweigen der Notwendigkeit abknickender Flugrouten hat zu einem starken Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger geführt. Landesregierung und Flughafen planen an der Bevölkerung vorbei und sorgen nicht für die notwendige Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung.

Studien belegen, dass sich insbesondere nächtlicher Lärm negativ auf die Gesundheit auswirkt. Die Landesregierung und die Flughafengesellschaft halten aber an einem Nachtflugverbot fest, welches nur den Zeitraum 24 bis 5 Uhr abdeckt. Hier scheint das Motto „Wirtschaftlichkeit vor Lärmschutz“ zu gelten.

Auch das Schallschutzprogramm des Flughafens bereitet große Probleme. Die Umsetzung kommt nur sehr schleppend voran. Das Infrastrukturministerium und die Flughafengesellschaft streiten sich wenige Monate vor Eröffnung des Flughafens am 3. Juni 2012 immer noch über das Schutzniveau, das den Schallschutzmaßnahmen zugrunde gelegt werden soll. Eine Realisierung aller passiven Schallschutzmaßnahmen bis zur Eröffnung scheint kaum noch umsetzbar.

Unsere Fraktion setzt sich seit dem Einzug in den Landtag für einen stärkeren Schallschutz der betroffenen Bürgerinnen und Bürger ein. Dabei steht für uns an erster Stelle die Vermeidung von Lärm. Bereits im Dezember 2010 haben wir mit einem Antrag die Landesregierung dazu aufgefordert, das bisher vorgesehene Nachtflugverbot auf den Zeitraum 22 bis 6 Uhr

auszuweiten. Für genau diesen Zeitraum ist die Nachruhe nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) definiert; dies muss auch am Flughafen BER gelten.

Volksinitiative zum Nachtflugverbot

Auf unsere Initiative hin wurde zum Thema Nachtflugverbot die bis dahin größte Anhörung mit öffentlicher Beteiligung im Landtag durchgeführt. Anschließend verzögerte die rot-rote Koalition den Beschluss zu unserem Antrag um ein Jahr und lehnte ihn dann zusammen mit der Volksinitiative zum Nachtflugverbot ab. Die Begründung der regierenden Landtagsfraktionen, dies müsse aufgrund von Wettbewerbsverzerrungen auf Bundesebene geregelt werden, haben wir in einem nachfolgenden Antrag aufgegriffen. Doch selbst ihrer eigenen Forderung

INITIATIVEN & WEITERE INFOS

- Antrag „Schallschutz für Betroffene des BER sicherstellen“
> www.gruenlink.de/6u1
- Antrag „Gesundheitsmonitoring am BER ausweiten und sofort beginnen“
> www.gruenlink.de/4ww
- Große Anfrage „Die ‚neue‘ Flugroutendivergenz und der tatsächliche Fluglärm des BBI“
> www.gruenlink.de/6u6
- Große Anfrage „Wirtschaftlichkeit des Flughafens Berlin-Brandenburg International und der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH“
> www.gruenlink.de/6u2
- Antrag „Schutz der menschlichen Gesundheit: Umfassendes Nachtflugverbot am BBI von 22 Uhr bis 6 Uhr sichern“
> www.gruenlink.de/6u3

haben SPD und Linke nicht zustimmen können. So wurde auch unser Antrag für eine Bundesratsinitiative, die sich für weitreichende Nachtflugbegrenzungen einsetzt, abgelehnt.

Gesundheitsmonitoring unzureichend

Unserer Forderung nach einem Gesundheitsmonitoring ist die Landesregierung zwar grundsätzlich gefolgt, ein solches Monitoring sollte jedoch den Gesundheitszustand der von Lärm Betroffenen vor und nach Inbetriebnahme des Flughafens vergleichen. Leider wird das vorgesehene Gesundheitsmonitoring der Landesregierung diesem Anspruch nicht gerecht. Wir haben mit unserem Antrag die Landesregierung aufgefordert, einen Vorher-Nachher-Vergleich zu ermöglichen und neben Befragungen zu Belästigung und Lebensqualität auch umfangreiche Krankenkassendaten auszuwerten. Nur so ließen sich belastbare und objektive Ergebnisse erzielen, auf deren Grundlage Nachbesserungen im Schallschutz eingefordert werden könnten. Der Antrag wurde vom Landtag abgelehnt.

Schallschutzprogramm korrigieren

Mit einer Kleinen Anfrage zum Schallschutz des BER konnten wir aufzeigen, dass die Landesregierung bereits seit Mai 2011 wusste, dass der Flughafen den Berechnungen für Schallschutzmaßnahmen ein unzureichendes Schutzniveau zugrunde legt. Doch obwohl der Landesregierung dies bekannt ist, wird sie nach wie vor nicht aktiv. Wie viele Kostenerstattungsvereinbarungen fehlerhaft sind, wurde der Öffentlichkeit bislang vorenthalten.

Im Februar 2012 waren erst rund 1000 von 25.500 Wohnungen mit Schallschutzvorrichtungen ausgestattet. Mit unserem Antrag fordern wir, dass eine unabhängige Koordinierungsstelle mit der effizienten und korrekten Umsetzung des Schallschutzprogramms beauftragt wird. Sollte der Flughafen bis zur Inbetriebnahme nicht alle Schallschutzmaßnahmen umgesetzt haben, fordern wir bis zu deren Realisierung die Zahlung eines angemessenen monatlichen Schadenersatzgeldes. Dieser Antrag wurde im Januar 2012 vom Landtag in den zuständigen Ausschuss überwiesen.

Landtag Brandenburg **Drucksache 5/2394**
5. Wahlperiode

Neudruck

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der Abgeordneten
Hans-Peter Goetz
und Christoph Schulze

Schutz der menschlichen Gesundheit: Umfassendes Nachtflugverbot am BBI von 22 Uhr bis 6 Uhr sichern

Der Landtag stellt fest:

Lärm stellt eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die menschliche Gesundheit dar. Vor allem nächtlicher Fluglärm führt dazu, dass betroffene Anwohnerinnen und Anwohner von Flughäfen einem signifikant erhöhten Gesundheitsrisiko ausgesetzt sind.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- im Sinne des Lärm- und Gesundheitsschutzes am Flughafen BBI ein generelles Nachtflugverbot von 22 Uhr bis 6 Uhr zu gewährleisten. Ausnahmen von der Regelung sollen eindeutig und abschließend definiert werden, wie z.B. Rettungsflüge, Katastrophenschutz, Notlandungen etc.
- das generelle Nachtflugverbot von 22 Uhr bis 6 Uhr spätestens zur Eröffnung des BBI zu regeln.

Begründung:
Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg und Berlin sind mit zunehmender Zeit gegen die drohende Verlärmung ihrer Wohngebiete auf Grund der bislang nicht erfolgten Festlegung von verbindlichen Flugrouten. So vielfältig die Forderungen und die nachvollziehbaren Interessen der verschiedenen Bürgerinitiativen und der potentiell betroffenen Bürgerinnen und Bürger sind, so sehr sind sie sich in der Frage eines weitgehenden Nachtflugverbots einig. Denn ein weitgehendes Nachtflugverbot dient dem Schutz der menschlichen Gesundheit und ist somit im Interesse aller potentiell von Fluglärm betroffener Bürgerinnen und Bürger.

Zahlreiche Studien zeigen, dass Menschen, die in der Nähe von Flughäfen leben, häufiger an Herz, Kreislauf und Psyche erkranken.

Datum des Eingangs: 02.12.2010 / Ausgegeben: 15.12.2010

[ABGELEHNT]

Das Umweltbundesamt hat wiederholt auf die Gesundheitsgefahren von nächtlichem Fluglärm verwiesen. Dennoch wurde unser Antrag auf ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr abgelehnt.

Wie geht es weiter?

Unsere Fraktion wird sich weiterhin für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr einsetzen. Wir werden die korrekte Umsetzung der Schallschutzmaßnahmen und die Schaffung einer unabhängigen Koordinierungsstelle einfordern und uns für Flugverfahren einsetzen, die Lärmimmissionen weiter reduzieren. Hierzu zählt zum Beispiel ein weitestgehend abhängiger Flugbetrieb der beiden Start- und Landebahnen. Ab Inbetriebnahme des Flughafens werden wir die hieraus folgenden Auswirkungen auf Mensch, Umwelt und Finanzen kritisch im Blick behalten.

Michael Jungclaus, MdL / Svenja Schünemann, Referentin

KLASSE STATT MASSE

Neue Straßen und Wasserwege mehren nicht per se den Wohlstand eines Landes. Wir fordern, dem öffentlichen Nahverkehr eine klare Priorität einzuräumen. Auch in der Städtebauförderung bleibt die Landesregierung unter ihren Möglichkeiten.



Michael Jungclaus auf dem Dienstoffrad der Fraktion.

Wenn es um den Ausbau von Infrastruktur geht, wird BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN häufig als Dagegenpartei bezeichnet. Stimmt dieses Klischee? Ursache solcher Vorurteile ist die altbackene Infrastrukturpolitik mit der Botschaft: Möglichst jeder soll seinen Beton abbekommen. Danach sind neue Straßen, Schienen und Wasserwege per se gut. Die Folge dieses Infrastrukturleitbildes, dem andere Parteien immer noch anhängen, sind unfinanzierbare „Wünsch-Dir-Was-Listen“.

Dabei sollte doch nachhaltige Infrastrukturpolitik im Vordergrund stehen. Aus landespolitischer Sicht sind lebenswerte Städte und ein gut ausgebauter Öffentlicher Personennahverkehr die neuralgischen Punkte für ein umweltfreundliches Leben und Bewegungen im 21. Jahrhundert.

Straßenbau: Instandhaltung statt Neubau

In der Wissenschaft herrscht Konsens: Ein weiterer massiver Ausbau von Straßen schafft keine zusätzlichen Wohlstandseffekte und ist langfristig nicht finanzierbar. Es kommt vielmehr darauf an, den Bestand zu erhalten. Denn die Erreichbarkeit aller Landesteile mit dem Auto ist bereits gewährleistet.

Unsere Schlussfolgerung daraus: Das Streckennetz der Landesstraßen deckt den Bedarf ab. Zukünftig sind nur noch Instandhaltungsarbeiten durchzuführen. Die Straßenbau-Gelder sind an anderer Stelle besser auf-

gehoben. Doch damit stehen wir allein auf weiter Flur. Der neue Landesstraßenbedarfsplan wurde aus Finanznot auf 18 Maßnahmen, darunter mehr als ein Dutzend uralter Projekte, zusammengestrichen. Unsere Alternative, der Instandhaltung Priorität einzuräumen und den Landesstraßenbedarfsplan auf den Verkehrsanschluss des neuen Flughafens zu konzentrieren, wurde von allen anderen Fraktionen verteufelt.

Städtebau: Erfolgsmodell wird abgewickelt

Die Städtebauförderung ist ein Paradebeispiel für den effizienten und effektiven Einsatz öffentlicher Mittel. Die Förderung erzeugt immense wirtschaftliche Impulse. Öffentliche Investitionen lösen ein Vielfaches an privaten Investitionen aus. Das Handwerk und kleine Unternehmen florieren. Die dadurch generierten Steuereinnahmen stellen die eingesetzten Fördermittel deutlich in den Schatten.

Nichtsdestotrotz streicht die Bundesregierung ihre Städtebauförderung jedes Jahr konsequent zusammen. Der Aufschrei im zuständigen Lan-

INITIATIVEN & WEITERE INFOS

- Antrag „Erfolgsmodell Städtebauförderung absichern“
> www.gruenlink.de/76b
- Rede und Änderungsantrag zum „Ersten Gesetz zur Änderung des Landesstraßenbedarfsplangesetzes“
> www.gruenlink.de/77y
> www.gruenlink.de/7fs
- Antrag „Initiative für einen zukunftsfähigen und modernen Radverkehr in Brandenburg“
> www.gruenlink.de/76c
- Rede zum Antrag „Stärkung des Öffentlichen Nahverkehrs...“
> www.gruenlink.de/76d

desministerium und in den Koalitionsfraktionen ist groß. Leider erschöpft sich die gesamte Stadtentwicklungspolitik dieser Regierung in einer einzigen Verhaltensweise: Jammern!

Jammern über Kürzungen der Städtebauförderung auf Bundesebene, gleichzeitig werden die Kürzungen auf Landesebene vorweggenommen.

Jammern über schlechtere Förderbedingungen der EU-Fonds in der nächsten Förderperiode, aber das Potenzial dieser Förderperiode für die Stadtentwicklung wird nicht abgerufen.

Die gegenwärtige EU-Förderperiode stellt umfassende finanzielle Mittel zur Verfügung und verlangt nur geringe Landesquoten. Gleichzeitig erlauben die Vorgaben der EU eine breite Unterstützung für Städte, Gemeinden und den ländlichen Raum. Die Möglichkeiten des Landes Brandenburg, die Städtebaupolitik auf Landesebene zu gestalten, haben wir in einem Antrag zusammengefasst. Unser Vorschlag: Die Landesmittel, die wegen der geringeren Städtebauförderung frei werden, sollen weiterhin vollständig der Stadtentwicklung zur Verfügung stehen, um durch Kofinanzierung von EU-Mitteln weitere Gelder zu heben. Der Antrag wurde von Rot-Rot abgelehnt, ohne eine eigene Alternative zur Diskussion zu stellen.

ÖPNV: Finanzausstattung verbessern

Auch die Qualität und Quantität des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist eine Frage des Geldes. Die Ausstattung mit Finanzmitteln ist der zentrale Baustein bei der Nahverkehrsplanung. Die Fortschreibung dieser Planung ab 2013 entzündet aktuell eine breite Debatte um die genaue Ausgestaltung.

Die unterschiedlichen Standpunkte zwischen den Fraktionen sind aber jetzt schon offensichtlich. Unsere Fraktion setzt sich für einen qualitativ hochwertigen ÖPNV ein und zeigt auch Finanzierungsquellen auf. Wir wollen die Finanzausstattung der kommunalen Nahverkehrsinfrastruktur auf das Niveau des kommunalen Straßenbaus heben. Die traditionelle Besserstellung des Straßenbaus ist nicht mehr zeitgemäß.

Wir fordern auch einen ausfinanzierten Betrieb des kommunalen Nahverkehrs. Dafür sollte den Kommunen aus Landesmitteln ein jährlich wachsender Finanzrahmen zur Verfügung gestellt wer-

den. Leider stehen wir mit unserem Bekenntnis zu einer finanziellen Besserstellung des ÖPNVs allein auf weiter Flur.

Erste Stellungnahmen des Ministeriums erkennen zwar die stetig steigende Nachfrage durch die Fahrgäste an. Jedoch ist die Aussage „Für neue Strecken ist kein Geld in Sicht“ ein Bekenntnis zum Status quo.

Dabei gibt es eine lange Liste von Problemen: Zum Beispiel überfüllte Regionalexpresszüge, schlechte Anbindung an das Berliner Zentrum und die Herkulesaufgabe, den neuen Flughafen in das Verkehrsnetz zu integrieren. Auch über die desolate Anbindung der Grenzregion ist zu reden.

Michael Jungclaus, MdL / Nikolas Schelling, Referent

Landtag Brandenburg
5. Wahlperiode

Drucksache 5/2544

Entschließungsantrag **[ABGELEHNT]**
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur Beschlussempfehlung und zum Bericht des Ausschusses für Infrastruktur und Landwirtschaft zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN „Erfolgsmodell Städtebauförderung absichern!“

Der Landtag möge beschließen:

3. ein Landesförderprogramm für die Stadtentwicklung aufzulegen, dass
 - a) durch die im Haushaltsentwurf 2011 eingeplanten Landesmittel finanziert wird, die aufgrund der einschneidenden Bundeskürzung nicht zur Koförderung notwendig sind,
 - b) die überproportionale Belastung des Erfolgsprogramms Soziale Stadt abfedert,
 - c) in Zusammenarbeit mit den Kommunen brandenburgspezifische Problemstellungen aufgreift und
 - d) bis zum Ende des 1. Quartals 2011 dem Landtag zur Abstimmung vorgelegt wird.

Begründung:
Der Haushaltsplan 2011 des Bundes kürzte die Bundesmittel für die Städtebauförderung 2011 um 150 Millionen auf 455 Millionen Euro. Brandenburg wird laut Entwurf der Verwaltungsvereinbarungen Städtebauförderung 2011 zwischen Bund und Ländern 35,031 Millionen Euro von den 455 Millionen Euro zugewiesen. Gegenüber dem Brandenburger Haushaltsentwurf 2011 sinken die Bundeszuschüsse um ca. 12,2 Millionen Euro. Die zur Koförderung eingeplanten Landesmittel in Höhe von ca. 42,6 Millionen Euro übersteigen die notwendige Landeskoforderung um 7,5 Millionen Euro.
Die Städtebauförderung war bisher ein sehr wichtiger Impulsgeber und Garant für eine nachhaltige Stadtentwicklung, darin sind sich sämtliche Experten einig. Mit den Kürzungen der Bundesregierung befinden sich die erfolgreichen Förderprogramme, wie Stadtlumbau Ost, Soziale Stadt und Städtebaulicher Denkmalschutz, bei denen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam finanzieren, in der Abwicklung. Das wird spürbar negative Auswirkungen auf die soziale, strukturelle und finanzielle Entwicklung unserer Kommunen haben. Der erste Schritt für eine glaubwürdige Förderpolitik des Landes Brandenburg ist, die für die Stadtentwicklung eingeplanten Landesmittel im Haushaltsentwurf 2011 der Brandenburgischen Stadtentwicklung durch ein eigenständiges Landesprogramm zukommen zu lassen. Deshalb ist die Landesregierung aufgefordert, ein Landesprogramm für die Stadtentwicklung mit den frei werdenden Kofördermitteln aufzulegen. Dies ermöglicht Branden-

Datum des Eingangs: 14.12.2010 / Ausgegeben: 14.12.2010

Mit diesem Antrag wollten wir die Kürzungen bei der Städtebauförderung des Bundes teilweise ausgleichen, doch die Regierungsfaktionen sind offenbar nicht an nachhaltiger Stadtentwicklung interessiert.

WEG VOM BAUKLÖTZCHEN-IMAGE

ErzieherInnen brauchen eine höhere Reputation in der Gesellschaft. Nur dann kann die Kita ihrem Bildungsauftrag gerecht werden. Wir wollen den Betreuungsschlüssel verbessern und die Sprachförderung ausbauen, denn: Auf den Anfang kommt es an!



Marie Luise von Halem in der Kita Menschenkinder in Brandenburg an der Havel.

Es ist erschreckend, dass in Deutschland der Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft so groß ist wie in kaum einem anderen OECD-Land. Dabei entscheiden die ersten Jahre über die Bildungskarriere. Positiv ist, dass Brandenburg einen hohen Versorgungsgrad in der Kindertagesbetreuung hat. Negativ ist das schlechte Betreuungsverhältnis: Eine Erzieherin kommt auf sieben Kinder im Alter von 0 bis 3 sowie 13 Kinder im Alter von 3 bis 6. Damit lag Brandenburg 2009 auf dem letzten bzw. auf dem drittletzten Platz im Bundesvergleich. Gleichzeitig sind die Anforderungen an die Einrichtungen und an die ErzieherInnen stetig gestiegen. Mit diesem ungenügenden Personalschlüssel war die geforderte moderne, qualitativ anspruchsvolle Bildungs- und Erziehungsarbeit nicht zu leisten.

Die Landesregierung hat Mitte 2010 den Betreuungsschlüssel verbessert. Nun liegt er bei den 0 bis 3-Jährigen bei eins zu sechs und bei den 3 bis 6-Jährigen bei eins zu zwölf. Damit verharrt Brandenburg bundesweit auf dem letzten Platz. Diese Maßnahme war wichtig und richtig, sie kann und darf jedoch nicht die einzige bildungspolitisch relevante Maßnahme der Landesregierung in dieser Legislaturperiode bleiben. In der Anhörung zum entsprechenden Gesetz wurde klar, dass dies nur ein erster Schritt gewesen

sein kann. Manche ExpertInnen bezweifelten gar, dass es überhaupt zu einer spürbaren Entlastung kommen werde.

Stufenplan für mehr Kita-Qualität

Aus unserer Sicht muss die Qualität im Kita-Bereich dringend weiter verbessert werden. Wir müssen endlich lernen, frühkindlicher Bildung einen anderen Stellenwert beizumessen. Bei uns wird der Universitätsprofessor gesellschaftlich und finanziell üppig honoriert, die Erzieherin ist für das Sortieren von Bauklötzen zuständig und wird entsprechend bezahlt. Das muss sich ändern!

Neben der Verbesserung des Betreuungsschlüssels haben wir weitere Initiativen zur Verbesserung der Qualität in der frühkindlichen Bildung gestartet. Wir haben ausreichende Mittel für die frühkindliche Sprachförderung beantragt, außerdem eine verbesserte Leitungsfreistellung und mehr Mitspracherechte für die Eltern. Leider haben SPD und Linke diese Anträge zum Scheitern gebracht, sogar die Diskussion darüber im Ausschuss verweigert. Und noch trauriger ist

INITIATIVEN & WEITERE INFOS

- Antrag „Forschungsdrang in Kindertagesstätten stärken – Vermittlung von naturwissenschaftlichem und mathematischem Wissen fördern“
> www.gruenlink.de/6vi
- Erarbeitung eines Stufenplans zur weiteren Verbesserung der Kindertagesbetreuung im Land Brandenburg
> www.gruenlink.de/6vk
- Rede zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes
> www.gruenlink.de/6ul
- Rede zur Großen Anfrage „Frühkindliche Bildung im Land Brandenburg“
> www.gruenlink.de/6um

es, dass SPD und Linke selbst jedweden Taten-
drang zum Thema frühkindliche Bildung vermisen
lassen.

Vor allem bei der Sprachförderung wissen wir
längst, dass der konstatierte Förderbedarf sehr
viel höher ist, als mit den zur Verfügung stehen-
den Mitteln geleistet werden kann. Zudem hat
das Bildungsministerium mittlerweile eingee-
räumt, dass die von Brandenburg betriebene
kompensatorische, also nachgelagerte Sprach-
förderung nicht die gewünschten Ergebnisse
bringt. Nun wird das System langsam auf die
parallele Sprachförderung umgestellt, die Kinder
schon während des Spracherwerbs unterstützt
und nicht erst dann, wenn Defizite ersichtlich
sind. Voraussetzung für eine gute Sprachförde-
rung ist aber vor allem, dass es mehr ErzieherIn-
nen gibt, die mit den Kindern reden können.

Wir brauchen weiterhin eine bessere Freistel-
lung für die Kita-LeiterInnen, die sich um das
Personal, um Fortbildungen und um neue Kon-
zepte kümmern müssen. Dafür benötigen die
Einrichtungen aber genügend personelle Res-
ourcen.

Inklusion von Anfang an

Eine weitere große Baustelle ist das Thema In-
klusion. Wir haben gute Integrationskitas, aber
Inklusion bedeutet mehr und gehört zwingend
an den Anfang der Bildungslaufbahn – nämlich
in alle Kitas. Wir fordern eine verbindliche
Aufnahme in das Kindergartengesetz und ver-
lässliche Rahmenbedingungen wie maximale
Gruppengrößen für inklusiv arbeitende Gruppen.



Marie Luise von Halem im Landtag.

Landtag Brandenburg
5. Wahlperiode

Drucksache 5/1581

Entschließungsantrag
der FDP-Fraktion
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Fünften Gesetz zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes (Gesetzentwurf
der Landesregierung Drucksache 5/846)

**Erarbeitung eines Stufenplanes zur weiteren Verbesserung der
Kindertagesbetreuung im Land Brandenburg**

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bis zum ersten Quartal des Jahres 2011
einen Stufenplan zur Verbesserung der Betreuungsqualität in den Kindertagesstätten
zu erarbeiten. Dieser Stufenplan soll unter anderem die weitere Verbesserung des
Personalschlüssels sowie eine angemessene Modifikation der Freistellung für
Leitungsaufgaben nach Berliner Vorbild enthalten.

Begründung:

Die Anhörung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport im Landtag
Brandenburg am 24. Juni 2010 zur Novellierung des Kindertagesstättengesetzes hat
unter anderem gezeigt, dass die daraus folgende Verbesserung des
Betreuungsschlüssels in den Kitas nur ein erster Schritt sein kann. Das Land
Brandenburg liegt hinsichtlich der Betreuungsrelation im Ländervergleich auf Platz
13, so dass hier Nachholbedarf besteht.

[ABGELEHNT]

Datum des Eingangs: 29.06.2010 / Ausgegeben: 30.06.2010

Um die Betreuungsqualität in den Kitas kontinuierlich zu verbessern, haben wir von der Landes-
regierung einen Stufenplan gefordert: Mehr ErzieherInnen, mehr Sprachförderung, mehr Geld.

Ein durchlässiges Bildungssystem braucht funktionierende Übergänge.
Deshalb müssen die guten Ansätze mit dem „Gemeinsamen Orientierungs-
rahmen für die Bildungsarbeit in Kindertagesbetreuung und Grundschule“
(GO rBiKs) verbindlich gemacht werden. Dazu gehört es auch, dass für
beide Seiten Anrechnungsstunden für die Begleitung des Übergangs ge-
währt werden und nicht nur für die Grundschulen. Ein Arbeiten auf Au-
genhöhe kann damit gewährleistet werden. Ein funktionierender Übergang
und die Übergabe der Kinder an die neuen Vertrauenspersonen erleichtert
die Weiterführung von Fördermaßnahmen und verhindert, dass Erkennt-
nisse über die Kinder an diesen Schnittstellen verloren gehen.

Marie Luise von Halem, MdL / Martin Bär, Referent

GRÜNE WELLE FÜR MEHR VIelfALT

Brandenburg braucht jedes Jahr 600 neue LehrerInnen, um den Bedarf zu decken. Wir wollen den Beruf attraktiver machen und die Schule für ihre Umgebung öffnen. Und wir wehren uns gegen die Kürzungen bei den freien Schulträgern.

Alle Kinder bestmöglich auszubilden, entspricht unseren humanistischen Idealen: Jeder Mensch soll sich seinen Wünschen und Anlagen entsprechend entwickeln, um sein Leben selbstbestimmt gestalten zu können. Dieser Anspruch gilt für alle gleichermaßen. Bildung ist ein Menschenrecht. Bildung bedeutet die Fähigkeit, sich zur Welt und zu sich selbst reflexiv ins Verhältnis setzen zu können. Das hat auch einen ökonomischen Aspekt: Im globalen Wettbewerb der kommenden Jahrzehnte werden wir als rohstoffarmes Land nur mit unserem Wissen punkten können. Die Ressource, die zwischen unseren Ohren wächst, entscheidet über unsere Zukunft. Unser Anspruch ist, die Chancen, die daraus für jeden Einzelnen erwachsen, so gerecht wie möglich zu verteilen.

Trotz hervorragenden Engagements vieler wunderbarer Menschen hat das Brandenburger Bildungssystem alarmierende Schwachstellen:

- In Ländervergleichen schneiden wir in puncto Bildungsqualität immer wieder erschreckend schlecht ab.
- Fast jeder zehnte Jugendliche verlässt die Schule ohne einen Abschluss. Davon sind 95 Prozent aus Förderschulen.
- Der nicht planmäßig erteilte Unterricht hat einen unrühmlichen Anteil von fast zehn Prozent erreicht.

- Die dreiprozentige Vertretungsreserve entspricht gerade mal dem Anteil dauerkranker Lehrkräfte.
- In Deutschland sind durchschnittlich vier Prozent der Lehrkräfte jünger als 30 Jahre, in Brandenburg nur 0,3 Prozent. Die Weiterbildungskultur ist unterentwickelt.
- Altersstruktur und Vergleichstests deuten auf einen hohen Bedarf an Fort- und Weiterbildung, der jedoch weder finanziert noch eingefordert wird.

Frischer grüner Wind

Ein leistungsfähiges und gerechtes Bildungssystem ist die beste Grundlage für positive soziale, kulturelle und auch wirtschaftliche Entwicklung, für breite demokratische Mitwirkung und umfassende gesellschaftliche Teilhabe. Bildungseinrichtungen sind Lern- und Lebensorte, die sich – etwa im Rahmen kommunaler Bildungslandschaften – stärker in ihre Umgebung hinein öffnen können, wenn zum Beispiel Kindertagesstätten mit der örtlichen Musikschule kooperieren und Hochschulen neue Weiterbildungsangebote für Ältere konzipieren. Kulturelle Bildung



SchülerInnen und Eltern protestieren gegen die Kürzungen bei Schulen in freier Trägerschaft.

und Bildung für nachhaltige Entwicklung sind wichtige Pfeiler des Lernens, die wir gezielt stärken und ausbauen wollen.

Um das Brandenburger Bildungssystem zu verbessern, hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zahlreiche Initiativen innerhalb und außerhalb des Landtages gestartet. Wir haben die rot-rote Landesregierung immer an ihrem Versprechen gemessen, Bildung habe Priorität.

Am Anfang der Legislaturperiode stand unsere Bildungstagung. Ein Jahr nach dem Wiedereinzug ins Parlament wollten wir wissen, wie man Schule anders macht. Welche Spielräume hat grüne Politik, um gute politische Rahmenbedingungen für gelungene Schulbildung in Brandenburg zu setzen? Der gut besuchte Bildungstag brachte viele neue Erkenntnisse und Bündnisse für die weitere Arbeit.

Neue Lehrkräfte braucht das Land

Eines unserer zentralen Themen ist die Lehrkräftesituation in Brandenburg insgesamt und speziell im ländlichen Raum. Kann die Landesregierung ihr Versprechen halten, die Schüler-Lehrer-Relation von 15,4 zu eins stabil zu halten? Dazu haben wir eine Studie beim Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) beauftragt. Das Ergebnis: In den nächsten zehn Jahren brauchen wir im Schnitt jährlich 600 neue Lehrkräfte, um den Bedarf zu decken. Das erscheint bei jährlich lediglich 450 neu ausgebildeten Lehrkräften durchaus schwierig. Das Institut hat auch Maßnahmen für die drei Ebenen Schule, Kommune und Land erarbeitet, um den Lehrerberuf attraktiver zu machen. Unseren Antragern auf Einstellung von mehr „JunglehrerInnen“, also neuen Lehrkräften, sowie auf ein Modellprojekt „LandlehrerIn in Sicht“ stimmten SPD und Linke leider nicht zu. Dass im Sommer 2011 am Vorabend der Behandlung unseres Antrages auf mehr Neueinstellungen diese tatsächlich deutlich erhöht wurden, war dann doch ein schöner Etappensieg.

Inklusion: Kein Kind zurück lassen

Ein anderes wichtiges Thema war uns von Anfang an die Inklusion. Mit der Annahme der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit

Behinderungen im Dezember 2008 in Bundestag und Bundesrat hat sich Deutschland – und damit auch Brandenburg – verpflichtet, die Partizipation von Menschen mit Behinderungen zu erleichtern und Diskriminierung zu verhindern. Die Landesregierung hat nach langem Dornröschenschlaf erst unter Bildungsministerin Martina Münch (SPD) im Frühjahr 2011 darauf reagiert. Bis heute gibt es jedoch keinen Fahrplan zur Umsetzung, nur einen wenig konkreten Maßnahmenkatalog und demnächst ein Pilotschulprojekt. Um mögliche Wege für einen Umbau des Brandenburger Schulsystems aufzuzeigen, haben wir ein Gutachten beim Berliner Erziehungswissenschaftler Ulf Preuss-Lausitz in Auftrag gegeben. Für uns ist wichtig, dass die gegenwärtigen Ausgaben für die Förderschulen künftig in gleicher Höhe in das inklusive Schulsystem fließen und in allen einschlägigen Gesetzen und Vorschriften das Recht jedes Kindes auf inklusive Bildung verankert wird.

Landtag Brandenburg **Drucksache 5/4634**
5. Wahlperiode

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Modellprojekt „Landlehrerin in Sicht“

Der Landtag möge beschließen:
Die Landesregierung wird beauftragt, ein Modellprojekt „Landlehrerin in Sicht“ zu konzipieren und auszuschreiben, für das sich Kommunen im berlinfernen Raum bewerben können, um die Attraktivität für neue Lehrkräfte vor Ort zu verbessern. Voraussetzung für die Teilnahme am Modellprojekt sollte die mittel- bis langfristige Erwartung eines akuten regionalen Lehrkräftemangels in der Kommune sein. Auch Zusammenschlüsse von Kommunen sind antragsberechtigt.

Kommunen können sich mit einem vorhandenen Netzwerk aus Akteurinnen und Akteuren von Schulen, Verwaltung, Unternehmen und Verbänden auf das Modellprojekt bewerben. Neben staatlichen Schulen gilt es gleichermaßen, Schulen in freier Trägerschaft sowie unterschiedliche Schultypen (Grundschulen, Gesamtschulen, Gymnasien, Oberschulen, berufliche Schule) im Netzwerk zu integrieren.

Ziel des Modellprojektes ist es, auf Basis der Vernetzung regionaler Akteurinnen und Akteure, die sich für die Gewinnung von Lehrkräften in ihren Kommunen verantwortlich fühlen, gemeinsam Maßnahmen und Strategien der Lehrkräftegewinnung sowie der mittel- bis langfristigen Personal- und Schulentwicklung in den Kommunen zu entwickeln. Um diese Ziele und Maßnahmen zu konzipieren und umzusetzen, wird den ausgewählten Kommunen von der Landesebene ein finanzieller Beitrag zur Verfügung gestellt. So sind zum Beispiel folgende Maßnahmen denkbar:

- Alumninetzwerke für ehemalige Schülerinnen und Schüler,
- gezielte Ansprache von ehemaligen Schülerinnen und Schülern die Lehramt studieren wollen,
- Werbemaßnahmen der Schulen auf Bildungsmessen oder an der Universität Potsdam,
- eine verstärkte Willkommenskultur in der Kommune,
- Hilfsmaßnahmen wie vergünstigtes Bauland, Arbeitsplätze oder Kindergartenplätze für die Familie der zukünftigen Lehrkraft,
- Infrastrukturmaßnahmen und Ausbau von kulturellen Veranstaltungen.

[ABGELEHNT]

Datum des Eingangs: 17.01.2012 / Ausgegeben: 17.01.2012

In berlinfernen Regionen ist mittelfristig mit einem akuten LehrerInnenmangel zu rechnen. Unser Modellprojekt sollte den Kommunen helfen, Strategien für die Gewinnung neuer Lehrkräfte zu entwickeln.



Marie Luise von Halem engagiert sich für die Schulen in freier Trägerschaft.

Unsere Schlussfolgerung aus der Studie ist, dass in Zukunft Unterstützung besser gebündelt und zugunsten einer individuellen und kontinuierlichen Förderdiagnose für alle Kinder auf die Feststellungsdiagnostik im Bereich der Förderschwerpunkte Lesen, emotional-soziale Entwicklung und Sprache verzichtet wird. Die personellen und finanziellen Ressourcen für diese Förderbereiche werden pauschal an die Schulen verteilt, die damit für alle Kinder individuelle Förderung durch multiprofessionelle Teams, also Sonderpädagogen, Psychologen, Mediziner, Logopäden usw., anbieten. Für die jetzigen Lehrkräfte muss ein groß angelegtes „Fortbildungsprogramm Inklusion“ konzipiert werden. Künftige LehrerInnen müssen außerdem durch inklusionspädagogische Studieninhalte besser vorbereitet werden. Bei diesem Umbauprozess ist es für unsere Fraktion prioritär, alle Beteiligten angemessen einzubinden. Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe zum Thema Inklusion stellen wir in den einzelnen Landkreisen die Studie vor und laden zur Diskussion über die Umsetzungsschritte in der jeweiligen Region ein.

Schulen in freier Trägerschaft: Protest gegen Kürzungen

Während der ersten Hälfte der Legislatur haben die Kürzungen bei den Schulen in freier Trägerschaft für viel Aufregung gesorgt. Die Politik erlebte die größte Demonstration vor dem Landtag seit 1990. Ein breiter und bunter Protest inklusive Camp am Fuße des Brauhausberges begleitete die politische Auseinandersetzung. Schon früh haben wir mit einem Fachgespräch zum Thema „Finanzierung von freien Schulen“ alle Beteiligten an einen Tisch geholt, um eine gemeinsame Lösung zu finden. Die mit mehr als 80 Interessierten gut besuchte Veranstaltung konnte jedoch den Konflikt nicht lösen. Wir haben uns während der gesamten Debatte gegen die Kürzungen ausgesprochen und die Landesregierung zum Dialog mit den Betroffenen aufgefordert. Die Kritik richtete sich gegen die überproportionalen Belastungen für die freien Träger, die vor allem die vielen kleinen Schulen in den

ländlichen Regionen in ihrer Existenz gefährden. Mit den Kürzungen bedroht die Landesregierung die Vielfalt des brandenburgischen Bildungswesens und zeigt dem Engagement vieler Eltern die rote Karte. Für uns liegt der Schlüssel nicht im Ausspielen der staatlichen und freien Träger gegeneinander, sondern in der Kooperation zwischen Kommunen und freien Trägern bei der Schulentwicklungsplanung, gerade in den ländlichen Regionen. Die Landesregierung muss verbindliche Bildungsziele festlegen, der Weg dorthin aber liegt in den Händen der vielfältigen Bildungsträger.

Weitere Anträge zur Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen, der Qualität an den Schulen, für mehr Schulpsychologen, verbesserte Fortbildungsprogramme und für mehr Selbstständigkeit an den Schulen haben wir eingebracht. Leider durchweg ohne die Unterstützung der Regierungsparteien, die doch damit angetreten waren, Bildung habe höchste Priorität.

Marie Luise von Halem, MdL /
Martin Bär, Referent

INITIATIVEN & WEITERE INFOS

- IRS-Studie „Möglichkeiten für eine ausreichende Versorgung mit Lehrkräften in Schulen peripherisierter Regionen Brandenburgs“
> www.gruenlink.de/2y0
- Ulf Preuss-Lausitz: „Brandenburg auf dem Weg zur inklusiven Schulentwicklung bis 2020“
> www.gruenlink.de/5jq
- Antrag: Modellprojekt „LandlehrerIn in Sicht“ > www.gruenlink.de/6qc
- Antrag: Neueinstellungen von Lehrkräften langfristig planen
> www.gruenlink.de/6qe
- Antrag: Erarbeitung eines Konzepts zur flächendeckenden Umsetzung des MoSeS-Modellprojekts
> www.gruenlink.de/6qj

SCHLECHTE ZAHLUNGSMORAL

Brandenburg belegt seit Jahren bei den Hochschulausgaben den letzten Platz im Vergleich der Länder. Dennoch streicht die rot-rote Koalition weiter Gelder für Wissenschaft und Forschung. Wir halten erfolgreich dagegen.

Brandenburg hat so gute Voraussetzungen für Wissenschaft, Forschung und Lehre wie kaum ein anderes Bundesland. Die vielen außeruniversitären Forschungseinrichtungen ergänzen die Hochschullandschaft mit den drei Universitäten, fünf Fachhochschulen und der Kunsthochschule hochkarätig und forschungsstark. Diese exzellenten Bedingungen werden jedoch von der Brandenburger Landesregierung nicht genutzt. Seit Mitte der 90er Jahre belegt das Land den letzten Platz bei den Hochschulausgaben pro Kopf. Die Quote der Brandenburger Jugendlichen, die sich für ein Studium entscheiden, gehört zu den niedrigsten in Deutschland, und das Verhältnis von Lehrenden zu Studierenden ist mit eins zu 21 eines der schlechtesten in Deutschland. Die finanzielle Ausstattung der Professuren liegt am unteren Limit. So scheitert Brandenburg seit Jahren damit, jungen Menschen in ausreichendem Umfang attraktive Möglichkeiten für Bildung und berufliche Qualifikation bereitzustellen.

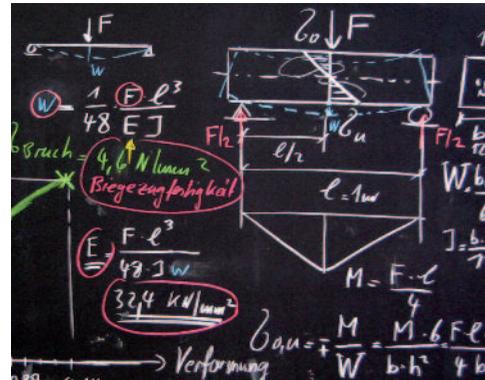
Für uns als Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben Wissenschaft und Forschung immer Priorität. Brandenburgs wichtigste Ressource sitzt zwischen den Ohren und muss gefördert werden. Innovation, Attraktivität und Zukunftssicherheit erreichen wir nur mit einer ausfinanzierten und starken Hochschullandschaft.

Hochschulen nicht weiter schröpfen!

Zu Beginn der Legislaturperiode haben wir die Proteste rund um die Bologna-Reform und die schlechten Studien- und Arbeitsbedingungen an den Brandenburger Hochschulen begleitet. Wir haben uns 2010 entschieden

INITIATIVEN & WEITERE INFOS

- Rede zur Aktuellen Stunde „Brandenburgische Hochschullandschaft stärken – Kürzungen verhindern“ > www.gruenlink.de/7f7
- Antrag „Planungssicherheit für Brandenburger Hochschulen“ > www.gruenlink.de/6qh
- Änderungsantrag zum Haushaltsgesetz 2012 > www.gruenlink.de/6wz
- Kleine Anfrage „Besetzungsstopp für Professuren bis 2012“ > www.gruenlink.de/6ql



Gute Wissenschaft braucht eine solide Basis.

gegen die Entnahme von zehn Millionen Euro aus den Hochschulrücklagen gewandt und die Rückzahlung der Summe in den Haushaltsverhandlungen beantragt – leider ohne Erfolg. Auch die globale Minderausgabe bei den Hochschulen in Höhe von zwölf Millionen Euro, mit der SPD und Linke die Hochschulen 2012 erneut schröpfen, haben wir kritisiert, genauso wie die Einbehaltung von Mitteln aus dem Hochschulpakt 2020. Wir haben dazu eine Aktuelle Stunde im Landtag beantragt und die Koalition dazu gedrängt, wenigstens die Hochschulpakt-Mittel – fünf Millionen Euro – in vollem Umfang an die Hochschulen weiterzugeben. Von der globalen Minderausgabe war Rot-Rot nicht abzubringen.

Jetzt gilt es, die anstehende Hochschulstrukturreform kritisch zu begleiten, eine mutige Novellierung der Lehramtsausbildung auf den Weg zu bringen und mehr Qualität in der Hochschulausbildung durch bessere Betreuungs- und Arbeitsbedingungen einzufordern. Brandenburg kann es sich nicht leisten, dass Hochschulen notgedrungen ihren Betrieb mit immer mehr prekären Beschäftigungsverhältnissen sichern müssen. Wir wollen eine Kehrtwende durch eine angemessene Finanzierung von Wissenschaft, Forschung und Lehre!

Marie Luise von Halem, MdL /
Martin Bär, Referent

MEHR KUNST IN DIE FLÄCHE

Kultur befördert die Auseinandersetzung mit der eigenen Herkunft – und muss deshalb überall erreichbar sein. Rot-Rot hat kein Rezept für kulturelle Bildung und wenig Verständnis für das Bewahren denkmalgeschützter Bauten.

Der wahre Sinn der Kunst liegt nicht darin, schöne Objekte zu schaffen. Es ist vielmehr eine Methode, um zu verstehen.“ Ein Zitat von Paul Auster. Brandenburg hat eine über Jahrhunderte gewachsene Kulturlandschaft und auch für die Moderne viel zu bieten. Kultur in Brandenburg befördert die Auseinandersetzung mit kultureller Vielfalt, genauso wie mit der eigenen kulturellen Herkunft. Sie lädt ein, andere Blickwinkel auszuprobieren und anzunehmen. Kunst und Kultur schenken Erfahrungen von Kreativität, Teamfähigkeit, Flexibilität, Selbstwahrnehmung und Einfühlungsvermögen. Das Nachdenken über die eigenen Wurzeln und Werte fördert das Verständnis für die Begegnung mit anderen Kulturen.

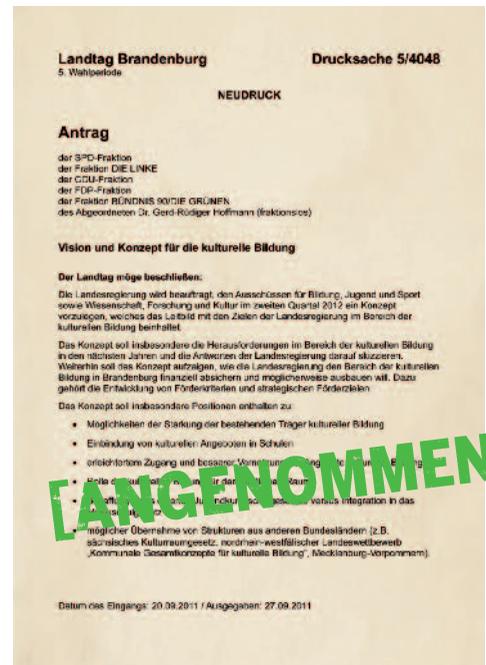
Kulturelle Vielfalt auch in den ländlichen Regionen

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag hat aktiv den bestehenden Theater- und Orchesterverbund begleitet, denn Theater und Orchester spielen eine große Rolle bei der Verbreitung von Kunst und Kultur. Auch in dünn besiedelten Regionen müssen Angebote erreichbar sein. Das gerade zur Novellierung anstehende Musikschulgesetz muss sowohl der Breiten- als auch der Spitzenförderung gerecht werden.

Die Landesregierung hat kein Konzept, was kulturelle Bildung in einem Flächenland wie Brandenburg leisten kann und soll. Deshalb haben wir beantragt, die Landesregierung solle bis Mitte 2012 ein solches Konzept mit ihrem Leitbild vorlegen. Dieser bündnisgrüne Antrag wurde – ein absolutes Novum! - von allen fünf im Landtag vertretenen Parteien und dem fraktionslosen Abgeordneten unterzeichnet. Das Konzept soll die finanzielle Absicherung der Angebote, eine bessere Einbindung der Schulen, die Stärkung der Träger kultureller Bildung und die Entwicklung von Förderkriterien beinhalten.

INITIATIVEN & WEITERE INFOS

- Antrag „Vision und Konzept für die kulturelle Bildung“
> www.gruenlink.de/6qd
- Antrag „Stärkung des Denkmalschutzes und Sicherung der Denkmalförderung im Land Brandenburg“
> www.gruenlink.de/6sa



Die Landesregierung muss ein Konzept für kulturelle Bildung vorlegen. Unser Antrag wurde von allen Abgeordneten unterstützt.

Baudenkmale schützen

Brandenburg besitzt viele wertvolle Gebäude-, Garten- und Bodendenkmale. Diese Kulturgüter verleihen unseren Städten und Dörfern ihre Identität; sie zu erhalten ist für das Land Brandenburg eine wichtige Aufgabe. Leider erleben wir allzu oft, dass historische, unter Denkmalschutz stehende Gebäude wegen ihres schlechten baulichen Zustandes und fehlender Investitionsmittel abgerissen werden müssen. Deshalb haben wir, leider ohne Erfolg, die Einrichtung einer Denkmalschutzstiftung beantragt. Auf die Mahnung des Landeskonservators, es mangle der Denkmalförderung in Brandenburg an Kontinuität und man wisse nie vorab, welche Mittel im Folgejahr zur Verfügung stünden, hat Rot-Rot keine Antwort.

Marie Luise von Halem, MdL /
Martin Bär, Referent

MARIE LUISE VON HALEM

Parlamentarische Geschäftsführerin,
Sprecherin für Bildung, Wissenschaft und Kultur



Wie sind Sie zur Politik gekommen?

Ich habe früh gelernt, dass zum Leben mehr gehört, als sich selbst und die Seinen satt zu kriegen. Unsere Demokratie lebt vom Diskurs und davon, dass Menschen Verantwortung übernehmen. Friedens- und Umweltbewegung haben mich schon früh zu Engagement in Schule und Universität motiviert, später habe ich als Landesgeschäftsführerin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Brandenburg zehn Jahre erleben dürfen, wie vielseitig, spannend und lebensnah Politik ist und wie viel Spaß es macht, gemeinsam mit anderen politische Ziele umzusetzen.

Was hat sich in Ihrem Leben durch die Arbeit als Landtagsabgeordnete verändert?

Mein Leben ist abwechslungsreicher geworden: Es bietet mir die Chance, mehr denn je vom Land und den Menschen erfahren zu können. Ich habe Zeit und Gelegenheit, andere Menschen zu unterstützen, mich in Themen einzuarbeiten und mich zu engagieren, wo ich es nötig finde. Auf der anderen Seite bedeutet das natürlich auch, dass ich seltener zu Hause bin und die Familie kürzer treten muss.

Zweieinhalb Jahre bündnisgrüne Opposition: Was ist Ihre persönliche Zwischenbilanz?

Als kleinste Oppositionsfraktion haben wir eine Menge bewegt!

Sie sind unter anderem für Bildung verantwortlich. Was muss sich hier grundlegend verändern?

Bildungschancen sind immer noch weitestgehend von der sozialen Herkunft abhängig, jeder zehnte Jugendliche verlässt die Schule ohne einen Ab-

schluss. In Ländervergleichen schneidet Brandenburgs Bildungssystem immer wieder miserabel ab. Wer schlecht ausgebildet ist, hat geringere Chancen, sein Leben selbstbestimmt zu führen. So schmälern wir gleichzeitig die Zukunftschancen junger Menschen und die wirtschaftlichen Erfolgsaussichten unseres Landes. Das muss sich ändern!

Wie lautet Ihr politisches Leitmotiv?

Love it, change it, or leave it.

Was war Ihr wichtigstes Erlebnis als Abgeordnete?

Nachdem ich der Landesregierung über Monate vorgerechnet hatte, dass sie zu wenige junge LehrerInnen einstellt, habe ich im Juni 2011 mehr Neueinstellungen beantragt. Am Vorabend der entsprechenden Landtagsdebatte verkündete die Ministerin die zusätzliche Einstellung von 100 LehrerInnen. Das waren zwar nur halb so viele wie von mir gefordert, machte aber doch deutlich, dass auch Oppositionsarbeit Früchte tragen kann. Dass mein Angebot, mit der Ministerin darauf (alkoholfrei!) anzustoßen, vom Landtagspräsidenten mit einem Ordnungsruf quittiert wurde, habe ich gerne verschmerzt.

Was machen Sie, um sich vom Politikbetrieb zu erholen?

Joggen. Und Zeit verbringen mit Menschen, die fern vom Politikbetrieb sind.

Ihr politischer Buchtipp?

Bernhard Verbeek: Die Anthropologie der Umweltzerstörung, Primus Verlag 1998

BIOGRAFIE-TELEGRAMM

- **Privates:** Geboren 1962 – 2 Kinder – Wohnort: Potsdam
- **Berufliches:** 1986 Isländisch-Examen Uni Reykjavik – 1992 Magistra Germanistik/Skandinavistik Uni München – Referentin Verlagsagentur – Übersetzerin, Organisationsberaterin
- **Politisches:** seit 1995 Mitglied BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – 2002 Gründung Attac-Gruppe Potsdam – 2008 bis 10 stellv. Fraktionsvorsitzende in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam - 1999 bis 2009 Landesgeschäftsführerin BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg

MEHR MACHT VON UNTEN

In Brandenburg gab es noch nie einen von Bürgern initiierten Volksentscheid – das wollen wir ändern. Bei den Polizeibefugnissen achten wir darauf, dass die Bürgerrechte nicht zu kurz kommen. Und wir fordern: Kein Nachlassen im Kampf gegen Rechtsextremismus.

Das Fazit des Vereins „Mehr Demokratie“ ist deutlich: In einem bundesweiten Vergleich direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten auf Landesebene erhielt Brandenburg ein „mangelhaft“ und landete auf Platz 13. Seit 1990 fanden 27 Volksinitiativen und acht Volksbegehren statt - zwei Verfahren laufen noch. Doch in keinem einzigen Volksbegehren kamen je die erforderlichen 80.000 Unterschriften zusammen und noch nie kam es zum Volksentscheid.

Dies liegt nicht am Desinteresse der Bevölkerung oder einer zu verzeichnenden Demokatiemüdigkeit. Wenn in Brandenburg spätestens auf der zweiten Stufe der direkten Demokratie Schluss ist, liegt es daran, dass beim Volksbegehren die Unterschrift nur auf dem Amt möglich und die Unterschriftensammlung auf der Straße verboten ist.

Unser Hauptprojekt: Mehr direkte Demokratie

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Elemente der direkten Demokratie stärken und ausbauen. Wir wollen, dass durch Volksinitiativen auch Gesetzesvorschläge von außen das Parlament erreichen können, dass Bürgerinnen und Bürger direkter in politische Entscheidungen eingreifen



Reformen anschieben für mehr direkte Beteiligung der BürgerInnen.

können, und dass unsere Bevölkerung die Möglichkeit bekommt, viele Sachfragen rechtlich bindend selbst zu entscheiden. Das Interesse, sich einzumischen, nimmt zu. Allerdings sind die Verfahren in Brandenburg längst noch nicht so gestaltet, dass die BürgerInnen eine faire Chance hätten, erfolgreiche Bürger- und Volksbegehren durchzuführen.

Unterschriftensammlung erleichtern

Unsere Fraktion hat im Februar 2011 Gesetzentwürfe vorgelegt, die die direkte Demokratie substanziiell stärken würden:

- Unterschriften können auch auf den Straßen gesammelt werden, die dafür vorgesehene Frist wird verlängert.
- Initiativen sind zu fast allen Themen möglich.
- Bei Volksentscheiden wird das Prinzip „Mehrheit entscheidet“ umgesetzt und das Quorum abgeschafft, so dass ein Volksentscheid die Zustimmung erhält, sobald mehr gültige Ja- als Nein-Stimmen vorliegen.
- Im Falle von Verfassungsänderungen hat ein Volksentscheid dann Erfolg, wenn die Ja-Stimmen in der Mehrheit sind und mindestens 25 Prozent der Stimmberechtigten entsprechen.
- Die Bürgerinnen und Bürger werden umfassend über die Frage informiert, die sie entscheiden sollen.
- Wahlen und Abstimmungen können zusammengelegt werden.

Zum Thema direkte Demokratie reiste der Innenausschuss in die Schweiz und führte später eine Anhörung im Landtag durch. Wir griffen mehrere Ideen von ExpertInnen auf: den Anspruch auf juristische Beratung für die InitiatorInnen von Volksinitiativen, eine amtliche Kostenschätzung und Transparenz von Spenden. Leider wurden unsere Vorschläge ignoriert – die SPD nahm das Thema ein ums andere Mal von der Tagesordnung.

Im Herbst 2011 präsentierten die Koalitionsfraktionen dann ihren Minimalkompromiss. Die Regelungen zur Eröffnung weiterer Abstim-



Ursula Nonnemacher im Einsatz für das „Bündnis gegen Rechts Falkensee“.

mungsräume bei Bedarf in Kitas, Sparkassen oder Bibliotheken sind umständlich und willküranfällig. Wer stellt den Bedarf fest? Welche Kommune macht sich selber gerne Arbeit und stellt Aufsichtspersonal bereit? Die Verlängerung der Eintragungsfrist und die neue Briefwahloption sind zu begrüßen, aber nicht ausreichend. Um für die BrandenburgerInnen spürbare Fortschritte bei der direkten Demokratie zu bringen, hätte es zumindest der freien Unterschriftensammlung bedurft.

Einen guten Nebeneffekt gibt es aber: Bei den Verhandlungen zwischen SPD und Linke ist immerhin die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Landtagswahlen abgefallen – eine alte Forderung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Kennzeichnung von PolizistInnen

Auch die Polizei hielt uns in Atem. Die Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen wurde eingeführt, die Kfz-Kennzeichenfahndung und Handy-Ortung standen zur Diskussion, und es wurde eine grundlegende Strukturreform der Polizei, die mit einem erheblichen Stellenabbau einhergeht, eingeleitet.

Der erstaunlicherweise von der CDU eingebrachte Gesetzentwurf zur Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten stieß auf allgemeine Zustimmung. Wir forderten eine Regelung, die sich an der Berliner Dienstanweisung orientiert. Danach können uniformierte Beamte einsatzbezogen wählen, ob sie sich durch ein Namensschild oder eine Nummern-Ziffern-Kombination



Unser Gesetzentwurf zur Stärkung der direkten Demokratie wurde zwar angenommen, aber von Rot-Rot extrem verwässert. Unser Kernanliegen - die freie Unterschriftensammlung bei Volksbegehren - lehnte die Landtagsmehrheit ab.

ausweisen wollen. Die Kennzeichnung müsste in jedem Fall gut sichtbar an der Uniform angebracht sein. Dies sollte ohne Ausnahme gelten.

Leider verwässerte die Koalition die Kennzeichnungspflicht folgendermaßen: Eine Ausnahme zur namentlichen Kennzeichnungspflicht bestehe, wenn der Zweck der Maßnahme oder Amtshandlung oder überwiegende schutzwürdige Belange des Polizeivollzugsbediensteten dadurch beeinträchtigt werden. Außerdem sollen Inhalt, Umfang und weitere Ausnahmen von diesen Verpflichtungen durch eine Verwaltungsvorschrift geregelt werden können. Das Gesetz tritt erst 2013 in Kraft.

Handy-Ortung und Kfz-Erfassung

Ende 2011 stand eine Entscheidung über die Verlängerung der Fahndungsinstrumente automatische Kfz-Kennzeichenerfassung und Handy-Ortung an.

Unserer Meinung nach haben Kennzeichenerfassung und Handy-Ortung in der präventiven Polizeiarbeit grundsätzlich nichts verloren. Ihre Anwendung greift tief in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger ein. Die Regelungen öffnen dem Missbrauch Tür und Tor. Anders sieht es aus, wenn diese Instrumente zur Verfolgung schwerer Straftaten eingesetzt werden. Dann greifen jedoch eng definierte Bundesgesetze.

Wir setzten uns für einen klaren Schnitt ein und wollten die Kfz-Kennzeichenerfassung und die Handy-Ortung aus dem Polizeigesetz streichen. Einzige Ausnahme sollte die Ortung vermisster, hilfloser oder suizidgefährdeter Personen sein.

Leider sahen das SPD und Linke anders. Sie verlängerten die Befugnisse bis 2015. Die ursprünglich angedachte unbefristete Übernahme ins Polizeigesetz konnte glücklicherweise verhindert werden. Wir regten an, die Anwendung der Befugnisse durch die Polizei erneut von einem unabhängigen Forschungsinstitut evaluieren zu lassen. Denn in der jüngsten Evaluation tauchten Widersprüche und falsche Zahlen auf. Die Kennzeichenfahndung wurde auch allgemein vor Fußballspielen und Versammlungen eingesetzt. Dieses unserer Ansicht nach rechtswidrige Vorgehen der Polizei werden wir weiterhin kritisieren und hinterfragen.

Polizeistrukturreform

Die Polizei sollte gleich zu Beginn der Legislaturperiode grundlegend umstrukturiert werden: An der Spitze nur noch ein Polizeipräsidium, die 15 Schutzbereiche zu vier Direktionen fusioniert, und 50 Polizeiwachen auf „15+x“ zusammengeschmolzen. Allerdings durfte der Landtag lediglich über die Errichtung des Polizeipräsidioms abstimmen, über die restliche Struktur wollte der Innenminister allein entscheiden.

Auf unsere Initiative brachten wir zusammen mit CDU und FDP einen Antrag ein, der den Gesetzentwurf zur Polizeistrukturreform stoppen sollte und von der Landesregierung ein Konzept zur Umstrukturierung verlangte. Nach



Die Ortung von Handys greift tief in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger ein.

Beratung des Konzeptes sollten die Ergebnisse in den Gesetzentwurf einfließen. Denn unserer Ansicht nach muss bei solch einer umfassenden Strukturreform der Gesetzgeber über die wesentlichen Eckpunkte mitentscheiden. Leider überließen die Koalitionsfraktionen diese Entscheidungen nur allzu gerne dem Innenminister. Der Ende 2011 vorgelegte Zwischenbericht enthielt lediglich vage Aussagen – es würden sich wohl vereinzelt Lösungsansätze abzeichnen. Das reicht uns nicht, wir wollen den Prozess kritisch begleiten.

Kampf gegen Rechtsextremismus

Mit ihrem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ befindet sich die Landesregierung grundsätzlich auf dem richtigen Weg. Aber es wäre fatal, wenn sich im Kampf gegen Rechtsextremismus eine Routine einschleichen würde. Gemeinsam mit den Fraktionen von SPD und Linke haben wir die Regierung aufgefordert, neue Ansätze bei der Aufklärung über historische Zusammenhänge insbesondere in der Jugendarbeit, in Schulen, aber auch in der Erwachsenenbildung zu entwickeln und zu erproben. Wir begrüßen ausdrücklich die präventiven und repressiven Aktivitäten von Polizei, Justiz und Verfassungsschutz. In der präventiven Arbeit müssen lokale Bündnisse und Initiativen weiter unterstützt werden, um die vielbeschworene „Kultur des Hinschauens“ und die „Stärkung der Zivilgesellschaft“ wirklich zu erreichen.

*Ursula Nonnemacher, MdL /
Katharina Strauß, Referentin*

INITIATIVEN & WEITERE INFOS

- Gesetzentwurf „zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg“ (Verfahren direkte Demokratie) > www.gruenlink.de/7fq
- Gesetzentwurf „Erstes Gesetz zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes“ > www.gruenlink.de/7fr
- Änderungsantrag zur Kennzeichnungspflicht von Polizisten > www.gruenlink.de/782
- Antrag „Der Landtag muss bei der Polizeistrukturreform mitentscheiden!“ > www.gruenlink.de/76x
- Anträge: „Erklärung für ein demokratisches und tolerantes Brandenburg“ > www.gruenlink.de/780 und „Rechtsextremismus konsequent bekämpfen“ > www.gruenlink.de/770

SELBST IST DIE KOMMUNE

Die Energiewende beginnt vor Ort in den Rathäusern. Deshalb wollen wir die Möglichkeiten für unternehmerisches Handeln von Gemeinden verbessern. Dabei muss auf größtmögliche Transparenz geachtet werden.

Städte und Gemeinden sind das Rückgrat unseres Landes. Hier sind Gemeinwohl, gesellschaftliche Solidarität und Mitbestimmung direkt erfahrbar. Brandenburgs Städte und Gemeinden sind weiterhin einem tiefgreifenden Wandel unterzogen, der für die BürgerInnen täglich spürbar ist. Die ungleiche Entwicklung führt auf der einen Seite zu Abwanderung, schwacher Wirtschaftsentwicklung, Schulschließungen und dem Rückbau von Wohnungen und Infrastruktur in den berlinfernen Regionen. Auf der anderen Seite wachsen die Gemeinden im Berliner Umland. Der demografische Wandel betrifft das ganze Land. Die Alterung der Gesellschaft erfordert eine Neuausrichtung in allen kommunalen Handlungsfeldern.

Mehr Eigenständigkeit

In diesem Spannungsfeld wollen wir die Kommunen stärken, damit sie ihre Rolle offensiv wahrnehmen können. Wir setzen uns ein für mehr Transparenz, Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie, um die Bürgergesellschaft weiter zu entwickeln. Wir wissen, dass die Energiewende in den Städten und Gemeinden anfängt und wollen deshalb deren Handlungsmöglichkeiten in diesem wichtigen Prozess stärken.

Für uns ist es grundlegend, die Rahmenbedingungen für die Kommunen zu verbessern. Dazu gehört auch die Möglichkeit, selbst wirtschaftlich aktiv zu werden. Deshalb haben wir grundsätzlich die geplante Novellierung des Gemeindefinanzrechts unterstützt. Unsere Unterstützung haben wir aber mit der Forderung verbunden, aus den Skandalen in kommunalen Unternehmen zu lernen und größtmögliche Offenheit herzustellen. Unseren Antrag hat die rot-rote Mehrheit abgelehnt. Wir bleiben aber hartnäckig und werden genau hinschauen, wie die Kommunen mit ihren erweiterten Möglichkeiten umgehen.

Energiewende unterstützen

Wir haben uns intensiv dafür eingesetzt, die Kommunen im Prozess der Energiewende zu stärken und ihre Handlungsmöglichkeiten zu erweitern. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien, der Steigerung von Energieeffizienz und Energieeinsparung sowie beim umweltverträglichen Netzausbau kommt den Städten, Gemeinden und Landkreisen eine wichtige Rolle zu. Deshalb haben wir vorgeschlagen, die Chancen, die das Auslaufen zahlreicher Konzessionsverträge für Strom und Gas bietet, für die kommunale Energiewende zu nutzen und den Kommunen von Seiten des Landes durch unabhängige Beratung und Unterstützung zur Seite zu stehen. Durch un-

seren Einsatz für das Wahlalter 16 können bei den Kommunalwahlen 2014 aber auch schon jetzt bei den anstehenden Bürgermeisterwahlen Jugendliche ab 16 ihre Stimme abgeben.

Nicht durchgesetzt haben wir uns leider mit unserem Vorschlag, die Kinder- und Jugendbeteiligung in den Kommunen zu verbessern. Neben der intensiven Arbeit in der Enquete-Kommission Brandenburg 2020 wird für die Kommunen die zweite Halbzeit der Legislaturperiode von der Evaluierung der Kommunalverfassung geprägt sein. Wir wollen deren Überarbeitung nutzen, um mehr Bürgerbeteiligung, mehr Transparenz, eine bessere Gleichstellung von Frauen und Männern und eine Stärkung der Rechte der GemeindevertreterInnen zu erreichen.

*Ursula Nonnemacher, MdL /
Jörg Gleisenstein, Referent*

INITIATIVEN & WEITERE INFOS

- Antrag „Transparenz und Kontrolle öffentlicher Unternehmen verbessern“
> www.gruenlink.de/6db
- Positionspapier „Transparenz und Öfentlichkeit in kommunalen Unternehmen sicherstellen“
> www.gruenlink.de/6cu
- Antrag „Kommunen als Akteure für Klimaschutz und Energiewende stärken – Unterstützung für die Neuvergabe von Konzessionsverträgen geben“
> www.gruenlink.de/6cw
- Entwurf „Erstes Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg – Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“
> www.gruenlink.de/6da

EIN LAND AUF DEM PRÜFSTAND

Der demografische Wandel erfordert eine neue Aufgabenverteilung zwischen den Verwaltungsebenen. Gleichzeitig schwindet der finanzielle Spielraum. Eine Enquetekommission soll bis zum Frühjahr 2013 klären, wie dieser Herausforderung zu begegnen ist.

Brandenburg schrumpft. Bezogen auf das Jahr 2008 ist bis 2030 ein Bevölkerungsrückgang von zwölf Prozent zu erwarten. Dabei verlieren die berlinfernen Regionen überdurchschnittlich an Bevölkerung, während die Einwohnerzahl im Berliner Umland konstant bleibt oder sogar leicht steigt. Gleichzeitig wird überall die Anzahl älterer Menschen zunehmen, der Anteil jüngerer sinken.

Zu diesen demografischen Herausforderungen kommen auch auf finanzieller Ebene neue Belastungen hinzu. Die Einnahmen des Landes werden bis 2020 deutlich zurückgehen, bedingt durch das Auslaufen des Solidarpakts II Ende 2019, den Rückgang von EU-Strukturfondsmitteln, die Abschmelzung des Länderfinanzausgleichs und die Schuldenbremse. Einer schrumpfenden und älter werdenden Bevölkerung stehen also weniger Finanzmittel zur Verfügung, um eine Infrastruktur aufrecht zu erhalten, die mal für wesentlich mehr Menschen gedacht war.

Was bedeutet das für die Verwaltung im Land, in den Landkreisen und den Kommunen?

Nachhaltige Lösungen entwickeln

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich frühzeitig positioniert. Wir wollen nicht nur über Gebietsgrenzen von Gemeinden und Kreisen reden, sondern auch die funktionale Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen auf den Prüfstand stellen sowie die Finanzbeziehungen zwischen



Die Politik muss zukunftsfähige Lösungen finden, wenn es weniger Menschen gibt und die Finanzmittel schrumpfen.

beiden überprüfen. Wesentlich ist für uns auch die Ausweitung der demokratischen Mitbestimmungsrechte der BürgerInnen. Wir wollen gerade auch in diesem Zusammenhang die Perspektive einer Fusion mit Berlin befördern.

Nachdem wir uns mit den beiden anderen Oppositionsfraktionen, CDU und FDP, im Januar 2011 auf die Einsetzung einer Enquetekommission zur Kommunal- und Verwaltungsreform geeinigt hatten, erfolgte rasch eine Erweiterung der Verhandlungen auf alle fünf Landtagsfraktionen. Einstimmig wurde die Enquetekommission „Kommunal- und Landesverwaltung – bürgernah, effektiv und zukunftsfest – Brandenburg 2020“ dann am 23. März 2011 vom Landtag eingesetzt. Aufgabe der Enquetekommission ist die Überprüfung der Strukturen und Kompetenzen von Land, Kreisen und Kommunen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Dabei werden auch die vorhandenen Erfahrungen in Brandenburg und anderen Bundesländern, etwa mit der Gemeindegebietsreform 2003, ausgewertet. Nach einem Zwischenbericht im Sommer 2012 sollen dem Landtag bis zum 2. Quartal 2013 die Ergebnisse der Kommission vorgelegt werden.

*Ursula Nonnemacher, MdL /
Jörg Gleisenstein, Referent*

INITIATIVEN & WEITERE INFOS

- Fraktionsbeschluss zum Vorschlag der CDU-Fraktion auf Einrichtung einer Enquete-Kommission zur Kommunalreform > www.gruenlink.de/6dc
- Gemeinsamer Antrag „Einsetzung einer Enquete-Kommission Kommunal- und Landesverwaltung – bürgernah, effektiv und zukunftsfest – Brandenburg 2020“ > www.gruenlink.de/6cr
- Antrag auf Transparenz und Online-Beteiligung der BürgerInnen an der Enquete-Kommission > www.gruenlink.de/6cs
- Info-Flyer zur Enquete-Kommission > www.gruenlink.de/65r

URSULA NONNEMACHER

Sprecherin für Gesundheit, Soziales, Inneres und Frauen,
Mitglied der Enquetekommission „Brandenburg 2020“

Wie sind Sie zur Politik gekommen?

Ich habe mich schon als Jugendliche leidenschaftlich für Politik interessiert: Schülervertretung, Leistungskurs Politik, Frauenzentrum, diverse politische Gruppen. Später habe ich mich über die brandenburgische SPD geärgert und war Mitgründerin eines Ortsverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Falkensee. Das war der Einstieg in die Kommunalpolitik.

Was hat sich in Ihrem Leben durch die Arbeit als Landtagsabgeordnete verändert?

Ich arbeite noch mehr als in meiner früheren Tätigkeit als Krankenhausärztin. Die Abgrenzung zwischen Arbeit und Freizeit ist schwieriger geworden. Der Druck, ständig erreichbar, informiert und auskunftsfähig zu sein, belastet mich. Ebenso die Notwendigkeit, immer fünf Dinge parallel zu machen und nicht genügend in die Tiefe zu gehen. Als Quereinsteigerin fremdele ich öfters mit dem Politikbetrieb. Und dann finde ich es erstaunlich, in kurzer Zeit aus einer Berufsgruppe mit sehr hohem Sozialprestige in eine Gruppe mit extrem geringem Sozialprestige abgerutscht zu sein, obwohl ich doch dieselbe geblieben bin ...

Zweieinhalb Jahre bündnisgrüne Opposition: Was ist Ihre persönliche Zwischenbilanz?

Ich bin stolz darauf, was wir fünf Abgeordnete gemeinsam mit unseren MitarbeiterInnen alles aufgebaut und geschafft haben. Wir werden durchaus wahrgenommen und respektiert. Wir haben wichtige politische Impulse gesetzt, unter anderem bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur, unserem Kampf gegen Braunkohleverstromung und CO₂-Verpressung sowie bei Bürgerrechten und direkter Demokratie.

BIOGRAFIE-TELEGRAMM

- **Privates:** Geboren 1957 in Wiesbaden – verheiratet, 3 Kinder – Wohnort: Falkensee
- **Berufliches:** Medizinstudium in Mainz und Berlin, Approbation 1983 – Fachärztin für Innere Medizin – Schichtdienst auf interner Intensivstation
- **Politisches:** Gründungsmitglied des bündnisgrünen Ortsverbandes Falkensee 1997 – seit 2003 Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende – Mitglied in vielen Verbänden und Initiativen



Sie sind für die Politikfelder Innen- und Kommunalpolitik, Soziales und Gesundheit verantwortlich. Was muss sich hier grundlegend verändern?

Ich bin von A wie Arbeitsmarkt bis Z wie Zensus für eine Vielzahl von Themen zuständig. Für alle Bereiche gilt: Wir müssen mit Wahrhaftigkeit die Probleme analysieren und realistische Lösungsmöglichkeiten aufzeigen. Die Zeiten von Sprechblasen, Schaukämpfen und Wahlkampfgeschenken sind endgültig vorbei.

Wie lautet Ihr politisches Leitmotiv?

Erstens: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Zweitens: Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Drittens: Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt.

Was war Ihr wichtigstes Erlebnis als Abgeordnete?

Es gab mindestens drei wichtige Erlebnisse: Meine erste Rede als frischgewählte grüne Abgeordnete vor 180 PolizistInnen auf dem Gewerkschaftstag der GdP. Meine Entschuldigung vor dem Landtagsplenum für eine unangebrachte Äußerung. Und: Die Bundespräsidentenwahl 2010 als bündnisgrüne Wahlfrau über drei Wahlgänge.

Was machen Sie, um sich vom Politikbetrieb zu erholen?

Zeit mit der Familie verbringen, Freunde treffen, mal wieder ins Kino oder Theater gehen, Radfahren, Schwimmen, den Garten genießen, einen guten Roman lesen.

KLARES BEKENNTNIS ZUR QUOTE

Kernziel unserer Politik ist die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wir stehen dafür, dass Frauen die Hälfte der Macht und die Hälfte der Verantwortung bekommen.



Ursula Nonnemacher auf unserer Tagung „Frauensache Wirtschaft“ in Oranienburg.

Appelle bringen uns nicht weiter, wie der sinkende Anteil von Frauen in brandenburgischen Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen zeigt. 2008 lag der Frauenanteil bei deprimierenden 22 Prozent. Der Anteil der Frauen bei BürgermeisterInnen und AmtsdirektorInnen liegt sogar unter zwölf Prozent. Und dies, obwohl mehr als die Hälfte der wahlberechtigten Bevölkerung im Land Brandenburg Frauen sind. Wir setzen uns für unterstützende und gesetzlich verbindliche Maßnahmen zur Förderung der gleichmäßigen Repräsentanz der Geschlechter auf allen politischen Ebenen ein. Zur Stärkung gleichberechtigter Teilhabe von Frauen und Männern in den Parlamenten fordern wir ein Parité-Gesetz nach französischem Vorbild. Es soll Parteien dazu bringen, interne Rekrutierungs- und Nominierungsverfahren anzupassen.

Geschlechtergerechte Gesellschaft

Wir von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine geschlechtergerechte Gesellschaft. Wir brauchen eine Frauenquote für Spitzenpositionen in Wirtschaft und Gesellschaft. Ohne Quote bleibt die Förderung von Frauen ein Lippenbekenntnis. Die Selbstverpflichtung der Wirtschaft – vor zehn Jahren eingeführt – hat nichts gebracht. Gesetzlich verankerte Sanktionen sollen den eklatanten Mangel von Frauen in Vorständen und

Aufsichtsräten beheben. Bundesweit besetzen sie nur 3,2 Prozent der Vorstandssitze in den 200 größten Firmen. Im öffentlichen Dienst sieht es nicht viel besser aus. Solange wir noch kein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft haben, sollte der öffentliche Dienst eine Vorbildrolle einnehmen und Frauen fördern.

Frauenhäuser sicher finanzieren

Für Frauenhäuser gibt es keinen bundesweiten Rechtsanspruch auf Übernahme der Kosten. Wir wollen Beratungsstellen und Frauenhäuser erhalten und sicher finanzieren. Unsere Haushaltsanträge zur Finanzierung des Angebots für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder in Frauenhäusern wurden abgelehnt, ebenso die Haushaltsanträge zur Finanzierung der frauen- und familienpolitischen Verbände. Somit können wir keine Jubelbilanz präsentieren.

INITIATIVEN & WEITERE INFOS

- Kleine Anfrage „Gleichstellung von Männern und Frauen im Öffentlichen Dienst in Brandenburg“
> www.gruenlink.de/6rb
- Kleine Anfrage „Transparenz bei der Landesförderung von Verbänden“
> www.gruenlink.de/6re
- Antrag „Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern“ – „audit berufundfamilie“ in Ministerien und Behörden des Landes Brandenburg“
> www.gruenlink.de/6rc
- Aktuelle Stunde im Landesparlament „100 Jahre Internationaler Frauentag – Wo stehen wir bei der Gleichberechtigung von Frauen im Land Brandenburg?“ > www.gruenlink.de/6rd
- Haushaltsantrag 2012: Zuschüsse an Frauenhäuser > www.gruenlink.de/6z4

100 Jahre Internationaler Frauentag

Durch unsere Präsenz im Brandenburger Landtag wurde 2011 zum ersten Mal eine Aktuelle Stunde der Frauenpolitik gewidmet: „100 Jahre Internationaler Frauentag – Wo stehen wir bei der Gleichberechtigung von Frauen im Land Brandenburg?“. Frauen verdienen 23 Prozent weniger als Männer. Selbst wenn man das Bruttoeinkommen um die Teilzeitquote bereinigt, bleibt das „Gender pay gap“, also die Verdienstlücke zwischen Männern und Frauen, erheblich. Wir stellten unsere Forderung nach Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns zur Diskussion. Dazu schlägt unsere Fraktion eine Mindestlohnkommission nach britischem Vorbild vor.

Internationaler Anti-Gewalt-Tag

Unsere Initiative zu einem überfraktionellen Antrag, am Internationalen Anti-Gewalt-Tag, dem 25. November, eine Flagge am Brandenburger Landtag zu hissen, hatte im ersten Anlauf keinen Erfolg. Es reichte nur zu einer gemeinsamen Resolution „Internationaler Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen“ des Sozialausschusses. Aber wir probieren es wieder, solange, bis die Anti-Gewalt-Flagge über dem Landtag weht.

Konstruktive Opposition

Unsere Fraktion macht konstruktive Oppositionsarbeit. Frauen- und Gleichstellungspolitik soll endlich als Querschnittsaufgabe in Brandenburg anerkannt und umgesetzt werden. Mit einem Antrag forderten wir die Landesregierung auf, Ministerien und Behörden in der laufenden Legislaturperiode einem „audit berufundfamilie“ zu unterziehen, um familienbewusste Personalpolitik umzusetzen. Gelingt es der Landesregierung nicht, hier voran zu kommen, wird eine familienfreundliche Politik ihr Ziel verfehlen.

Ideen und Vorschläge für gleiche Chancen im Erwerbsleben diskutierten wir in unserer Veranstaltung „Frauensache Wirtschaft“ am 6. März 2011 in Oranienburg im Rahmen der Brandenburgischen Frauenwoche. Brandenburg braucht mehr Unternehmerinnen und frauenfreundliche Arbeitsplätze, um Standortnachteile und den demografischen Wandel zu bewältigen. Unterneh-

Entwurf Haushaltsgesetz 2012
Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Einzelplan (Text): 07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie
Seite: 85 Kapitel: 07 080 Titel: 633 65
Zweckbestimmung: Zuweisungen an Landkreise und kreisfreie Städte

Ansatz im Entwurf				900.000€
Änderung (+/-):				500.000€
Ansatz neu:				1.400.000€

[ABGELEHNT]

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	in Höhe von	
43	07 030	633 30		500.000€
				€
Insgesamt:				500.000€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:
Für ein qualitativ hochwertiges Angebot für gewaltbetroffene Frauen ist eine bessere und bedarfsgerechte Mittelausstattung unabdingbar. Die Zuweisungen für Frauenhäuser blieben seit 2004 trotz Kostensteigerungen konstant. Die steigenden Ausgaben mussten deshalb aus dem Mittelbestand der einzelnen Frauenhäuser finanziert werden. Gleichzeitig stieg der Bedarf nach ambulanten Beratungen und Betreuung stark an. Zudem muss die Versorgung der gewaltbetroffenen Frauen ohne Anspruch auf Grundsicherung gewährleistet werden. Die Konsequenzen tragen bisher die Mitarbeiterinnen, die Träger und die gewaltbetroffenen Frauen. Die Bezahlung der Mitarbeiterinnen erfolgte bisher ohne eine entsprechende Tarifanpassung. Die Frauenhäuser weisen Defizite aus und müssen oft ihre Räumlichkeiten aus Kostengründen wechseln. Der steigende Beratungs- und Betreuungsaufwand kann ebenfalls nicht durch mehr Personal aufgefangen werden. Durch die beantragte Aufstockung soll das notwendige Angebot der Frauenhäuser sowie die Grundvoraussetzungen für ihre Arbeit abgesichert werden.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltung
Fachausschuss			
Ausschuss für Haushalt und Finanzen			

Die finanzielle Ausstattung der Frauenhäuser in Brandenburg ist seit 2004 nicht mehr angehoben worden. Das geht zulasten der Betreuung und der MitarbeiterInnen. Wir haben zusätzliche Gelder gefordert.

mensgründungen von Frauen haben wichtige Besonderheiten. Frauen gründen im Vergleich zu Männern häufig mit weniger Eigenkapital. Sie verfügen über weniger bankübliche Sicherheiten, was ihnen den Zugang zum regulären Kreditmarkt erschwert. Besonders wichtig ist, dass Unternehmerinnen in hohem Maße Frauenarbeitsplätze schaffen. Mangelnde Unterstützung lässt Gründerinnen zögern, weil die Rahmenbedingungen zur Sicherung des Lebensunterhalts, der Zugang zur Finanzierung sowie qualifizierte Beratung fehlen. Wir fordern die gezielte Unterstützung von Gründerinnen; auch Teilzeitgründungen müssen möglich sein, da sie Frauen helfen, Familie und Beruf zu vereinbaren.

Ursula Nonnemacher, MdL / Brigitte Stumm, Referentin

ALLER MENSCHEN WÜRDE

Alle Menschen haben Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben. Die Schwächeren – Flüchtlinge, Menschen mit Behinderungen und Pflegebedürftige – brauchen dazu individuelle Unterstützung. Unsere Fraktion fordert konkretes Handeln statt nur von Integration zu reden.

Menschen, die wegen Verfolgung oder Kriegen ihr Heimatland verlassen, brauchen Unterstützung. Zur besseren Integration von Flüchtlingen engagieren wir uns für die Aufhebung der Residenzpflicht. In einer Ausstellung haben wir die Unterbringung von Flüchtlingen in Brandenburger Gemeinschaftsunterkünften thematisiert. Besser wäre eine Unterbringung in Wohnungen, die Bedürfnisse von Familien und Kindern sowie deren Zugang zu Bildungseinrichtungen berücksichtigt.

Eine andere integrationspolitische Initiative unserer Fraktion zielte auf die Abschaffung der Einkaufsgutscheine zugunsten von Bargeldleistungen an Flüchtlinge. Wir kritisieren das Flughafenasylverfahren am neuen Großflughafen BER in Schönefeld. Flüchtlinge sind als Asylsuchende anzuerkennen und nicht in Schnellverfahren abzuurteilen. Gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen konnten wir einen Landtagsbeschluss erwirken, der die Bundesregierung auffordert, auf das Flughafenasylverfahren zu verzichten.

Menschen mit Behinderungen

Menschen mit Behinderungen wollen selbstbestimmt an der Gesellschaft teilhaben. Grenzen schränken ihre Teilhabe ein. Barrieren sind fehlende Fahrstühle, kein ebenerdiger Zugang zu Bussen und Bahnen, eine schwierige Sprache oder für Frauen im Rollstuhl eine unzureichend eingerichtete Frauenarztpraxis.

Das behindertenpolitische Maßnahmenpaket der Landesregierung zeigt Wege auf, aber viele Maßnahmen stehen unter Finanzierungsvorbehalt. Die Novellierung des Behindertengleichstellungsgesetzes fehlt, dabei würde das Gesetz klarstellen, welche Maßnahmen finanziert werden müssen.

Wir von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Barrieren und Diskriminierungen im Alltag von Menschen mit Behinderungen beseitigen. Angebote sollen selbstbestimmte Teilhabe landesweit ermöglichen.

Landespflegegesetz und Altenpflegepolitik

Unsere Änderungsanträge zum Landespflegegesetz stellen Bedürfnisse der zu Pflegenden sowie der pflegenden Angehörigen in den Mittelpunkt. Wir haben gefordert, die Selbsthilfe, das bürgerschaftliche Engagement und Ehrenamt, familiäre, soziale und regionale Netzwerke sowie nachbarschaftliche Hilfestrukturen in das Gesetz einzubeziehen, um so Akteure der häuslichen und stationären Pflege zu stärken. Außerdem sollten Menschen mit demenzieller Erkrankung und Belange pflegebedürftiger MigrantInnen

sowie pflegebedürftiger Menschen mit gleichgeschlechtlichem Lebensentwurf beachtet werden. Diese Änderungsanträge wurden ins Gesetz aufgenommen.

Brandenburg braucht künftig eine ausreichende Anzahl AltenpflegerInnen, um die Pflege alter Menschen zu gewährleisten, deshalb wollen wir die Situation in der Altenpflegeausbildung verbessern. Unser gemeinsamer Antrag mit der CDU zur Altenpflegeumlage wurde leider abgelehnt. Doch es scheint Hoffnung zu geben. Jetzt prüft auch die Landesregierung, ob sie die Zahl der Pflegekräfte durch eine Altenpflegeumlage - also eine Abgabe für Einrichtungen, die nicht ausbilden - erhöhen kann.

Zukünftig setzen wir uns für die Finanzierung des akademischen Studienangebotes für Pflegestudiengänge ein. Brandenburg braucht akademisch ausgebildete Pflegekräfte.

*Ursula Nonnemacher, MdL /
Brigitte Stumm, Referentin*

INITIATIVEN & WEITERE INFOS

- Kleine Anfrage: „Flughafenasylverfahren – Unterbringung auf dem Flughafenfengelände“ > www.gruenlink.de/6rg
- Antrag „Auf das Flughafenasylverfahren verzichten“ > www.gruenlink.de/725
- Antrag: „Eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen im gesamten Land Brandenburg sicherstellen“ > www.gruenlink.de/6rh
- Gemeinsamer Antrag von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Altenpflegeausbildung > www.gruenlink.de/6ri

REIF FÜR DIE POLITIK

Dass 16jährige den Landtag mitwählen dürfen, ist ein wichtiger Erfolg unserer Politik. Kinder und Jugendliche wollen sich um ihre Belange selber kümmern. Dazu brauchen sie altersgerechte Beteiligungsrechte.

Die Zukunft Brandenburgs liegt in der Hand derer, die heute Kinder und Jugendliche sind. Sie brauchen Gelegenheiten zu lernen, sich zu artikulieren und in die Politik einzumischen. Nur wer selbst mit seinen eigenen Anliegen Gehör findet und das eigene Umfeld aktiv mitgestalten kann, fühlt sich ernst genommen. Das eigene Leben selbst zu bestimmen und gleichzeitig Verantwortung für andere zu übernehmen, will früh geübt sein. In Brandenburg existieren bereits viele Mitmach-Angebote für Kinder und Jugendliche, aber wir wollen noch mehr.

Kinder und Jugendliche haben die gleichen politischen Rechte wie Erwachsene, abgesehen von Einschränkungen durch ihre Minderjährigkeit.

Aber die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wird in der sich verändernden Gesellschaft immer wichtiger: Einerseits entwickelt sich die Altersstruktur zu Ungunsten von Kindern und Jugendlichen - sie werden weniger, ohne dass ihre Belange deshalb an Gewicht verlieren dürfen. Andererseits verändert sich die Gesellschaft von einer normativen hin zu einer aushandelnden. Darum ist es dringend geboten, Kinder und Jugendliche schon frühzeitig an die politischen Prozesse heranzuführen. Studien zeigen, dass Kinder und Jugendliche die sie betreffenden Belange sehr wohl einschätzen können und das auch mit großem Interesse tun, wenn diese ihnen altersgerecht und lebensnah vermittelt werden.

Eine der besten Initiativen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für mehr Mitspracherechte von Kindern und Jugendlichen war in der ersten Hälfte der Legislaturperiode die mittlerweile beschlossene Verfassungsänderung für ein Wahlalter ab 16. 16- und 17jährige Jugendliche besitzen die erforderliche Reife, eine Wahlentscheidung auch auf Landesebene zu treffen.

INITIATIVEN & WEITERE INFOS

- Gesetzentwurf „Erstes Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg – Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ > www.gruenlink.de/6s7
- Rede zum Gesetzentwurf „Erstes Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg – Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ > www.gruenlink.de/7f8
- Antrag „Vorlage eines Landeskinderschutzgesetzes“ > www.gruenlink.de/6s3



Wer mitmachen darf, fühlt sich auch ernst genommen.

Ihnen auf diese Weise echte Verantwortung zu übertragen, wird sich auf ihr Interesse an Politik sowie auf ihr allgemeines politisches Engagement positiv auswirken.

Kommunen in die Pflicht nehmen

Unser Gesetzentwurf zur Veränderung der Kommunalverfassung, der die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen hätte verbindlich festschreiben sollen, wurde unerwartet von Rot-Rot abgelehnt. Wir wollten Kommunen verpflichten, jungen Menschen verbindliche altersgerechte Beteiligungsmöglichkeiten anzubieten, über deren Form jede Kommune selbst hätte entscheiden können. Last but not least haben wir als bündnisgrüne Landtagsfraktion die Kampagne des Landesjugendrings für mehr Mittel für den Landesjugendplan in die Haushaltsverhandlungen 2012 eingebracht. Die Forderung nach einer Million Euro zusätzlich für Jugendverbandsarbeit und außerschulische Bildung wurde von Rot-Rot abgelehnt.

*Marie Luise von Halem, MdL /
Martin Bär, Referent*

DAS GROSSE SCHWEIGEN

Der Justizminister blockiert die Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit in der brandenburgischen Justiz. Wir fordern eine umfassende Überprüfung der RichterInnen. Handlungsbedarf gibt es auch bei der Resozialisierung von Straftätern.



Die Gesellschaft endet nicht an der Gefängnismauer. Häftlinge brauchen Betreuung.

Eine Anfrage zu ehemaligen Stasi-Mitarbeitern in den Justizbehörden des Landes Brandenburg im Frühjahr 2011 brachte Gewissheit: Ehemals hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit der DDR sind noch heute als Richterinnen, Richter, Staatsanwälte, Staatsanwältinnen und Justizvollzugsbedienstete tätig. Im April 2011 hieß es aus dem Justizministerium, es gebe in Brandenburg 82 stasibelastete Justizangestellte, drei davon würden als Richter arbeiten. Wenig später war schon von 152 Justizbeschäftigten mit MfS-Vita die Rede, davon ein Staatsanwalt, 13 Richterinnen und Richter.

Aufarbeitung vom Justizminister politisch nicht gewünscht

Für Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) waren diese Erkenntnisse kein Anlass, sich mit dem Thema Stasi in der Justiz auseinanderzusetzen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragte im Landtag eine Aktuelle Stunde und brachte einen Entschließungsantrag ein: Wir forderten die Landesregierung auf, bei der Stasi-Unterlagenbehörde eine Überprüfung aller Brandenburger Richterinnen und Richter zu veranlassen, die vor dem 12. Januar 1990 volljährig wurden. Die Enquetekommission zur Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur im Land Brandenburg sollte beauftragt werden, Empfehlungen zum Umgang mit den Befunden zu entwickeln.

Der Justizminister weigerte sich mit dem Hinweis auf Vertrauensschutz. Die Justiz dürfe nicht unter einen Generalverdacht gestellt werden. Anders

handelte der für die Polizei zuständige Innenminister Dietmar Woidke (SPD), der Führungskräfte neu überprüfen lassen wollte, um pauschale Vorverurteilungen der Polizei zu vermeiden.

Das große Schweigen im Justizministerium nährt die These, dass Aufarbeitung politisch nicht gewünscht ist. In den letzten Jahren ist eine Vielzahl von Stasi-Akten neu erschlossen worden; in anderen Bundesländern zog man die nötige Konsequenz und überprüfte Personen in exponierter Stellung. Unsere Fraktion fordert dies auch in Brandenburg.

Resozialisierung von Straftätern

In wissenschaftlichen Studien konnte ein deutlicher Zusammenhang zwischen den Maßnahmen im Strafvollzug und der Rückfallquote von Straftäterinnen und Straftätern nachgewiesen werden. Wer in der Haftanstalt gut betreut wird, einer Arbeit nachgeht oder ausgebildet wird,

INITIATIVEN & WEITERE INFOS

- Antrag „Über Stasi-Verflechtungen in der Justiz aufklären und damit Vertrauen der Bürger in eine unabhängige Rechtsprechung stärken“
> www.gruenlink.de/6s0
- Antrag auf eine Aktuelle Stunde zum Thema „Politische Konsequenzen aus der aktuellen Stasi-Debatte ziehen“
> www.gruenlink.de/7fx
- Antrag „Resozialisierung von Straftätern verbessern“
> www.gruenlink.de/6s1
- Kleine Anfrage „Resozialisierung und die Finanzierung von Resozialisierungsprojekten“ > www.gruenlink.de/6s2
- Kleine Anfrage „Haftkapazitäten in Brandenburg“ > www.gruenlink.de/6xp



Sabine Niels und Helmut Müller-Enbergs (Stasi-Unterlagenbehörde) bei der Eröffnung einer Ausstellung.

kann später in Freiheit besser Fuß fassen. In den Brandenburger Vollzugsanstalten, so ist zu hören, gibt es dagegen Einschränkungen im Freizeitbereich. Sportangebote können teilweise nicht mehr begleitet werden, weil das Personal fehlt. Der Mangel an Arbeitsplätzen in der Haft ist ein chronisches Defizit - nicht nur in Brandenburg.

Auf unsere Initiative haben wir gemeinsam mit den Fraktionen von CDU und FDP einen Antrag zur besseren Resozialisierung von Straftätern eingebracht. Darin fordern wir, die Resozialisierung und die therapeutische Betreuung in den Vordergrund zu stellen, um Straftäter wirksam, human und nachhaltig in die soziale Gemeinschaft zu reintegrieren. Derzeit besteht keine optimale Zusammenarbeit und Kommunikation der beteiligten Behörden und Institutionen.

Wesentlich ist, dass die Therapieangebote sowie die Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen im Strafvollzug weiter ausgebaut werden. Besonders für Personen mit Suchtproblemen müssen ausreichend Therapieplätze angeboten werden.

Betreuung auch nach dem Strafvollzug

Die Betreuung von Straftätern im und nach dem Strafvollzug muss zwischen den beteiligten Behörden und Institutionen besser abgestimmt werden. Die Arbeitsabläufe in den Justizvollzugsanstalten und den sozialen Diensten sollen mit dem Ziel einer strukturierten, koordinierten und zielgerichteten Zusammenarbeit standardisiert werden. Projekte des Übergangsmangements müssen verstetigt werden. Dafür sollten für jeden Gefangenen ein Fallmanager zur Verfügung gestellt und Kooperationsverbünde ge-

schaffen werden. Auch die Vollzugsbeamten sollen fortgebildet werden und regelmäßig Gelegenheit zur Supervision erhalten.

Justizminister Schöneburg lobte den fraktionsübergreifenden Antrag und teilte gleichzeitig mit, er komme leider zu spät – man arbeite bereits an einem Gesetzentwurf. Auch die Koalitionsfraktionen wollten die Inhalte der ministeriellen Arbeitsgruppe überlassen und keine parlamentarischen Vorgaben machen. Mittlerweile gibt es einen Musterentwurf für ein Landesstrafvollzugsgesetz, der jedoch bisher nicht ins Parlament eingebracht wurde. Wir bleiben gespannt, denn eines ist klar: Die Gefangenen von heute sind unsere Nachbarn von morgen.

Sabine Niels, MdL / Katharina Strauß, Referentin

Landtag Brandenburg **Drucksache 5/3185**
5. Wahlperiode

Entschließungsantrag
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zur Aktuellen Stunde am 19.5.2011

Über Stasi-Verflechtungen in der Justiz aufklären und damit Vertrauen der Bürger in eine unabhängige Rechtsprechung stärken!

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, gemäß § 21 Abs. 1 Nr. 6 e) Stasi-Unterlagen-Gesetz beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik einen Antrag auf Überprüfung aller Brandenburger Richter, die vor dem 12. Januar 1990 das 18. Lebensjahr vollendeten, zu stellen sowie die Antworten der Kommission zur Überprüfung der Abgeordneten des Landtags zuzuleiten, die die Erkenntnisse bewertet und die Öffentlichkeit über ihre Ergebnisse informiert.

Die Enquete-Kommission 5/1 wird beauftragt, Empfehlungen zum Umgang mit den Befunden zu entwickeln.

Begründung:

Die Beantwortung der Kleinen Anfrage zu ehemaligen Stasi-Mitarbeitern in den Justizbehörden des Landes Brandenburg (DS 5/3018), die Beratung in den letzten zwei Sitzungen des Rechtsausschusses am 7. April und 12. Mai 2011 sowie Presseberichte haben zu Tage gefördert, dass ehemals hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit der DDR noch heute im Land als Richter, Staatsanwälte und Justizvollzugsbedienstete tätig sind. Dies erschüttert das Vertrauen in die Brandenburger Justiz.

Um mögliche Verflechtungen der Justiz mit der Staatssicherheit aufzuklären und damit das Vertrauen der Bürger in eine unabhängige Rechtsprechung zu stärken müssen alle zur Zeit verfügbaren Erkenntnisse genutzt werden. Eine Regelüberprüfung zu allen Brandenburger Richtern ist notwendig und geboten.

Die Erkenntnisse aus dieser Abfrage müssen einem unabhängigen Gremium zur Verfügung gestellt werden, das die Bewertung so transparent wie möglich vornimmt und die Enquete-Kommission und die Öffentlichkeit über die Ergebnisse informiert.

[ABGELEHNT]

Datum des Eingangs: 10.05.2011 / Ausgegeben: 10.05.2011

Anders als bei den Abgeordneten verweigerten die Regierungsfractionen eine Stasi-Überprüfung aller Richterinnen und Richter, die vor dem 12. Januar 1990 volljährig wurden. Damit bleibt im Dunkeln, ob sich einzelne RichterInnen schuldig gemacht haben.

BLICK ZURÜCK NACH VORN

Der „Brandenburger Weg“ war eine Sackgasse, in der sich viele ehemalige Stasi-Zuträger bequem eingerichtet hatten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden in den Landtag gewählt, um das Schweigekartell der Abgeordneten aufzubrechen und das SED-Erbe aufzuklären. Das haben wir erfolgreich getan.

Fast 20 Jahre lang galt Brandenburg als Sonderfall unter den ostdeutschen Bundesländern. Der viel zitierte Brandenburger Weg („Kleine DDR“) stand für den Versuch, sich weitgehend der politisch und gesellschaftlich heiklen Diskussion über die DDR-Vergangenheit zu entziehen. Der Mantel des Vergessens fiel groß aus; er wurde nach den Diskussionen über die Stasi-Kontakte des ehemaligen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe ausgebreitet. Zu unerquicklich schien die Auseinandersetzung über den Umgang mit erlittenem Unrecht oder den nahtlosen Übergang von Stützen des DDR-Systems in das neu gebildete Bundesland – kein politisches Gewinnerthema.

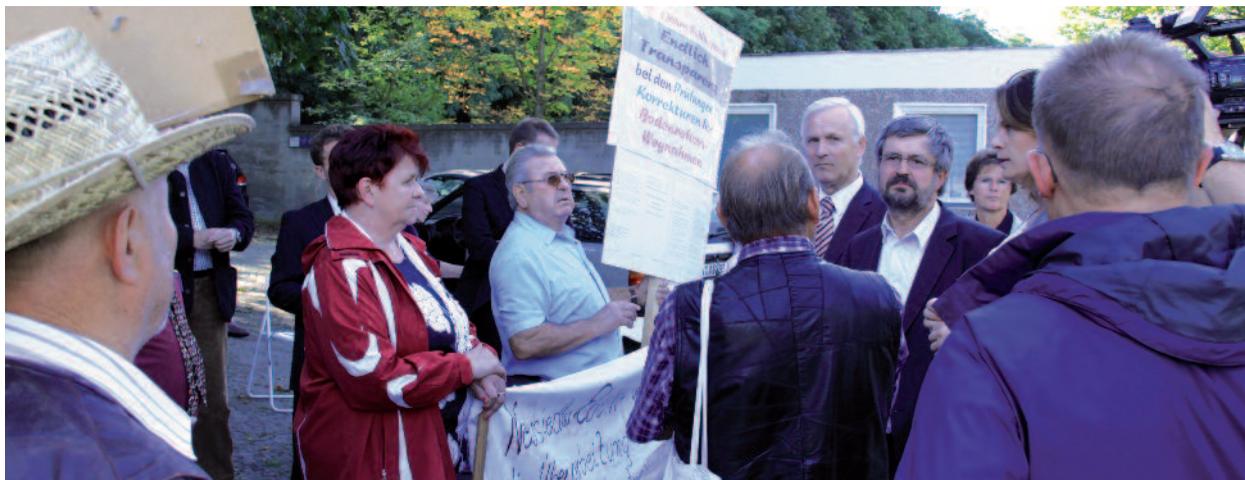
Landesbeauftragte eingesetzt

Doch ein Schlussstrich lässt sich nicht von oben verordnen. Für viele Brandenburgerinnen und Brandenburger war die Wahl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei der Landtagswahl 2009 mit der Hoffnung verbunden, dass das „Schweigekartell“ im Parlament aufgebrochen wird. Zu Recht: Seit unserem Einzug in den Landtag sind die Dinge in Bewegung geraten.

Erstmals wurde in Brandenburg eine „Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur“ eingesetzt – in anderen

Ländern schon lange selbstverständlich. Seit März 2010 bietet Ulrike Poppe mit ihrem Team Bildungs- und Beratungsangebote für Interessierte und Betroffene; Initiativen und Gedenkstätten erhalten professionelle Unterstützung. Und: Anders als von der Regierung geplant, veränderte der neugewählte Landtag das Gesetz zur Einsetzung der Beauftragten. Sie kann nun weitgehend unabhängig von tagespolitischen Vorgaben und Interessen der Landesregierung arbeiten. Die einstimmige Wahl von Ulrike Poppe zur Aufarbeitungsbeauftragten war ein erster, aber kaum zu unterschätzender Schritt hin zu einem politischen Klima, in dem sich Menschen mit DDR-Unrechtserfahrungen ernst genommen fühlen.

Weitere Schritte folgten. Schrittmacher war dabei stets unsere Fraktion. Im Januar 2010 verabschiedete der Landtag auf unsere Initiative hin eine weitreichende Änderung des Abgeordnetengesetzes, mit der eine unabhängige Kommission zur Überprüfung aller Landtagsabgeordneten auf frühere Kontakte zum MfS eingesetzt wurde. Denn während sich andernorts Kandidatinnen und Kandidaten für höchste politische Ämter zumeist vor der Wahl ehrlich machten, gab es in Brandenburg bis 2010 dazu keine Veranlassung. Das Recht des Souveräns zu wissen,



Axel Vogel bei einer Demonstration von Opfern der Bodenreform-Affäre vor dem Landtag.

wen er wählt, wurde in Brandenburg so über viele Jahre ausgehöhlt. Bleibt zu hoffen, dass die neuen Regelungen des Abgeordnetengesetzes zumindest in Zukunft dafür Sorge tragen, dass Stasi & Co weniger die Debatten im Plenum bestimmen.

Aufarbeitung des SED-Erbes

Die Brandenburgerinnen und Brandenburger stehen den ehemaligen Stasi-Zuträgern skeptisch gegenüber. Mehr als zwei Drittel, so eine aktuelle Umfrage, wollen ihnen zwar eine zweite Chance geben, aber weder im öffentlichen Dienst noch im Parlament.

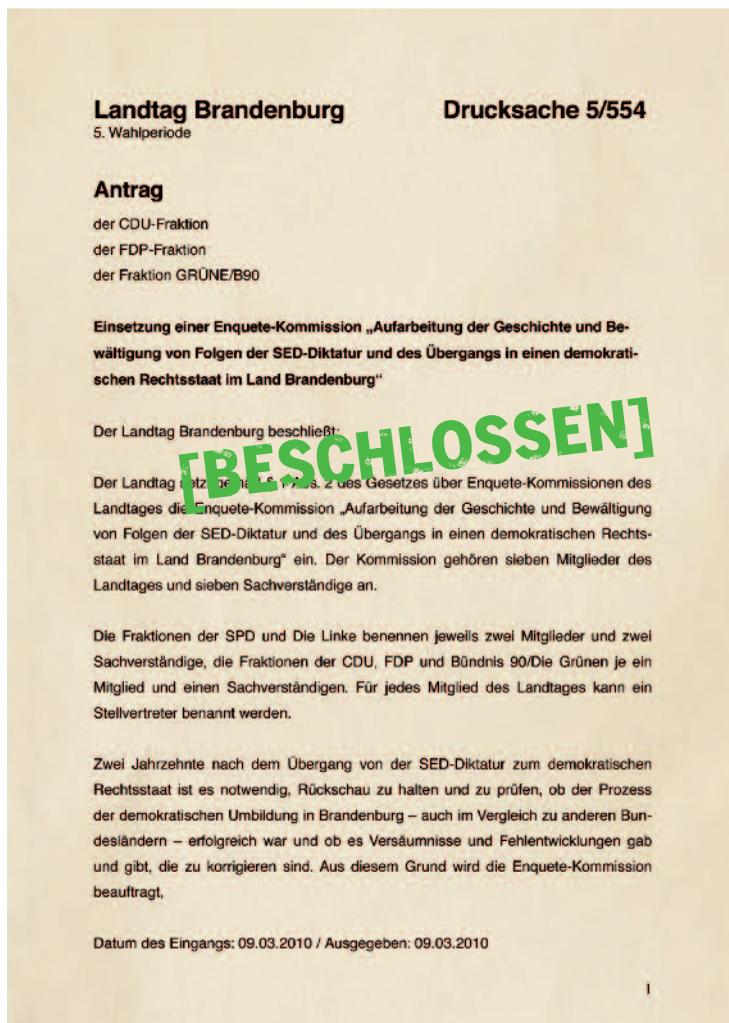
Die Umfrage ist ein Ergebnis der Enquetekommission zur „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“. Hinter dem sperrigen Namen verbirgt sich das Ziel, einen kritischen Blick auf die Entwicklung unseres Landes zu werfen, um darauf aufbauend Brandenburgs Zukunft besser zu gestalten. 40 Jahre DDR haben Spuren hinterlassen, und die Frage, wie wir mit den Hinterlassenschaften der SED-Diktatur umgehen, ist unverändert aktuell.

Wie sind die Benachteiligten des DDR-Systems im gemeinsamen Deutschland angekommen? Wie gehen wir mit den Eigentumsverwerfungen um? Aber auch: Wie vermitteln wir die Geschichte an nachfolgende Generationen? Wie schaffen wir ein gesellschaftliches Klima, in dem offen über die Vergangenheit gesprochen wird und wir aus ihr lernen können?

Mit diesen – und vielen anderen – Fragen setzt sich die Kommission auseinander, die je zur

INITIATIVEN & WEITERE INFOS

- Einsetzungsantrag zur Enquetekommission > www.gruenlink.de/773
- Info-Flyer > www.gruenlink.de/774
- Forsa-Umfrage zum "DDR-Bild der Bevölkerung des Landes Brandenburg" > www.gruenlink.de/7g3



Die Enquetekommission geht auf eine bündnisgrüne Initiative zurück. In der Kommission werden bisher vernachlässigte Themen fundiert erörtert. Am Ende stehen Handlungsempfehlungen für die Politik.

Hälfte aus Abgeordneten und Wissenschaftlern besteht. Um Antworten zu geben, werden Gutachten eingeholt sowie Sachverständige und Zeitzeugen angehört. Am Ende sollen Vorschläge stehen, wie möglichen Defiziten bei der Aufarbeitung und Bewältigung der DDR-Vergangenheit in Brandenburg begegnet werden kann. Erste Ideen zum Opferschutz, zum Schulunterricht und zur Erhaltung der Gedenkstätten stehen bereits vor der Umsetzung.

Brandenburg war viel zu lange Hinterbänkler, wenn es um die Aufarbeitung der eigenen Geschichte ging. Doch es tut sich was, trotz aller Widerstände. Unsere Fraktion wird sich in der Enquetekommission, aber auch in Veranstaltungen außerhalb des Parlaments dafür einsetzen, dass wir aus der Vergangenheit lernen, um die Zukunft für uns zu gewinnen.

Axel Vogel, MdL / Tobias Franke-Polz, Referent

ROSS UND REITER

Nach 15 Jahren des Verdrängens kam es im Brandenburger Landtag zu einer kleinen Revolution: Auf Initiative unserer Fraktion wurden alle Abgeordneten auf Stasi-Verstrickungen durchleuchtet. Damit gibt es nun Tatsachen, wo vorher nur Vermutungen waren.

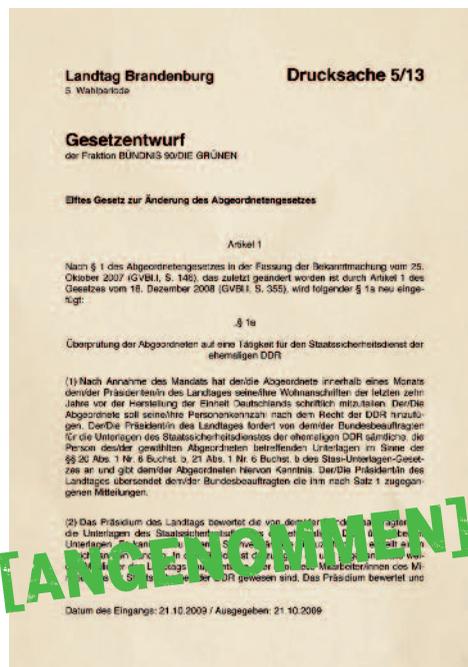
Es war ein Paukenschlag, mit dem die konstituierende Sitzung des Landtags im Oktober 2009 eingeleitet wurde: Die kleinste Fraktion forderte die größtmögliche Transparenz. Nach unseren Vorstellungen sollten die Ausschüsse des Parlaments öffentlich tagen, und alle Abgeordneten sollten sich einer Überprüfung auf eine frühere Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit stellen. 15 Jahre lang hatte sich der brandenburgische Landtag vor einer Stasi-Überprüfung gedrückt – ein zweifelhafter Sonderstatus unter den neuen Ländern.

Zwei Jahre später gehören öffentliche Ausschüsse wie selbstverständlich zum demokratischen Alltag in Brandenburg. Auch die Überprüfung der Abgeordneten durch eine vom Landtag – übrigens auf einstimmigen Beschluss – eingesetzte Kommission unter Vorsitz von Ulrike Poppe konnte von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN durchgesetzt werden. Im Januar 2012 wurde der Untersuchungsbericht öffentlich präsentiert und im Landtag debattiert. Ross und Reiter werden darin benannt, nichts wird mehr unter den Tisch gekehrt.

Linken-Abgeordnete betroffen

Bei sechs Abgeordneten der Linken gibt es Belege für eine Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) – in keinem anderen Bundesland sind so viele Linken-Abgeordnete betroffen. Eine aktuelle Umfrage zeigt: Drei Viertel aller Brandenburgerinnen und Brandenburger wollen keine ehemaligen MfS-Mitarbeiter in der Politik. Unsere Fraktion teilt eine solch kompromisslose Forderung nicht. Uns ist das in freien Wahlen errungene Landtagsmandat zu wichtig, als dass wir Mehrheiten im Parlament das Recht einräumen würden, einzelnen Abgeordneten ihr Mandat wieder abzuerkennen. Wir sind überzeugt, dass Menschen sich wandeln können, dass bei der Beurteilung von Biografien immer ein ganzheitlicher Blick auf die Person notwendig ist, und dass nicht jeder Fall gleich schwer wiegt. Deshalb liegt es nunmehr an den belasteten Abgeordneten, sich der öffentlichen Diskussion zu stellen und Konsequenzen zu ziehen.

Was wir allerdings fordern, ist Ehrlichkeit im Umgang mit der Vergangenheit. Enttäuschtes Vertrauen kann nur zurückgewinnen, wer eigene Fehler eingesteht, Rechtsstaatlichkeit klar von DDR-Unrecht abgrenzt und bereit ist, auf die Opfer zuzugehen. Hier bleibt einiges zu tun: Wenn der frühere Stasi-Mitarbeiter und jetzige Abgeordnete Axel Henschke noch heute unter Verweis auf seinen Treueeid Auskünfte verweigert, dann stellen sich Fragen nach seinem Verständnis von Rechtsstaat und Demokratie. Wenn Gerlinde



Unsere Fraktion setzte auf der ersten Landtagssitzung durch, dass Abgeordnete auf eine Stasi-Tätigkeit überprüft werden.

Stobrawa ihr Wirken für das MfS bagatellisiert, offenbart sie ein ungeklärtes Verhältnis zu ihrer Vergangenheit. Wenn Kerstin Kaiser einen Frontalangriff auf die Kommission fährt, zeugt dies von wenig Bereitschaft, Kritik anzunehmen.

Aber auch, wenn sich einzelne Betroffene jetzt der Diskussion verweigern, war die Überprüfung ein Erfolg. Sie bedeutete eine Abkehr von der Politik des Verdrängens. Es wurden Tatsachen gegen Mutmaßungen und Halbwahrheiten gestellt. Jeder Versuch, über eine Stasi-Vergangenheit hinwegzutäuschen, ist zukünftig zum Scheitern verurteilt. Mehr noch: Wer 2014 in den Landtag gewählt werden will, wird sich stärker als bisher auf seine Eignung hin befragen lassen müssen. Die Überprüfung der Abgeordneten ist damit ein Meilenstein auf dem Weg zu mehr Transparenz und einer weniger belasteten Volksvertretung.

Axel Vogel, MdL / Tobias Franke-Polz, Referent

SABINE NIELS

Sprecherin für Landwirtschaft, Justiz, Europa und Entwicklungspolitik

Wie sind Sie zur Politik gekommen?

Mein Weg führte über Verbände wie Greenpeace, Gää und Attac sowie Aktionen wie „Save Our Seeds“ zum Engagement bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landkreis Oder-Spree.

Was hat sich in Ihrem Leben durch die Arbeit als Landtagsabgeordnete verändert?

Seitdem ich ins Brandenburger Parlament gewählt wurde, verleihe ich den vielen tausend Menschen im Land, die ebenfalls eine Veränderung wollen, eine Stimme.

Um mir die Ziele immer wieder ins Gedächtnis zu rufen, sehe ich häufiger ins Auftragsbuch, unser Landtagswahlprogramm. Außerdem bin ich sehr viel in Brandenburg unterwegs, höre zu und unterhalte mich mit anderen. So viel Wissen aus ganz unterschiedlichen Bereichen, so vielfältige Einblicke habe ich sonst nicht in derart kurzer Zeit erhalten. Mir ist die Arbeit in der Partei auch sehr wichtig. Der Wert der Basisdemokratie erfordert natürlich entsprechend mehr Aufwand.

Zweieinhalb Jahre bündnisgrüne Opposition: Was ist Ihre persönliche Zwischenbilanz?

Mein persönliches Fazit ist durchaus positiv. Wir konnten viele Themen auf die Agenda setzen und schafften es, dass sich andere Fraktionen damit beschäftigen. Glanzpunkte sind natürlich, wenn eigene Anträge Mehrheiten gefunden haben. Dass unser Antrag zur Agro-Gentechnik die parlamentarischen Hürden genommen hat – das hat mich schon sehr überrascht. In dem Fall hat sich die Linke tatsächlich für ihre Ziele stark gemacht.

BIOGRAFIE-TELEGRAMM

- **Privates:** Geboren 1973 in Berlin – 3 Kinder – geschieden – Wohnort: Fürstenwalde/ Spree
- **Berufliches:** 1994 bis 2001 Ausbildung und Arbeit als Heilerziehungspflegerin – Arbeit auf eigenem Biohof - Ausbildung zur Video-Interaktionsbegleiterin - 2005 bis 09 Studium Sozialwissenschaften an der HU Berlin
- **Politisches:** Gründung AG Nachhaltiger Konsum – Koordinatorin des Volksbegehrens „Keine neuen Tagebaue - für eine zukunftsfähige Energiepolitik“ - 2006 bis 09 Sprecherin der Bündnisgrünen Oder-Spree - seit 2008 Mitglied des Kreistags Oder-Spree



Wie lautet Ihr politisches Leitmotiv?

Max Weber hat in „Politik als Beruf“ beschrieben, was ich vielleicht am ehesten als Leitmotiv bezeichnen würde. In der leidenschaftlichen Hingabe an ein Anliegen versuche ich, die Distanz zu erreichen, die es mir gestattet, die Verantwortlichkeit zum Leitstern meines Handelns zu machen. Distanz bedeutet hier die Fähigkeit, die Dinge in Ruhe auf sich wirken zu lassen, sich zu sammeln. Weber betont auch, dass aus Leidenschaft Handeln erwächst. Jedoch ist das richtige Augenmaß für die Dinge nötig, und dazu braucht es Abstand.

Was machen Sie, um sich vom Politikbetrieb zu erholen?

Für mich geht es eher um Ablenkung. Ich erledige Hausaufgaben mit den Kindern, kaufe im lokalen Bioladen ein, koche, putze die Wohnung. Wirklich entspannend sind manchmal die Zugfahrten, da hole ich auch schon mal Schlaf nach ; -)

Ihr politischer Buchtipp:

Erika Riemann: Stalins Bart ist ab: Von Bautzen zum Bundesverdienstkreuz, Hoffmann und Campe 2010

AKTIVE RISIKOVORSORGE

Reale Viren gefährden die Gesundheit, digitale die Privatsphäre. Wir fordern bessere Informationen für KonsumentInnen und prangern die globale Verschwendung von Lebensmitteln an.

Beim Verbraucherschutz geht es um die umfassende Wahrung der wirtschaftlichen, aber vor allem der gesundheitlichen Interessen der VerbraucherInnen. Verbraucherpolitik ist grün! Lebensmittelkandale, die EHEC-Infektionen oder Dioxin in Futtermitteln machen deutlich: VerbraucherInnen brauchen transparente Informationen und Produktsicherheit, um sich vor Gesundheitsgefahren zu schützen.

Smiley und Ampel

Im Bereich der Lebensmittelüberwachung setzen wir uns für das Smiley-System nach dänischem Vorbild ein. Die Restaurant-Ampel und farblich unterlegte Nährwertkennzeichen für Lebensmittel sind praktikable Instrumente zur besseren Information der VerbraucherInnen und zur Überwachung der Gastronomie und Lebensmittelindustrie. Das Problem wird jedoch zwischen Landes- und Bundesebene hin- und hergeschoben, ohne eine Lösung zu beschließen.

Der Film „Taste the Waste“ war Anlass für eine breite Diskussion über Verbraucherschutzpolitik. Der Streifen dokumentiert die verheerende globale Lebensmittelverschwendung und zeigt ihre Folgen für Umwelt, Klima, Lebensmittelpreise und für die Ökonomie der Entwicklungsländer auf. Die Überproduktion und das Verschwenden oder Wegwerfen von Lebensmitteln sind systemimmanent. 50 Prozent aller weltweit produzierten Lebensmittel werden nicht konsumiert, sondern landen auf dem Müll.

Unsere Fraktion lehnt Lebensmittelvernichtung, Überproduktion und Massentierhaltung sowie die Spekulation mit Lebensmitteln ab. Deshalb

INITIATIVEN & WEITERE INFOS

- Kleine Anfrage „Praktische Handhabung des Verbraucherinformationsgesetz“ > www.gruenlink.de/7ae
- Kleine Anfrage „Zertifizierung Safe Region - eine Chance für Brandenburg“ > www.gruenlink.de/7af
- Kleine Anfrage „Biozidrückstände in selbstgepflücktem Obst und Gemüse“ > www.gruenlink.de/7ag
- Kleine Anfrage „Lottomittelaufkommen in Brandenburg“ > www.gruenlink.de/7ah



Die Restaurant-Ampel. Grün bedeutet: Hier wird das Essen unter hygienischen Bedingungen zubereitet.

wollen wir eine nachhaltige Lebensmittelerzeugung und den Biolandbau fördern. Wir brauchen Lösungen, wie das Wegwerfen von Lebensmitteln verhindert oder zumindest eingedämmt werden kann. Bundesweit sollten Daten verschwendeter Lebensmittel erfasst und Lösungsansätze für die Eindämmung der Verschwendung bei den Produzenten und im Handel entwickelt werden. Das Wissen um das Mindesthaltbarkeitsdatum und das „best before“-Verbrauchsdatum muss noch stärker in die Öffentlichkeit. Eine wichtige Stellschraube sehen wir in den Agrarsubventionen der EU. Wir setzen uns dafür ein, in der neuen Förderperiode ab 2014 die Mittelvergabe auf eine nachhaltige und qualitätsorientierte Produktion auszurichten.

Zuverlässige Informationen

Zum Schutz ihrer wirtschaftlichen Interessen ist es wichtig, die Kompetenzen der VerbraucherInnen zu stärken. Jugendliche sollten bereits in der Schule Medien- und Verbraucherkompetenz lernen, damit sie die ökonomische Bedeutung ihrer personenbezogenen Daten abschätzen können. Mündige VerbraucherInnen brauchen den Zugang zu fachkundiger und unabhängiger Beratung und zuverlässige Informationen, deshalb unterstützen wir die Arbeit der Brandenburger Verbraucherzentrale.

*Michael Jungclaus, MdL /
Brigitte Stumm, Referentin*

BLICK IN ABGRÜNDE

Finanzministerium und Landtag sind beim Verkauf der Krampnitz-Kasernen getäuscht worden. Auch in Bad Saarow wurde bei einem Grundstücksdeal anscheinend getrickst. Die Aufklärungsarbeit der Oppositionsfraktionen zeigt Wirkung. Dabei hat sie gerade erst begonnen.

Der Untersuchungsausschuss zur BBG- (Brandenburger Bodengesellschaft) und Immobilienaffäre wurde auf Antrag der Oppositionsabgeordneten am 7. Oktober 2010 ins Leben gerufen. Er geht Immobiliengeschäften nach, bei denen der Verdacht besteht, dass Grundstücke des Landes weit unter Wert verkauft wurden. Außerdem untersucht er die Privatisierung der Brandenburger Bodengesellschaft. Wir konnten erreichen, dass dabei auch das Beziehungsgeflecht zwischen Ministern und Sportvereinen untersucht wird. Nach 17 Sitzungen des landläufig als Krampnitzausschuss bezeichneten Gremiums lässt sich für den Umgang mit landeseigenen Immobilien durch die BBG und das Ministerium der Finanzen eine wenig schmeichelhafte Zwischenbilanz ziehen.

Spitz formuliert, hat sich dem Ausschuss der Blick in einen Abgrund organisierter Verantwortungslosigkeit offenbart. So hat bereits in der BBG das Projektcontrolling versagt, das aufsichtsführende Finanzministerium hat fehlerhafte Zuarbeiten und Versicherungen der BBG ungeprüft übernommen und dem Landtag irreführende Unterlagen vorgelegt. So stimmten die Abgeordneten aufgrund falscher Angaben dem Grundstücksverkauf zu.

Krampnitz: Land wurde getäuscht

Für die Krampnitz-Immobilie ist inzwischen deutlich, dass Finanzministerium und Landtag über Monate hinweg getäuscht wurden. Der unzutreffend als Käufer benannte dänische Familienbetrieb Thylander war keine finanzkräftige

Holding. Zudem war Thylander auch nie zuvor als Entwickler und Bauträger für derartige Großprojekte aufgetreten.

Der Zuschlag ging zum Schnäppchenpreis an mehrere unterkapitalisierte Gesellschaften, für die keine Bonitätsprüfung erfolgte. Ihr Ziel war es, auf die Schnelle große Kasse zu machen. Das Krampnitzgelände sollte wohl ohne Investitionen schnell weiterverkauft werden. Alles zum Nachteil des Landes. Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft.

Bad Saarow: Wundersamer Werteverfall

Beim frappanten Werteverfall einer Immobilie in Bad Saarow hat der Ausschuss gerade erst mit der Aufklärung begonnen. Nach der ersten Zeugenanhörung drängt sich der Eindruck einer systematischen Täuschung des Landes auf. Als die Gemeinde Bad Saarow das Areal 1997 für Wohnbebauung vom Land erwerben wollte, wurde es auf 1,5 Millionen Euro geschätzt – die Folge: Der Verkauf kam nicht zustande. Erworben hat es zehn Jahre später ein Käufer mit Verbindung zur BBG für 41.000 Euro. Früheres Bauerwartungsland wurde zur Waldfläche umdeklariert, obwohl weiterhin eine hochwertige Wohnbebauung beabsichtigt sein soll. Alles Zufall???? Genug Fragezeichen für uns, um hier noch tiefer zu bohren.

Die Arbeit des Untersuchungsausschusses, die eigentlich noch ganz am Anfang steht, zeigt über die mediale Präsenz bereits Wirkung. Die Verfahrensabläufe bei Immobilienverkäufen wurden geändert, der Haushaltsausschuss wird jetzt früher und umfangreicher informiert. Ein Fall Krampnitz oder Bad Saarow wird so nicht mehr möglich sein. Oppositionsarbeit bewegt also etwas. Dabei haben wir mit den Schwerpunktthemen BBG-Privatisierung und Sportvereine noch gar nicht begonnen, von der Aufklärung zu den Villengrundstücken in Babelsberg ganz zu schweigen.

Axel Vogel, MdL / Hans Kremer, Referent

INITIATIVEN & WEITERE INFOS

- Antrag zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses
> www.gruenlink.de/7ak
- Einsetzungsbeschluss zum Untersuchungsausschuss
> www.gruenlink.de/6zr
- Zusammensetzung und Ausstattung des Untersuchungsausschusses > www.gruenlink.de/6zs
- Gesetz über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtages Brandenburg
> www.gruenlink.de/6zt

DIE MITARBEITERINNEN

GESCHÄFTSSTELLE



Anna Mikulcová
Fraktionsgeschäftsführerin
(in Elternzeit bis Februar 2013)



Maritta Strasser
Fraktionsgeschäftsführerin
Tel. 0331 966 1701
Fax 0331 966 1702
maritta.strasser@
gruene-fraktion.brandenburg.de



Andreas Tietze
Assistent der Geschäftsführung
Tel. 0331 966 1701
Fax 0331 966 1702
andreas.tietze@
gruene-fraktion.brandenburg.de



Carolin Friedemann
Vorstandsassistentin
Tel. 0331 966 1700
Fax 0331 966 1702
carolin.friedemann@
gruene-fraktion.brandenburg.de

PRESSESTELLE



Tobias Arbinger
Pressesprecher
Tel. 0331 966 1706
Fax 0331 966 1702
tobias.arbinger@
gruene-fraktion.brandenburg.de



Franziska Petruschke
Referentin für Presse- und Öffentlich-
keitsarbeit, Stellv. Pressesprecherin
Tel. 0331 966 1710
Fax 0331 966 1702
franziska.petruschke@
gruene-fraktion.brandenburg.de



Michael Mangold
Studentischer Mitarbeiter
der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Tel. 0331 966 1718
Fax 0331 966 1702
michael.mangold@
gruene-fraktion.brandenburg.de

FACHREFERENTINNEN



Katharina Strauß
Referentin für Recht, Inneres, Europa
und Petitionen/Justitiarin
Tel. 0331 966 1714
Fax 0331 966 1702
katharina.strauss@
gruene-fraktion.brandenburg.de



Martin Bär
Referent für Bildung,
Wissenschaft und Kultur
(in Elternzeit bis August 2012)



Nikolas Schelling
Referent für Wirtschaft, Infrastruktur,
Haushalt und Finanzen
Tel. 0331 966 1711
Fax 0331 966 1702
nikolas.schelling@
gruene-fraktion.brandenburg.de



Anne Albers
Referentin für Bildung,
Wissenschaft und Kultur
Tel. 0331 966 1720
Fax 0331 966 1702
anne.albers@
gruene-fraktion.brandenburg.de



Christian Schultze
Referent für Energie, Umwelt und
Landwirtschaft
(in Elternzeit bis September 2012)



Jörg Gleisenstein
Referent für Kommunalpolitik
Tel. 0331 966 1715
Fax 0331 966 1702
joerg.gleisenstein@
gruene-fraktion.brandenburg.de



Svenja Schünemann
Referentin für Energie, Umwelt
und Landwirtschaft
Tel. 0331 966 1713
Fax 0331 966 1702
svenja.schuenemann@
gruene-fraktion.brandenburg.de



Tobias Franke-Polz
Referent für die Enquete-
Kommission 5/1
Tel. 0331 966 1716
Fax 0331 966 1702
tobias.franke-polz@
gruene-fraktion.brandenburg.de



Brigitte Stumm
Referentin für Soziales, Gesundheit
und VerbraucherInnenschutz
Tel. 0331 966 1712
Fax 0331 966 1702
brigitte.stumm@
gruene-fraktion.brandenburg.de



Hans Kremer
Referent für den Untersu-
chungsausschuss BGG-
und Immobilienaffäre
Tel. 0331 966 1719
Fax 0331 966 1702
hans.kremer@
gruene-fraktion.brandenburg.de

MITARBEITERINNEN DER BÜRGERINNENBÜROS



Michael Ahlers
BürgerInnenbüro Axel Vogel
Friedrich-Ebert-Straße 2
16225 Eberswalde
Tel. 03334 380 380
Fax 03334 384 073
ahlers@axelvogel.de
www.axelvogel.de



Ulrike Legner-Bundschuh
BürgerInnenbüro
Ursula Nonnemacher
Potsdamerstr.10
14612 Falkensee
Tel. 03322 831 290
Fax 03322 121 052
mail@ursulanonnemacher.de
www.ursulanonnemacher.de



Wolfgang Deuster
BürgerInnenbüro Sabine Niels
Schloßkirchstraße 2
03046 Cottbus
Tel. 03361 377853
buero@sabine-niels.de
www.sabine-niels.de
BürgerInnenbüro Michael Jungclaus
buero@michaeljungclaus.de



Nils Naber
BürgerInnenbüro Marie L. von Halem
Ritterstr. 90
14770 Brandenburg an der Havel
Tel. 03381 5503 452
mail@ml-halem.de
www.ml-halem.de



Mike Kess
BürgerInnenbüro Sabine Niels
Gartenstraße 42a
15517 Fürstenwalde
Tel. 03361 377853
Tel. 0178-5025829
mail@sabine-niels.de
www.sabine-niels.de



Andreas Reichling
BürgerInnenbüro Axel Vogel
Friedrich-Ebert-Straße 2
16225 Eberswalde
Tel. 03334 380 380
Fax 03334 384 073
reichling@axelvogel.de
www.axelvogel.de



Hannah Kreinsen
BürgerInnenbüro
Michael Jungclaus
Rudolf-Breitscheid-Allee 82
15366 Neuenhagen
Tel. 03342 309 016
Fax 03342 309 017
mail@michaeljungclaus.de
www.michaeljungclaus.de

UNSERE PUBLIKATIONEN

Fraktionszeitung brandGRÜN

Die Fraktionszeitung brandGRÜN erscheint viermal pro Jahr und berichtet rund um das politische Geschehen der bündnisgrünen Landtagsfraktion in Brandenburg.

Fachbuch

„Umbrüche auf märkischem Sand. Brandenburgs Landwirtschaft im Wandel der Zeit – Entwicklungen, Risiken, Perspektiven“, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag (Hrsg.), München 2011, oekom verlag.

Preis: 14,90 Euro (+ 3 Euro Versandkosten)

18 Autorinnen und Autoren befassen sich u.a. mit der Verteilung der Agrarsubventionen, mit dem Einsatz der Agro-Gentechnik und dem Bioenergie-Boom. Der Sammelband ist ein spannendes Buch über Agrargeschichte, Agrarpolitik, Zustand und Zukunft der ländlichen Entwicklung in Brandenburg.

Dossiers und Studien

- **Mark(e) der Vielfalt - Erhalt der biologischen Vielfalt in Brandenburg**
40-seitige Dokumentation der Konferenz unserer Fraktion zum Erhalt der biologischen Vielfalt in Brandenburg am 21. September 2010 an der HNE Eberswalde. Das Dossier enthält die Beiträge der ReferentInnen und weiterführende Informationen.
- **LandlehrerIn in Sicht? Möglichkeiten für eine ausreichende Versorgung mit Lehrkräften in Schulen peripherisierter Regionen Brandenburgs**
Im Auftrag unserer Fraktion hat das Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) den Lehrkräftebedarf in ländlichen Regionen Brandenburgs analysiert. Das vorliegende Gutachten (60 Seiten) stellt die Situation dar und bietet Handlungsempfehlungen für Schulen, Kommunen und das Land.
- **Brandenburg auf dem Weg zur inklusiven Schulentwicklung bis 2020 - Analysen und Empfehlungen zur Umsetzung**
Der Aufbau eines inklusiven Brandenburger Schulsystems benötigt einen umfassenden Fahrplan und eine Rahmensetzung. Deshalb hat unsere Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Prof. Dr. Ulf Preuss-Lausitz mit der Erstellung eines wissenschaftlichen Gutachtens zu dem Thema beauftragt.

Flyer und Broschüren

- **Enquetekommission „Brandenburg 2020: Bürgernah, effektiv und zukunftsfest“**
„Ergebnisoffen zuschneiden!“
- **Energie**
„Dezentral und erneuerbar! Energiewende in Brandenburg gestalten“
- **Flughafen Berlin-Brandenburg International**
„Nachtruhe statt Nachtflug. Betroffene des Flughafens BBI vor Fluglärm schützen“
- **Direkte Demokratie**
„Hürden runter! Direkte Demokratie in Brandenburg erleichtern“
- **Bildung** „Besser bilden! Brandenburgs beste Zukunftsinvestition“
- **Lehrkräftesituation auf dem Land**
„LandlehrerIn in Sicht? IRS-Studie: Lehrkräfte für Brandenburgs ländliche Regionen gewinnen“
- **Ökologische Landwirtschaft**
„Rin in die Kartoffeln! Ökologische Landwirtschaft in Brandenburg stärken“
- **Agro-Gentechnik**
„Weniger ist mehr! Brandenburg gentechnikfrei“
- **Enquetekommission Aufarbeitung**
Der Faltplyer gibt einen Überblick über die Arbeit der Enquete-Kommission 5/1 zur „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg.“
- **CCS**
16-seitige Broschüre zum CCS-Kongress am 18.04.2010 in Beeskow

Die Publikationen der Fraktion können auf der Internetseite www.gruene-fraktion-brandenburg.de/publikationen/ kostenlos heruntergeladen oder bestellt werden.

Die Fraktionszeitung brandGRÜN können Sie als Email oder per Post bei uns bestellen: www.gruenlink.de/37q

IMPRESSUM

Herausgeberin	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag Am Havelblick 8 14473 Potsdam Tel. 0331-966 1701 Fax 0331-966 1702 www.gruene-fraktion.brandenburg.de
Verantwortlich (ViSdP.)	Tobias Arbinger, Pressesprecher
Redaktion	Thomas Loy
Fotoredaktion	Franziska Petruschke, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Redaktionsschluss	März 2012
Gestaltung	ZITRUSBLAU GmbH Berlin
Druck	dieUmweltDruckerei GmbH Hannover



Fotonachweise	Umschlag: © Ivelin Radkov - 123RF S. 14: © annelilocke - photocase.com S. 18: © lightart - Fotolia.com S. 20: © Kzenon - Fotolia.com S. 33: © simosg - photocase.com S. 38: © studiogriffon.com - Fotolia.com S. 40: © bluedesign - Fotolia.com S. 45: © Lisa F. Young - Fotolia.com S. 46: © ogressie - Fotolia.com S. 52: © Marem - Fotolia.com
----------------------	--

Alle Bilder ohne Angabe: Eigentum der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag

Diese Publikation enthält Informationen über die parlamentarische Arbeit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag und ist nicht zum Zweck der Wahlwerbung bestimmt.



www.gruene-fraktion.brandenburg.de

